

Preussische Allgemeine



Nr. 24 · 16. Juni 2023

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €

Ein deutscher Aufstand

Vor 70 Jahren gingen die Menschen in der DDR auf die Straße. Anmerkungen zu einem besonderen Jahrestag unserer Geschichte **Seiten 2-3, 8 und 10-11**



Zeitbomben Munition aus dem Zweiten Weltkrieg in Brandenburg **Seite 5**



Sporthelden Die Special Olympics finden erstmals in Deutschland statt **Seite 21**

VON WERNER J. PATZELT

Anders als vom Ehepartner kann man sich von einer ungeliebten Partei nicht scheiden lassen. Doch man hofft auf einen Schiedsrichter, der sie vom Spielfeld weist. Wenn das nicht die Bürger- und Wählerschaft tut, ja einer ungemochten Partei gar Höhenflüge beschert, dann hofft man aufs Verfassungsgericht.

Die Rede ist natürlich von der AfD sowie von medial weithin aufgegriffenen Anregungen, der Bundestag, der Bundesrat oder die Bundesregierung möge ein Verbotverfahren gegen die Partei starten. Die Argumente wurden unlängst vom – parteipolitisch nicht sonderlich ausgewogenen – „Deutschen Institut für Menschenrechte“ frei Haus geliefert. Der schöne Traum manch eines Politikers der etablierten Parteien ist, dass unser Parteienstaat möglichst schon vor den kommenden Wahlgängen ziemlich AfD-frei wäre. Zwar wird das entlang vernünftiger Verfahrensregeln und rechtsstaatlicher Prinzipien nicht so kommen. Doch der Traum ist da und geht weiter. Offenbar gärt da vielerlei unter der Oberfläche des politischen Tagesgeschäfts.

Gewünscht wird ein Stopp des Machtzuwachses der AfD und die Abschwächung von Ausbreitungsprozessen ihres Gedankenguts. Den Nachweis der Verfassungswidrigkeit dieser Partei führt man dahingehend, dass die AfD zwischen Deutschen unterscheidet, welche die deutsche Kultur trügen, und solchen, die sich dem verschlossen – etwa als ihrer Herkunftsidentität bewusste Passdeutsche. Weil aber die Leitidee unseres Staates die Achtung und der Schutz der Menschenwürde ist, diese aber – so formuliert 2017 im NPD-Verbotverfahren 2017 – „egalitär“ sei, wäre die AfD evident verfassungswidrig. Ausdrücklich widersetzte sie sich – so ihr thüringischer Landesvorsitzender Björn Höcke im Jahr 2018 – einer „Afrikanisierung und Orientalisierung“ Deutschlands.

POLITIK

Der Gipfel der Politikverweigerung

Anstatt sich den Gründen des Erfolgs der AfD zu widmen, schüren Vertreter der etablierten Parteien Ängste und führen eine aussichtslose Verbotsdiskussion

Verwegene Kabarettisten könnten zwar fragen, ob das nicht aus identitätspolitischen Gründen doch noch zulässig werden dürfte, sobald biodeutsche „Weißbrote“, wie fortschrittlicherseits in Aussicht gestellt, zur schützenswerten Minderheit geworden wären. Aber jenseits von allem Sarkasmus wiegt viel schwerer die aus dem rechtsstaatlichen Verhältnismäßigkeitsgebot abgeleitete Aussage des Bundesverfassungsgerichts im NPD-Urteil, Voraussetzung eines Parteiverbotes wäre, dass das Erreichen verfassungsfeindlicher Ziele nicht völlig aussichtslos sein dürfe. Doch nicht einmal als eine Wahlperiode lang stärkste Oppositionspartei im Bundestag hat die AfD unsere Verfassung aus den Angeln zu heben vermocht. Und an die Regierungsmacht wird sie vor dem – ganz unwahrscheinlichen – Erreichen absoluter Parlamentsmehrheiten im nächsten Jahrzehnt ohnehin nicht gelangen.

Maßstäbe für ein Parteienverbot

Den Schlüssel zur Einordnung des ganzen Vorgangs lieferte das Bundesverfassungsgericht schon 1956, als es die KPD auflöste. Damals wurde betont, ein Parteienverbot dürfe kein „bloßes Weltanschauungs- oder Gesinnungsverbot sein“. Mit der Gesinnung des Drittels „harter“ AfD-Anhänger und mit den Weltanschauungen derer, die bei der Sonntagsfrage und am Wahltag die AfD zu einer inzwischen sehr ins Gewicht fallenden Partei machen, kann man sich

aber jederzeit auseinandersetzen. Es wird wohl noch nie ein öffentlicher Vortrag deshalb abgesagt worden sein, weil er eine Kritik an der AfD-Programmatik oder AfD-Sprache ankündigte. Wenn also trotz der Möglichkeit, der AfD entschieden entgegenzutreten, diese Partei in Diskursen und in Parlamenten immer mehr Raum gewann, wird wohl etwas am jahrelangen Umgang mit der AfD falsch gewesen sein.

Gerade so ist es auch. Im Grunde wurde ihr gegenüber Politikverweigerung betrieben. Statt zu ergründen, ob diese Partei womöglich aufgrund realer Probleme in unserem Land so viel Zuspruch errang, und statt sich ans Beheben solcher Probleme zu machen (etwa durch Reformen unserer Eurozonen-, Migrations-, Energie- und Sicherheitspolitik), wurde ein Großteil politischer Energie darauf verschwendet, Phobien und Phantasmagorien, Polemikpathos und sprachlich-historische Fehlgriffe von AfD-Anhängern, AfD-Mitgliedern und AfD-Politikern aufzuspießen sowie mit Empörungskanonen zu erwidern.

Geschenkt, dass derlei eben auch zum politischen Streit gehört. Doch besser wäre es gewesen, die Kritik am in so manchen AfD-Reden rhetorisch Überschießenden und moralisch Unterirdischen einzubetten in ein allgemein nachvollziehbares Ernstnehmen jener politischen Gestaltungsaufgaben, zu denen sich AfDler auf ihre Weise positionieren – und,

etwa, die Grünen auf eine ziemlich andere Weise. Dann hätte ein politischer Diskurs entstehen können, in dem man mit Tatsachenbehauptungen, Zusammenhangsaussagen und Prognosen vernünftig umgegangen wäre – und nicht, samt selbstschützender Heuchelei, ausgrenzend mit Andersdenkenden. So aber muss niemand mehr AfD-Positionen wirklich kennen, sondern kann je nach Laune, Gemüt oder innerer Haltung sich unserer politischen Inquisition anschließen oder widersetzen. Letzteres tun inzwischen viele, was die Inquisitoren ängstigt.

Das jetzige Verlangen nach einem AfD-Verbot ist also vor allem die Fortsetzung des Versuchs, der AfD anders als durch politische Mittel beizukommen. Was als diskursive und menschliche Ausgrenzung begann, soll nun als staats- und strafrechtliche Ausgrenzung weitergeführt werden. Das anzustreben, obwohl kein Erfolg in Aussicht steht, ist eine weitere, freiwillig begangene politische Dummheit. Unfreiwillig werden sich der jene Anti-AfD-Allparteienregierungen oder Anti-AfD-Minderheitsregierungen zugesellen, die zumindest in Ostdeutschland ins Haus stehen. Politisch alternativlos, wird von ihnen die AfD profitieren. Wie dumm, dass alle Chancen verpasst wurden, die AfD-Realos zulasten der Fundis durch Aussicht auf die Integration einer – und nur einer – klar verfassungstragenden AfD zu stärken.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Der Luxemburger Asylkompromiss der EU entzweit die Grünen **Seite 4**

Kultur

Ein Wuppertaler Skulpturenpark zeigt künstlerisch wertvolles „Sperrgut“ **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

In Allenstein fand das 31. Fest der Minderheiten im südlichen Ostpreußen statt **Seite 13**

Heimat

Auf den Kernsdorfer Höhen wurde eine historische Remise wiederhergestellt **Seite 23**



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



4 191814 303909 24
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Der verdrängte Volksaufstand

Am 17. Juni 1953 erhob sich die Bevölkerung der DDR gegen die kommunistische Diktatur. Anmerkungen zu Vorgeschichte, Verlauf und Nachwirkung eines besonderen Datums der deutschen Geschichte, das zunehmend vom Vergessen bedroht ist

VON KLAUS SCHROEDER

Im Juli 1952 hielt die SED-Führung die instabile Lage in der DDR für konsolidiert und wollte mit zum Teil brachialen Mitteln den Prozess der Sowjetisierung der Gesellschaft zu einem vorläufigen Abschluss bringen. Die noch vorhandenen wirtschaftlichen und sozialen Überreste einer nicht-sozialistischen Gesellschaft sollten beseitigt, der Klassenkampf forciert werden.

Die Beschlüsse zum „Aufbau des Sozialismus“ resultierten nicht zuletzt aus der katastrophalen ökonomischen und sozialen Situation. Die Bevorzugung der Schwerindustrie hatte zu Versorgungsengpässen geführt, und die Staatsfinanzen waren durch wachsende Ausgaben für den Sicherheitsapparat und Reparationen stark eingeschränkt. Angesichts dieser Situation verordnete die SED-Führung der Bevölkerung Sparsamkeit und forderte eine Steigerung der Arbeitsproduktivität.

„Bankrotterklärung der SED“

Der Tod Stalins im März 1953 verunsicherte die SED-Führung, da seine Nachfolge unklar war. Dringend benötigte finanzielle Hilfe konnte die DDR von der Sowjetunion nicht erwarten. Insofern entschied die SED im Mai 1953, den wirtschaftlichen Schwierigkeiten durch Einführung einer mindestens zehnprozentigen Normerhöhung zu begegnen. Dieser Schritt führte zu erheblicher Unruhe in den Betrieben und zu einem weiteren Anschwellen der Fluchtbewegung vor allem über die offene Sektorengrenze in Berlin.

Die sowjetische Besatzungsmacht erkannte den Ernst der Lage und befahl der SED einen „Neuen Kurs“, der die harte Politik gegenüber kleinbürgerlichen Schichten und der Kirche korrigieren sollte. Unerwähnt blieb dabei allerdings die Erhöhung der Arbeitsnormen. Vor allem Arbeiter in den Großbetrieben reagierten empört. Wie die von der SED ermittelten Stimmungsberichte verdeutlichen, spitzte sich der Unmut in der Arbeiterschaft zumeist auf eine grundsätzliche Kritik an der SED zu. Schon am 11. und 12. Juni registrierte die Parteiführung Protestkundgebungen, vereinzelte Streiks und überall Forderungen an Partei und Regierung, die Arbeits- und Lebensbedingungen zu verbessern. Den Stimmungsberichten zufolge wertete die Bevölkerung den „Neuen Kurs“ als „Bankrotterklärung der SED“.

Mit der Übergabe einer die Rücknahme der Normerhöhung fordernden Resolution von Bauarbeitern an den Ministerpräsidenten Otto Grotewohl am 15. Juni begann die „heiße Phase“ der Volkserhebung. Am nächsten Morgen zogen Bauarbeiter, denen sich spontan Tausende von Passanten anschlossen, zum Haus des FDGB-Vorstandes in Ost-Berlin, das jedoch verschlossen blieb, und anschließend zum Haus der Ministerien in der Leipziger Straße. Die Demonstranten forderten die Rücknahme der Normerhöhung, den Rücktritt der Regierung und freie Wahlen.

Die schnelle Ankündigung Ulbrichts, die Erhöhung der Arbeitsnorm zurückzunehmen, führte nicht mehr zur Befriedung der Situation. Im Gegenteil: Am darauffolgenden Tag – dem 17. Juni – artikulierte sich in der gesamten DDR ein gewaltiger Protest gegen die Partei- und Staatsführung. Streiks und Demonstrationen registrierten Partei und MfS in 700 Orten, darunter 14 der 15 Bezirksstädte und 113 der 182 Kreisstädte. In Halle gingen etwa 60.000, in Leipzig etwa 40.000 Menschen auf die Straße. Insgesamt beteiligte sich etwa eine Million Menschen an den Protesten.

Die Teilnehmer der Proteste kamen aus allen sozialen Schichten. Die Forderungen waren überall allgemein-politischer Natur. Für die SED-Führung waren nach ihrem totalitären Selbstverständnis auch soziale Forderungen politischer Natur. Sie befürchtete das En-



In der Tradition demokratischer Einheits- und Befreiungsbewegungen: Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR

de ihrer Herrschaft. Der Minister für Staatssicherheit, Wilhelm Zaisser, kommentierte: „Die Lage ist außerordentlich ernst. Es geht jetzt darum, wir oder sie.“ Die SED schaffte es nicht, mithilfe ihrer „Sicherheitsorgane“ den Aufstand niederzuschlagen oder auch nur einzugrenzen. Nur die Ausrufung des Ausnahmezustandes in 13 Bezirks- und 51 Kreisstädten durch die sowjetische Besatzungsmacht und der Einsatz ihrer Panzer und Truppen retteten die Partei vor dem Sturz ihres Regimes.

Brutale Niederschlagung

Durch die Zerschlagung von Demonstrationen und eine Verhaftungswelle gelang es den sowjetischen Truppen, eine Ausweitung der Unruhen am 17. Juni zu verhindern. Am Ende stand eine blutige Bilanz von mindestens 55 Toten und mehreren hundert zum Teil schwerverletzten Personen. Zur Abschreckung ließ die Rote Armee mehrere zumeist willkürlich festgenommene Aufständische standrechtlich erschießen.

Die offenen Proteste setzten sich bis zum 21. Juni und vereinzelte Aktionen bis in den Juli hinein fort. Auf die 3000 Festnahmen durch sowjetische Truppen folgten einige Zeit später über 10.000 Verhaftungen durch DDR-Dienststellen. Etwa 1600 Personen ließ die SED-Führung anschließend verurteilen.

Die von der Dramatik der Ereignisse überraschte Parteiführung reagierte nach dem ersten Schock am Abend des 17. Juni mit Polemik gegen den Westen. Er habe Provokateure und faschistische Agenten entsandt, um die Bevölkerung aufzuhetzen. Entgegen der offiziellen Propaganda war sich die SED-Führung allerdings durchaus über die wahren Gründe für den Aufstand bewusst. Unmittelbar nach dem 17. Juni ließ sich das Politbüro von einer ZK-Abteilung eine Analyse des Aufstandes erarbeiten. Einleitend heißt es: „Im Allgemeinen ist es jedoch der Partei, die von der Provokation völlig überrascht wurde, nicht gelungen, am 17. oder 18. breite Teile der Arbeiterklasse zum geschlossenen offensiven Auftreten gegen die Provokateure und zur Niederschlagung des Putsches zu mobilisieren.“

Weiter wird beklagt, dass die eigenen Kräfte das Verbrennen roter Fahnen, die Plünderung von HO-Läden, die Zerstörung von PKW und das Verprügeln von Parteimit-

gliedern und FDJlern nicht verhindern konnten und nur „das entschlossene Vorgehen der sowjetischen Einheiten die faschistische Provokation zerschlug und die Menschen von den Straßen brachte“.

Die sowjetische Besatzungsmacht erkannte ebenfalls sehr schnell den tatsächlichen Charakter der Volkserhebung. Das prominente Mitglied des Politbüros der sowjetischen KP, Georgi Malenkov, charakterisierte Anfang Juli die Lage so: „Die Analyse der inneren politischen und wirtschaftlichen Situation in der DDR und die Massenflucht der Bevölkerung Ostdeutschlands in den Westen zeigt mit aller Deutlichkeit, dass wir es mit der Gefahr einer inneren Katastrophe zu tun haben. Wir sind verpflichtet, nüchtern der Wahrheit ins Auge zu schauen und anzuerkennen, dass das bestehende Regime in der DDR ohne die Anwesenheit sowjetischer Truppen nicht zu halten ist.“

Die Aufarbeitung durch das Regime

Die Volkserhebung und ihre Niederschlagung blieben nicht ohne Wirkung auf der Partei nahestehende Schriftsteller und Künstler. Ihnen kam die Aufgabe zu, Solidaritätsadressen an die Partei zu verabschieden. Prominente Literaten beschimpften jedoch nicht nur den faschistischen Klassenfeind aus dem Westen, sondern auch die Arbeiter, die bestenfalls als naiv, zumeist aber als politisch-moralisch verkommen und primitiv dargestellt wurden. Literaten und SED-Funktionäre einte ein tiefes Misstrauen gegenüber dem „Volk“.

Eines der übelsten Machwerke war „Die Kommandeuse“ von Stephan Hermlin. In diesem Roman geht es um die geistig verwirrte Erna Dorn, die als KZ-Aufseherin dargestellt wird, um die offizielle Lesart vom faschistischen Putsch begründen zu können. Stefan Heym beschreibt in seinem Buch „5 Tage im Juni“, das erst 1989 in der DDR erscheinen durfte, das Idealbild eines kritischen, aber letztlich loyal zur kommunistischen Partei stehenden klassenbewussten Arbeiters, der das Gegenbild zu vielen Aufständischen darstellt. Bertolt Brecht empfahl als erste Reaktion durchaus kritisch den Herrschenden, sich doch ein „neues Volk“ zu wählen, um dann im Sinne der kommunistischen Diktatoren von „faschistischem und

kriegstreiberischem Gesindel“ zu sprechen, das die SED „angegriffen“ hätte. Gleichzeitig lobte er den Einsatz sowjetischer Panzer.

Nach der Niederschlagung begann die gestärkte alte SED-Führung mit umfassenden Parteisäuberungen sowie mit Maßregelungen und Sanktionen in den Blockparteien. Walter Ulbricht selbst konnte die Ereignisse des 17. Juni geschickt für sich nutzen und seine zwischenzeitlich wankende Machtposition wieder stabilisieren. So paradox es klingen mag: Die Volkserhebung sicherte ihm das politische Überleben.

Die Wucht der Volkserhebung und das Zurückweichen von SED-Kadern zeigten der Parteiführung, dass sie von den Arbeitern keineswegs als ihre Avantgarde angesehen wurde. Hieraus zog die SED-Führung entsprechende Konsequenzen, baute die Partei institutionell und personell um und installierte ein Frühwarnsystem. Noch einmal wollte sie nicht von Protesten überrascht werden. Verschärft wurde auch die parteiinterne Kontrolle durch ein von unten nach oben reichendes Informationssystem. Die wichtigste Reaktion der SED-Führung auf den 17. Juni bestand in der Straffung und dem Ausbau ihres Macht- und Disziplinierungsapparates. Zur Koordination möglicher Aktivitäten von Staats- und Parteiorganen im inneren und äußeren Spannungsfeld ordnete sie im Juli 1953 die sofortige Bildung von Einsatzleitungen in den Bezirken, Kreisen und Stadtteilen an.

Das nach der Absetzung von Minister Zaisser vorübergehend zum Staatssekretariat degradierte Ministerium für Staatssicherheit, dem die Parteiführung im Zusammenhang mit dem 17. Juni eine einseitige Orientierung auf den „äußeren Feind“ vorwarf, erhielt neue Aufgaben und wurde personell verstärkt. Die Partei stellte darüber hinaus die enge Anbindung der Staatssicherheitsorgane an ihre Gliederungen sicher.

Der 17. Juni in der Erinnerungskultur

Inhalte und Ziele der Volkserhebung lassen sich nicht auf einen Nenner reduzieren: Forderungen nach besseren Arbeits- und Lebensbedingungen korrespondierten mit dem Streben nach Freiheit, Demokratie und – darüber vermittelt – nach nationaler Einheit. Für die SED-Führung blieb der 17. Juni 1953 bis zum Zusammenbruch ihrer Diktatur eine stete Warnung und Erinnerung, dass sie „fremd im eigenen Land“ war und ihre Macht nur durch den Einsatz von Gewalt und durch Unterstützung der sowjetischen Führungsmacht sichern konnte. Aber auch der Bevölkerung blieb der 17. Juni in traumatischer Erinnerung: Die Angst vor dem erneuten Einsatz sowjetischer Panzer ließ prinzipiellen Widerstand gegen das SED-Regime über Jahrzehnte als aussichtslos erscheinen.

Der Westen reagierte sehr zurückhaltend auf den Aufstand, da nach Stalins Tod eine unklare Situation in der DDR entstanden war. Der Bundestag würdigte den Mut der Aufständischen und erklärte den 17. Juni zum nationalen Feiertag – zum Tag der deutschen Einheit.

Der Kampf um Freiheit, Demokratie und Einheit in der DDR hat dennoch keinen zentralen Platz im historischen Gedächtnis der Deutschen. Unmittelbar nach der Wiedervereinigung hielten nur 35 Prozent im Westen und 39 Prozent im Osten den 17. Juni für ein besonders wichtiges Ereignis, und gar nur jeder Zehnte in beiden Landesteilen zeigte sich hiervon persönlich beeindruckt oder betroffen. Vor allem Jugendliche in Westdeutschland konnten mit dem Datum nichts anfangen.

Deutschland ist nicht gerade reich an Aufständen und Revolutionen für Freiheit und Demokratie. Von daher werden wir dem 17. Juni 1953 am besten gerecht, wenn wir ihn in die Tradition demokratischer Einheits- und Befreiungsbewegungen stellen. Hierfür stehen die Jahre 1832, 1848, vielleicht auch 1918, 1944 und schließlich 1989.

Am Ende stand eine blutige Bilanz von mindestens 55 Toten und mehreren hundert zum Teil schwerverletzten Personen. Zur Abschreckung ließ die Rote Armee mehrere Aufständische standrechtlich erschießen

Zur Person

● **Prof. Dr. Klaus Schroeder** ist Professor für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin und wissenschaftlicher Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat. Er hat zahlreiche Aufsätze und Bücher über die Geschichte der DDR veröffentlicht, unter anderem das Standardwerk „Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR. 1949–1990“. www.fu-berlin.de

Mielkes Trauma

Am 17. Juni 1953 stand die Diktatur in der DDR zum ersten Mal vor dem Zusammenbruch. Nur der Einsatz sowjetischer Truppen sicherte ihr das Überleben. Als Konsequenz bauten die Machthaber den Sicherheitsapparat massiv aus

VON HUBERTUS KNABE

Für Stunden hatte die SED die Macht verloren: Rund eine Million Menschen gingen am 17. Juni 1953 in der ganzen DDR auf die Straße und forderten den Rücktritt der Regierung. Um die Funktionäre vor dem Zorn der Bevölkerung zu schützen, sahen sich die Sowjets gezwungen, die Parteispitze in ihr Hauptquartier nach Berlin-Karlshorst zu evakuieren. Als Walter Ulbricht von dort am Mittag im Gebäude des Zentralkomitees anrief, bekam er zur Auskunft, dass Demonstranten gerade dabei seien, dieses zu erstürmen. Mit bleichem Gesicht brachte der Chef der SED nur noch ein einziges Wort hervor: „Aus.“

Die Volkserhebung am 17. Juni 1953 wurde zum Trauma der SED-Führung. Wütende DDR-Bürger hatten binnen weniger Stunden 140 Partei- und Verwaltungsgebäude besetzt. Auch Polizeidienststellen und Gefängnisse waren in ihre Hände gefallen. Die Sicherheitskräfte hatten auf ganzer Linie versagt, vor allem die schlecht ausgerüsteten Polizisten hatten häufig einfach die Flucht ergriffen. Hätten die sowjetischen Truppen den Aufstand nicht mit 16 Divisionen niedergeschlagen, wäre das Regime der SED schon vier Jahre nach Gründung der DDR gestürzt worden.

Ausbau des Sicherheitsapparats

Nach der Niederschlagung des Volksaufstands setzte die SED alles daran, eine Wiederholung für alle Zeiten auszuschließen. Die Parteispitze sorgte deshalb dafür, dass der Sicherheitsapparat systematisch ausgebaut wurde. Bei der Verteilung der knappen Ressourcen genossen Polizei, Armee und Staatssicherheitsdienst hinfort höchste Priorität.

Schon wenige Tage nach der Erhebung verlangte der Chef der Deutschen Volkspolizei, Karl Maron, knapp 16.000 zusätzliche Polizisten. Der spätere Innenminister und Stiefvater der Schriftstellerin Monika Maron forderte außerdem 4800 Maschinenpistolen, 10.000 Karabiner, 144 Panzerspähwagen und 30 Wasserwerfer – Ausrüstungen, die ihm während des Aufstands gefehlt hatten.

Den Wunsch der SED nach mehr Waffen hatten die Sowjets zuvor immer abgelehnt. Noch in den ersten Stunden des Aufstands hatten sie den Gebrauch der Schusswaffe untersagt. Doch nachdem ihre Statthalter in der DDR beinahe die Macht verloren hätten, änderten sie ihre Meinung. Der sowjetische Krisenstab in Karlshorst schrieb nach Moskau über den künftigen Bedarf der Volkspolizei: „Sie ist mit modernen Waffen auszurüsten, einschließlich Schützenpanzerwagen, Panzerspähwagen und Kommunikationsmitteln.“ Am Ende erhielt die Volkspolizei 14.000 neue Planstellen.

Auch die DDR-Armee, damals noch als „Kasernierte Volkspolizei“ kaschiert, sollte in Zukunft bei Unruhen eingesetzt werden. „Aus den derzeitigen kasernierten Polizeieinheiten“, so der Krisenstab, „sind ausreichend starke mobile Bereitschaftstruppen der Volkspolizei zu schaffen, die fähig sind, ohne Hilfe sowjetischer Truppen die Aufrechterhaltung von Ordnung und Ruhe in der Republik zu gewährleisten.“ Die mehr als 100.000 Soldaten bekamen dafür Wasserwerfer und eigene Munition. Zudem wurden sie vorrangig in Gebieten stationiert, in denen die Unruhen am größten gewesen waren.

Um Proteste wie im Juni 1953 schon bei der Entstehung zu ersticken, beschloss die SED im Juli darüber hinaus, die bis dahin nur in einigen Werken existierenden „Arbeiterwehren“ zu straff organisierten „Kampfgruppen“ auszubauen. Die Einheiten wurden von Offizieren ausgebildet und konnten vom Parteisekretär des Betriebs jederzeit zum Einsatz befohlen werden. 1957 standen bereits 150.000 mit Karabinern bewaffnete Kämpfer



Hatte den Schreck des 17. Juni 1953 bis zum Schluss der DDR in den Gliedern: Der jahrzehntelange Chef der Staatssicherheit, Erich Mielke
Foto: ullstein

bereit, um Unruhen in den DDR-Betrieben niederzuschlagen.

Als es 1956 auch in Ungarn zu einem Aufstand kam, wurde der SED noch einmal bewusst, wie fragil ihr Regime war. Auf der nächsten Sitzung des Zentralkomitees schärfte Erich Honecker deshalb den Mitgliedern ein: „Wir tragen eine große Verantwortung dafür, daß die bewaffneten Kräfte unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht, die Nationale Volksarmee, die Deutsche Volkspolizei und die Kampfgruppen der Arbeiterklasse, zu jeder Zeit in der Lage sind, mit den ihnen zur Verfügung stehenden Kräften die Ruhe und Ordnung sicherzustellen und eventuelle Provokationen im Keime zu ersticken, zu unterdrücken und zu zerschlagen.“

Die Aufrüstung der Stasi

Soweit sollte es allerdings möglichst gar nicht erst kommen. Geplante Proteste sollte die Geheimpolizei der DDR vielmehr schon im Vorfeld erkennen und verhindern. Im Juli 1953 hatte Ulbricht dem Ministerium für Staatssicherheit vorgeworfen, „im Kampf gegen die feindlichen Agenturen völlig versagt“ zu haben. Es habe über keinerlei Anhaltspunkte verfügt, die „auf die groß angelegte feindliche Provokation hingewiesen“ hätten.

Auch die Sowjets monierten, dass die Stasi nicht über die angespannte Lage in der DDR informiert hätte. Sie ordneten deshalb an, dass die ostdeutsche Geheimpolizei bereits ab dem 17. Juni täglich Lageberichte erstelle. Im August 1953 wurden zudem sogenannte Informationsgruppen gebildet, die alles einlaufende Material zusammenführen und auswerten sollten. Die daraus hervorgegangene Zentrale Auswertungs- und Infor-

mationsgruppe (ZAIG) wuchs bis 1989 auf mehr als 450 Mitarbeiter.

Systematischer als vorher suchte die Stasi auch nach verdächtigen Personen. Eine Dienstanweisung ordnete im Dezember 1953 an, sämtliche Aktenvorgänge zu überprüfen und neu zu registrieren. Zur Begründung hieß es: „Vor Beginn der Provokation sowie auch in den Tagen der aktiven Auftritte des Feindes kannten die Organe für Staatssicherheit die Orte der Konzentrierung feindlicher Elemente nicht und konnten deshalb auch die von Feinden am meisten verunreinigten Abschnitte nicht rechtzeitig feststellen.“

Am 17. Juni hatten Demonstranten in Bitterfeld, Görlitz und weiteren Orten auch Kreisdienststellen der Stasi gestürmt. In Jena musste ein Stasi-Mitarbeiter anschließend auf dem Marktplatz öffentlich Rede und Antwort stehen, in Niesky wurden mehrere MfS-Angehörige in den Hundezwinger der Dienststelle gesperrt. Die SED-Spitze beschloss deshalb, die Kreisdienststellen personell besser auszurüsten. Im September 1953 verfügte sie, dass 1500 zuverlässige und geschulte SED- und FDJ-Mitglieder zusätzlich beim Staatssicherheitsdienst eingestellt würden.

Und dabei blieb es nicht. Nach der Niederschlagung des Aufstands erhielt die Stasi durchschnittlich jedes Jahr 2000 neue Mitarbeiter. Am Ende erreichte sie auf diese Weise Armeestärke. Hatte sie 1953 noch knapp 13.000 hauptamtliche Mitarbeiter, waren es im Herbst 1989 rund 91.000.

Stete Angst vor neuen Unruhen

Erweitert wurde auch das geheime Informantennetz. Insbesondere frühere leitende Angestellte der Großbetriebe sowie ehemalige

Sozialdemokraten und Mitglieder der Blockparteien sollten damit stärker überwacht werden. In Versammlungen schärfte die SED den Stasi-Mitarbeitern ein, gegen Kritiker entschlossen vorzugehen. „Wir müssen hart und rücksichtslos zuschlagen. Für knieweiche Pazifisten oder Mondgucker ist in unseren Reihen kein Platz“, schurigelte sie ein hoher Parteifunktionär.

Aus Angst vor neuen Unruhen galt hinfort jedes Jahr am 17. Juni höchste Alarmbereitschaft beim Staatssicherheitsdienst. 1954 bildete der spätere Stasi-Minister Erich Mielke erstmals einen zentralen Einsatzstab. Unter dem Codewort „Bollwerk“ hatten ihm alle Stasi-Dienststellen im Vorfeld des Jahrestages zweimal täglich über Hinweise auf mögliche Aufstandsvorbereitungen zu berichten. „Es ist besonders darauf zu achten, dass an diesem Tage alle arbeiten“, hieß es in seinem Befehl. Darüber hinaus wies Mielke an: „Besondere Beachtung ist auch den Massenorganisationen und solchen gesellschaftlichen Organisationen wie Hundezüchtern, Kleingartenhilfe, Wandergruppen usw. sowohl in der Stadt als auch auf dem Lande zu schenken, dass nicht durch getarnte Versammlungen am 17.6. diese zur Tribüne für Provokateure gemacht werden können.“

Änderung der Befehlsstrukturen

Die SED baute jedoch nicht nur den Sicherheitsapparat zahlenmäßig massiv aus. Sie änderte auch die Befehlsstrukturen. Am 17. Juni hatten die Verantwortlichen vor Ort nämlich vielerorts vergeblich auf Befehle aus Ost-Berlin gewartet, während selbstständige Entscheidungen im stalinistischen System nicht vorgesehen waren. Die SED zog daraus die Lehre, dass die Sicherheitskräfte in der Lage sein müssten, im Krisenfall auch ohne Anweisungen von oben zu reagieren.

Im Juli 1953 ordnete die Parteispitze deshalb an, in allen Kreisen und Bezirken sogenannte Einsatzleitungen zu bilden. Mitglieder waren die örtlichen Leiter von SED, Polizei, Armee, Staatssicherheitsdienst und Regierung. Die Einsatzleitungen blieben bis 1990 DDR-weit für die „Sicherheit im Territorium“ verantwortlich.

Bis zum Untergang der DDR blieb der 17. Juni für die SED ein Trauma. Als im Sommer 1989 Tausende Ostdeutsche über die Tschechoslowakei und Ungarn aus der DDR flüchteten, fragte Stasi-Minister Mielke seinen Bezirkschef in Gera: „Ist es so, dass morgen der 17. Juni ausbricht?“ Dessen beruhigende Antwort lautete darauf: „Der ist morgen nicht, der wird nicht stattfinden, dafür sind wir ja auch noch da.“

Dass die Diktatur der SED nur wenige Wochen später wie ein Kartenhaus zusammenbrach, erscheint vor dem Hintergrund der gigantischen Sicherheitsvorkehrungen immer noch wie ein Wunder.

● **Dr. Hubertus Knabe** leitete 18 Jahre lang die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen. Zum 70. Jahrestag des Volksaufstands erschien sein Buch „17. Juni 1953. Ein deutscher Aufstand“ (Langen Müller Verlag). www.hubertus-knabe.de

Buch-Tipp



Hubertus Knabe
**17. Juni 1953.
Ein deutscher
Aufstand**

Langen Müller
Verlag 2023,
Breitklappen-

broschur, 480 Seiten,
ISBN: 978-3-7844-3671-5
25 Euro

Nach der Niederschlagung des Aufstands erhielt die Stasi durchschnittlich jedes Jahr 2000 neue Mitarbeiter. Am Ende erreichte sie auf diese Weise Armeestärke

● MELDUNGEN

Laborfleisch in der Kritik

Oakland – Fünf Wissenschaftler der University of California um Edward Spang und Derrick Risner haben herausgefunden, dass künstlich hergestelltes Laborfleisch, das neuerdings verstärkt als Alternative zu wirklichem Fleisch angepriesen wird, deutlich klimaschädlicher sei als behauptet. In ihrem Artikel „Umweltauswirkungen von kultiviertem Fleisch: Eine Ökobilanz von der Wiege bis zum Werkstor“ auf „BioRxiv“, einem Preprint-Server für die Biowissenschaften, schreiben die Forscher, im Verlauf der Produktion des Fleisches aus der Retorte entstehe „um Größenordnungen“ mehr Kohlendioxid als bei der Aufzucht von Rindern und deren späterer Verarbeitung. Konkret geht die kalifornische Gruppe von 25 Mal höheren Kohlendioxid-Emissionen beim Kunstfleisch aus. Vor Kurzem wurde bereits der Verdacht geäußert, dass synthetisches Fleisch krebserregende Substanzen enthält. **W.K.**

Erster Prozess gegen Biontech

Hamburg – Eine Ärztin hat den Mainzer Impfstoffhersteller Biontech auf die Zahlung eines Schmerzensgeldes in Höhe von 150.000 Euro verklagt. Die Klägerin gab an, seit der Corona-Impfung mit dem Impfstoff Comirnaty an Schmerzen im Oberkörper, Schwellungen an Armen und Beinen, Erschöpfung und Müdigkeit sowie Schlaflosigkeit zu leiden. Das Medizinunternehmen bestreitet einen kausalen Zusammenhang zwischen der Impfung und den gesundheitlichen Beeinträchtigungen der Frau und weist darauf hin, dass weltweit zirka 1,5 Milliarden und allein in Deutschland mehr als 64 Millionen Menschen den Impfstoff des Mainzer Herstellers erhalten haben und die geringe Anzahl von möglichen Nebenwirkungen die Verträglichkeit des Impfstoffs unterstreiche. Der Auftakt zum ersten Prozess gegen Biontech wurde verschoben, weil der Anwalt der Klägerin einen Befangenheitsantrag gegen den Richter gestellt hatte. **MRK**

Verzögerung von 20 Stunden

Berlin – Nach Angaben der Berliner Feuerwehr wurden bislang 199 Rettungseinsätze durch Klimakleber behindert. Dies hat laut Feuerwehrchef Karsten Homrighausen erhebliche Auswirkung auf die Zeiten, in denen die Einsatzfahrzeuge nicht verfügbar seien, und das bei einer gestiegenen Einsatzzahl der Krankenwagen. Innenministerin Iris Spranger (SPD) bezifferte die Verzögerung bei Fahrten der Feuerwehr durch Aktionen unter anderem der Gruppe Letzte Generation seit 2022 auf insgesamt 20 Stunden. Noch extremer wirken sich die Blockaden auf den Polizeieinsatz aus. Polizeipräsidentin Barbara Slowik sprach von einer extrem hohen zusätzlichen Arbeitsbelastung für die Polizei, die durch die Auflösung der Blockaden und die Strafverfolgung anfallen. Etwa 450.000 Einsatzstunden der Polizei seien zu diesem Thema angefallen. In 900 Fällen wurden Gebührenbescheide gegen Blockierer inzwischen erlassen. **MRK**



Stehen gemeinsam an der Spitze der Grünen und beurteilen diametral entgegengesetzt den Asylkompromiss: Ricarda Lang und Omid Nouripour

Foto: pa

GRÜNE

Fundis gegen Realos

Der EU-Asylkompromiss von Luxemburg entzweit die Partei

VON PETER ENTINGER

Die EU-Innenminister haben in der vergangenen Woche in Luxemburg über die seit Jahren strittige Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) getagt. Dabei ging es nicht zuletzt um die Frage, ob es Vorprüfungen von Asylanträgen schon an den EU-Außengrenzen geben soll. In Luxemburg haben sich die immigrationskritischen Länder weitestgehend durchgesetzt. Die nicht den Grünen, sondern der SPD angehörende Bundesinnenministerin Nancy Faeser hatte bereits vor dem Luxemburg-Treffen „faire Verfahren an den EU-Außengrenzen“ quasi zum offiziellen Regierungskurs erklärt. Die rotgrün-gelbe Bundesregierung hat sich dafür offen gezeigt, wollte aber wenigstens durchsetzen, dass Minderjährige unter 18 und Familien mit Kindern diese Verfahren nicht durchlaufen müssen.

Im aktuellen Parteiprogramm der Grünen heißt es indes eindeutig: „Das

Asylverfahren findet im aufnehmenden Mitgliedstaat statt. Vorgezogene Asylverfahrensprüfungen an den Außengrenzen lehnen wir ab.“

Pro-Seite: Nouripour und Baerbock

Die Folge dieser Diskrepanz ist ein Aufblenden des alten Richtungskampfes zwischen Fundis und Realos bei den Grünen, wobei die Mitglieder in der Ampelregierung unter den Grünen naheliegenderweise eher zu Kompromissbereitschaft gegenüber den Koalitionspartnern neigen.

So hatte beispielsweise die grüne Bundesaußenministerin Annalena Baerbock vor den Beratungen zwar erklärt, dass Grenzverfahren hochproblematisch seien, bezeichnete aber den EU-Kommissionsvorschlag als die einzige Chance, auf absehbare Zeit zu einem „geordneten und humanen Verteilungsverfahren“ zu kommen.

Der grüne Co-Parteichef Omid Nouripour gehört zwar nicht der Bundesre-

gierung an und ist somit nicht der Kabinettsdisziplin unterworfen, kam aber in der Gesamtschau doch „zu dem Schluss, dass die Zustimmung ein notwendiger Schritt ist, um in Europa gemeinsam voranzugehen“, auch wenn die Durchsetzung zentraler Forderungen wie etwa eine Ausnahme für Familien mit Kindern im Grenzverfahren nicht erreicht worden sei.

An der grünen Basis, die sich traditionell für noch mehr und vor allem ungeregelte Zuwanderung begeistert, stieß derartiger Pragmatismus wenig überraschend auf Gegenwehr. Wie mehrere Medien übereinstimmend berichteten, wurde ein von rund 730 Parteimitgliedern unterzeichnetes Schreiben unter anderem an Baerbock, den ebenfalls grünen Wirtschaftsminister und Vizekanzler Robert Habeck sowie die gleichfalls den Grünen angehörende Familienministerin Lisa Paus versandt, in dem ein Kurs der „Abschreckung und Abschottung“ sowie Pläne zu einer „massiven

Beschneidung des Asylrechts“ moniert wurden.

Contra-Seite: Lang und Dzienus

Die grüne Basis ist nun förmlich auf die Barrikaden gestiegen. Die Prioritäten der Bundesregierung seien erschütternd, heißt es in dem Schreiben der Fundis: „Die Ausweitung sicherer Drittstaaten, schlechterer Rechtsschutz, verpflichtende Grenzverfahren in Haftlagern und eine massive Verschärfung des gescheiterten Dublin-Systems sind nur einige der Rechtsverschärfungen, die in der vorgeschlagenen Reform des Asylsystems angelegt sind.“

Doch nicht nur in der Basis befinden sich Fundis. Der Vorsitzende der besonders linken „Grünen Jugend“, Timon Dzienus, forderte von den Parteifreunden in der Ampelregierung ein massives Einschreiten: „Den Kurs der Abschottung dürfen wir nicht mittragen.“ Es handle sich um einen „krassen Angriff auf das individuelle Asylrecht“.

Als „krass“ empfindet er auch, dass die FDP auch Minderjährige an den europäischen Außengrenzen „einsperren“ wolle. In dasselbe Horn bläst Nouripours weibliches Pendant, die zum linken Flügel zählende Ricarda Lang. Sie kritisiert, der Vorschlag zur Asylreform werde „dem Leid an den Außengrenzen nicht gerecht und schafft nicht wirklich Ordnung“.

ASYLKOSTEN

Haushaltssperre in Dresden

Erst forderte der Oberbürgermeister noch mehr Einwanderung – Nun will er vom Bund noch mehr Geld

Am 3. März vergangenen Jahres trat die sächsische Landeshauptstadt Dresden durch einen Mehrheitsbeschluss des Stadtrates dem Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ bei. Damit signalisierte sie ihre Bereitschaft, mehr „Geflüchtete“ aufzunehmen, als der gesetzliche Verteilerschlüssel vorschreibt. Das stieß nicht bei allen Dresdnern auf Begeisterung, wie beispielsweise die Proteste beim Bürgerdialog in der Dreikönigskirche am 31. März dieses Jahres zeigten.

In Reaktion hierauf polterte der ursprünglich auch mit Rückendeckung von CDU, AfD und Pegida ins Amt gelangte Dresdner Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP), er werde das Grundrecht auf Asyl durchsetzen, ob es der Bevölkerung nun „schmeckt oder nicht“. Tatsächlich drückte Hilbert am 11. Mai mit den Stim-

men aller Stadträte der Grünen und Linken sowie der SPD und FDP, aber gegen das Votum der Volksvertreter der CDU, AfD und Freien Wähler, sechs neue Standorte für Container-Unterkünfte zur Unterbringung von Immigranten in den Stadtteilen Seidnitz, Niedersiedlitz, Strehlen, Gorbitz, Trachau und Altstadt durch.

Vier Wochen später musste der FPD-Politiker eine Haushaltssperre verhängen. Zu den Hauptursachen gehören neben den steigenden Personalausgaben in der Stadtverwaltung die explodierenden Asyl-Kosten. Eigentlich hatte die Stadt für dieses und das kommende Jahr mit Ausgaben für „Schutzsuchende“ in Höhe von insgesamt 30 Millionen Euro gerechnet. In Wirklichkeit werden jedoch mindestens 68 Millionen Euro benötigt. Davon entfallen rund 50 Millionen Euro auf

die Containerstandorte und die teure Anmietung von Hotelunterkünften zur Unterbringung der „Geflüchteten“.

Dass die Elbmetropole inzwischen finanziell mit dem Rücken zur Wand steht, bleibt nicht ohne Folgen für deren Bürger. Die Zuschüsse für die Sportvereine beziehungsweise freien Träger sind in Gefahr, und im Kultursektor wird ebenfalls der Rotstift angesetzt. So strich der Stadtbezirksbeirat von Dresden-Plauen sogleich die versprochenen Fördermittel für Kammermusik-Konzerte und ein Nachhaltigkeitsfest sowie das Pfingstingen am Fichteturm – letzteres übrigens nachträglich, womit der Chor auf den Kosten sitzenbleiben dürfte.

Außerdem wird das Vorhaben der Stadt, dem Immobilienkonzern Vonovia 3000 Wohnungen abzukaufen, um güns-

tigen Wohnraum für einkommensschwache Haushalte bereitstellen zu können, nun wohl illusorisch. Desgleichen ist nicht auszuschließen, dass die ambitionierten Pläne des grünen Baubürgermeisters Stephan Kühn, für einige hunderttausend Euro „Verkehrsberuhigung“ auf Kosten der Autofahrer zu betreiben, sang- und klanglos scheitern.

Die Schuld für das Loch im Stadtsäckel gibt Hilbert der Bundesregierung. Sie habe die Kommune mit den Ausgaben für die Einwanderungspolitik alleingelassen: „Von einer Milliarde Euro, die der Bund zur Entlastung der Länder avisiert hat, bleiben etwa 47 Millionen Euro für Sachsen. In Dresden könnten im günstigsten Falle 6,5 Millionen Euro ankommen – das ist nicht mal ein Tropfen auf den heißen Stein.“ **Wolfgang Kaufmann**

MUNITIONSALTLASTEN

Tickende Zeitbomben in Brandenburg

Explosionsgefahr bei Waldbränden – Bergung der Kriegshinterlassenschaften ist eine Jahrhundertaufgabe

VON HERMANN MÜLLER

Ausgedehnte Kiefernwälder, trockene Sandböden und wenig Niederschläge sind der verhängnisvolle Mix, der jedes Jahr zu Hunderten Waldbränden in der Mark Brandenburg führt. In keinem anderen Bundesland brennen Wälder so oft wie dort. Gut ein Drittel aller Waldbrände in Deutschland wird in der Mark registriert. Verschärfend kommt hinzu: Brandenburg ist auch das Bundesland, das am stärksten mit Altmunition belastet ist. Fast 290.000 Hektar der insgesamt knapp über eine Million Hektar großen Waldfläche Brandenburgs gelten als munitionsbelastet.

Wie brisant dieser Mix aus hoher Waldbrandgefahr und Altmunition in den Böden ist, zeigte sich vor Kurzem wieder in der Region um Jüterbog, südlich von Berlin. Anfang Juni brach dort auf einem ehemaligen Truppenübungsplatz ein Waldbrand aus, der sich über Tage auf Hunderte Hektar ausbreitete.

Das betroffene Gelände diente bereits in der Kaiserzeit als Manövergebiet, später folgten Reichswehr, Wehrmacht und Sowjetarmee. Folge der jahrzehntelangen militärischen Nutzung sind Bomben und Granaten, die überall im Boden liegen. Bricht ein Waldbrand aus, dann können Feuerwehrlente wegen der Explosionsgefahr nur von einigen speziell geschaffenen Wegen aus den Brand löschen. Bereits 2019 war es in der Region Jüterbog zu einem verheerenden Großfeuer gekommen, bei dem am Ende 744 Hektar Wald brannten.

Als Reaktion auf diesen Waldbrand wurden neue Löschwasserbrunnen gebaut und Waldbrandschneisen gepflegt. Weiterhin ungelöst ist allerdings das Problem der Altmunition im Boden. Die Stiftung Naturlandschaften, Eigentümerin des Waldareals, das Anfang Juni bei Jüterbog in Brand geratenen ist, schätzt, dass die Entfernung der Munition aus dem Areal mindestens eine viertel Milliarde Euro kosten würde.

Bund zahlt nur für Beseitigung deutscher Munition

Grundsätzlich gilt noch immer die Regelung, dass der Bund nur für die Bergung deutscher Munition aufkommt. Werden Munitionsaltlasten der Alliierten gefun-



Lebensgefährlicher Einsatz: Löscharbeiten vergangenes Wochenende in einem Wald in Jüterbog, der mit Altmunition aus den beiden Weltkriegen belastet ist

Foto: imago/Bernd März

den, etwa Fliegerbomben aus dem Weltkrieg, müssen die Kommunen oder das Land zahlen. Versuche Brandenburgs, zusammen mit Niedersachsen, den Bund generell und dauerhaft an ihren Kosten der Munitionsbeseitigung zu beteiligen, sind bislang nicht erfolgreich gewesen.

Der Bund war bislang nur bereit, sich nur in einem begrenzten Umfang zu beteiligen. Im Jahr 2019 stellte die Regierung den Ländern einmalig insgesamt 60 Millionen Euro für die Beseitigung alliierter Munition in Deutschland zur Verfügung. Dieser Sondertopf ist mittlerweile leer.

Die Bereitschaft, den Bundesländern nochmals Kosten abzunehmen, dürfte sich in Berlin in Grenzen halten. Auf den Bund kommen nämlich durch die Bergung von Weltkriegsmunition aus Nord- und Ostsee ohnehin hohe Kosten zu. Dieses Altlastenproblem ist so massiv, dass der SPD-Bundestagsabgeordnete Daniel Schneider die Bergung der versenkten Munition als „Jahrhundertaufgabe“ bezeichnet hat.

Experten von Bund und Ländern haben bereits 2011 einen Bericht veröffentlicht, demzufolge allein in deutschen Hoheitsgewässern 1,6 Millionen Tonnen Munition auf dem Meeresboden vor sich hin rosten. Nach offiziellen Schätzungen liegen allein in der deutschen Nordsee rund 1,3 Millionen Tonnen Munition aus den beiden Weltkriegen. In der Ostsee sind die Lübecker Bucht und die Kieler Außenförde besonders betroffen. Das Fraunhofer-Institut für Graphische Datenverarbeitung geht davon aus, dass auf dem Boden der Ostsee auch noch etwa 40.000 Tonnen chemische Kampfstoffe liegen.

Die Gefahr, die von der versenkten Munition ausgeht, nimmt nicht ab, sondern sie wird größer. Nach Jahrzehnten korrodieren die Sprengstoffhüllen immer stärker. Damit steigt die Gefahr, dass Giftstoffe ins Meerwasser und über die Fische auch in die Nahrungskette des Menschen gelangen. Zur Munitionsbergung stellt der Bund nun bis 2025 immerhin 100 Millionen Euro zur Verfügung.

Mit dem Geld soll eine Bergungsplattform für die Ostsee gebaut werden.

Bergungsplattform für die Ostsee

Bei einem Treffen des Ostseerats in Wismar verständigten sich Anrainerstaaten zudem darauf, auch privatwirtschaftliche Investoren an den Kosten von Munitionsbergungen zu beteiligen. Im Blick haben die Anrainerländer der Ostsee dabei vor allem Unternehmen, die Windenergieanlagen im Meer bauen wollen. Im Gegenzug für die Nutzung der jeweiligen Fläche sollen die Investoren für die Räumung von Minen und anderen Kampfstoffen aufkommen, sagte Bundesaußenministerin Annalena Baerbock.

Die Grünen-Politikerin erklärte, dies sei auch für wirtschaftlich schwächere Staaten eine „große Chance“. Bei konkreten Zusagen für finanzschwächere Ostsee-Anrainerstaaten hielt sich Baerbock allerdings zurück. Sie führte fort, trotz des gemeinsamen Interesses sei jedoch jeder Staat für seine Hoheitsgewässer selbst zuständig.

ODERKONFERENZ

Kein gemeinsamer Nenner

Ursache für Fischsterben bleibt ein Streitfall – Erneute Katastrophe diesen Sommer befürchtet

Eine sogenannte Oderkonferenz, die am 6. Juni stattgefunden hat, ist ohne einen durchschlagenden Erfolg beendet worden. Deutsche und polnische Politiker, Umweltschützer und Wissenschaftler hatten sich im uckermärkischen Schwedt getroffen, um zu klären, wie sich ein massenhaftes Fischsterben wie im vergangenen Jahr verhindern lässt.

Im August 2022 waren aus der Oder Hunderte Tonne toter Fische geborgen worden. Eine deutsche Expertengruppe unter Leitung des Umweltbundesamtes hatte ein Zusammenspiel von hohen Temperaturen, Niedrigwasser und einem hohen Salzgehalt als wahrscheinlichste Ursache dafür ausgemacht, dass sich vergangenes Jahr giftige Brackwasseralegen massiv in der Oder ausbreiten konnten. Als konkrete Verursacher der hohen Salz-

konzentration hatte die Umweltschutzorganisation Greenpeace polnische Bergbaubetriebe in Oberschlesien benannt.

Stellschraube Salzeinleitungen

Wie Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) auf der Oderkonferenz am 6. Juni feststellte, könne die Temperatur in der Oder nicht niedrig gehalten werden: „Deshalb bleibt nur die Stellschraube der Salzeinleitungen, wenn eine solche Katastrophe in diesem Sommer verhindert werden soll.“

Polnische Vertreter zweifelten auf der Konferenz allerdings an, dass die Salzeinleitungen tatsächlich der maßgebende Faktor bei der Umweltkatastrophe gewesen sind. Marcin Bialek, Leiter der Abteilung für internationale Angelegenheiten im polnischen Umweltministerium sagte:

„Während der Konferenz ist erwähnt worden, dass die Alge trotzdem existieren würde, selbst wenn der Salzgehalt im Wasser sehr niedrig ist.“ Zudem verwies die polnische Seite darauf, dass die gemessenen Werte von Salzeinleitungen innerhalb der EU-Richtlinien lägen.

Auch der Ausbau der Oder bleibt nach der Konferenz in Schwedt ein Thema, bei dem die Positionen beider Seiten weit auseinandergehen. Die polnische Regierung sieht im Oderausbau weiterhin kein Problem. Lemke und auch Brandenburgs Landesregierung kritisieren die auf der Ostseite der Oder begonnenen Bauarbeiten dagegen scharf.

Kritik an polnischen Bauarbeiten

Einzig bei dem Punkt, wie die Informationen zwischen den beiden Seiten künftig

schneller ausgetauscht werden, gab es auf der Oderkonferenz einen kleinen Fortschritt. Die offiziellen Vertreter beider Länder vereinbarten, dass das bereits existierende Frühwarnsystem schneller arbeiten soll.

Mit Blick auf die Umweltkatastrophe im vergangenen Sommer hatte der Woiwode der Woiwodschaft Westpommern, Zbigniew Bogucki (PiS), kritisiert, dass er auf deutscher Seite keinen klaren Ansprechpartner gehabt habe.

Sehr skeptisch kommentierte der Oberbürgermeister von Frankfurt an der Oder, Rene Wilke, den Ausgang der Oderkonferenz. Der Politiker der Linkspartei sagte, es sei für ihn schockierend, dass man sich bereits auf eine erneute Krise in der Oder einstelle, statt dafür zu sorgen, dass sie auf keinen Fall eintrete. H.M.

KOLUMNE

CDU passt sich an

VON THEO MAASS

Mit dem Regierungsantritt der CDU verband sich die Hoffnung, dass es nicht nur beim Wohnungsbau, sondern auch beim Verkehr zu einer echten Wende zur Normalität kommen möge, zumal die CDU nun mit Manja Schreiner die Verkehrsministerin stellt. Kurz vor ihrem Abtreten legte die bis dahin amtierende Verkehrsministerin Bettina Jarasch den Autofahrern am 20. April gewissermaßen noch ein Ei ins Nest, als sie die ehemalige Bundesautobahn A 104 – nunmehr eine Bundesstraße – für den Verkehr sperrte. Angeblich machte sie sich Sorgen um die Sicherheit. Ein von ihr bestelltes Gutachten gab ihr den Vorwand.

Auf eine Anfrage des AfD-Abgeordneten Rolf Wiedenhaupt, wann denn die neue Verkehrsministerin diese wichtige Straße wieder freigeben würde, hieß es, es „soll als Vorzugsvariante untersucht werden, ob die Tunnelanlage dauerhaft geschlossen bleiben kann“. Schreiner hatte in ihrer bisherigen kurzen Amtszeit gelegentlich schon mit Äußerungen, die von ihrer Vorgängerin hätten stammen können, zu Radwegen aufmerken lassen.

Offenbar glaubt die CDU mit angepasster links-grüner Politik in der Großen Koalition bei ihrem Koalitionspartner SPD weniger anzuecken. Ob sie sich bei ihren Wählern unbeliebt macht, ist der Union offenbar egal. Die nächsten Wahlen stehen ja erst im Herbst 2026 an. Wie sehr sich die CDU von ihren früheren Positionen entfernt hat, zeichnet sich nicht zuletzt auch darin ab, dass etwa der verkehrspolitische Sprecher der AfD, Wiedenhaupt, früher nicht nur CDU-Mitglied war, sondern sogar für die Union im Parlament saß.

MELDUNG

Chaos-Wahl beim rbb

Berlin/Potsdam – Beim skandalgebeutelten öffentlich-rechtlichen Sender rbb stellt sich der Versuch, einen neuen Intendanten zu finden, als schwierig heraus. Die Bewerbungsfrist für den Spitzenposten war Ende April abgelaufen. Aus Dutzenden Bewerbungen hatte eine Findungskommission zunächst drei Kandidatinnen ausgewählt. Gegen die Auswahl der Kommission legten zwei Vertreterinnen des rbb-Personals Widerspruch ein. Sie bemängelten, dass der aus ihrer Sicht qualifizierteste Bewerber, der Programmdirektor von Radio Bremen Jan Weyrauch, nicht berücksichtigt worden sei. Hintergrund sollen die Gehaltsvorstellungen des Bewerbers gewesen sein. Die Kritik der rbb-Personalvertreter führte schließlich dazu, dass die Liste der Wahlkommission wieder auf vier Bewerber erweitert wurde. Die derzeit amtierende Interimsintendantin Katrin Vernau hatte bis Ende April keine Bewerbung abgegeben, dann allerdings doch ihre Bereitschaft erklärt, weiterzumachen. Eine nachträgliche Berücksichtigung von Vernau als Kandidatin lehnte der Rundfunkrat jedoch mehrheitlich ab. H.M.

● MELDUNGEN

Rassistische
Verordnung

Pretoria – Das seit 2014 existierende südafrikanische Ministerium für Wasser und Abwasser (DWS) legte unlängst einen ebenso radikalen wie rassistischen Verordnungsentwurf vor. Demnach müssen Unternehmen, welche Lizenzen für die Entnahme von Wasser beantragen wollen, in Zukunft mindestens zu 25, 50 oder 75 Prozent in der Hand von Schwarzen sein. Dabei hängt die vorgeschriebene Mindestbeteiligung von der Menge des benötigten Wassers ab. Das heißt faktisch, dass landwirtschaftliche Unternehmen in Südafrika, deren Wasserverbrauch generell sehr hoch ist, bald keine Chance mehr auf Wassernutzungsrechte haben, wenn sie nicht zu drei Vierteln Schwarzen gehören. Damit droht eine dramatische Umwälzung der Eigentumsverhältnisse. Sollten die Regelungen verabschiedet werden, hätte dies verheerende Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit des Landes. **W.K.**

Korrumperte
Grenzschrützer

Athen – Die Antikorruptionsbehörde der griechischen Polizei hat fünf Grenzschrützer festgenommen, welche der Kooperation mit türkischen Schleppern beschuldigt werden. Dazu gehörte die Schaffung von Möglichkeiten zur Überwindung des 37,5 Kilometer langen und fünf Meter hohen Grenzzaunes am Fluss Evros – etwa durch eine Abschaltung von Nachtsichtkameras. Die Beamten waren Angehörige des Grenzschutzkommandos von Didymoticho und in dem Dorf Isaakio stationiert. Sie fielen durch ungewöhnliche Immobilien- und Autokäufe auf und wurden unter Beobachtung gestellt. Die Ermittler fanden bei den Fünf hohe Bargeldbeträge in verschiedenen Währungen sowie 59 Mobiltelefone. Der Kopf der Bande, welche möglicherweise für jeden durchgeschleusten Migranten 1000 Euro kassierte, ist ein prominenter Polizeigewerkschafter, der in der Vergangenheit auch schon politische Ambitionen an den Tag gelegt hat. **W.K.**

Panamakanal
droht Chaos

Panama/City – Wegen anhaltender Trockenheit gibt es Probleme bei der Nutzung des Panamakanals. Da die Schiffe auf ihrem 82 Kilometer langen Weg zwischen dem Pazifik und Atlantik bis auf 26 Meter Höhe über Normalnull gehoben werden müssen, fließen bei der Öffnung der Schleusen ständig größere Wassermengen aus dem Kanal ins Meer. Dies erfordert ein ständiges Nachfüllen, wobei das hierfür benötigte Wasser vor allem aus dem Alajuelasee und dem Gatúnsee stammt. Der Pegelstand der beiden Gewässer ist jedoch durch die ausbleibenden Niederschläge stark gefallen, weshalb die Kanalbehörde inzwischen erhebliche Beschränkungen hinsichtlich des Tiefgangs der passierenden Schiffe verhängen musste. Und das könnte nun zum Problem werden, da immerhin ein Zwanzigstel des weltweiten Frachtverkehrs durch den Panamakanal läuft. Wenn nicht bald Regen einsetzt, droht den globalen Lieferketten erneut Schaden. **W.K.**

UKRAINE

Zwischen Pest und Cholera

Krimtataren im Zwiespalt – Ihre Rolle bei Plänen zur Rückeroberung der Krim macht sie zu Putins Feinden

VON BODO BOST

Die Krimtataren sind für Kiew vor allem diplomatisch von großer Bedeutung, weil sie durch ihren Widerstand gegen die jahrzehntelange Unterdrückung unter Stalin und Putin fester und anerkannter Teil des globalen Südens und der muslimischen Welt sind. Dabei sollte die Krim in Putins Geschichtsverständnis als Paradebeispiel für das Recht des Kremls auf ukrainisches Territorium herhalten.

Die Krimtataren, die einen türkischen Dialekt sprechen, betrachten die Halbinsel Krim als ihr historisches Heimatland. Sie beherrschten die Halbinsel vom 15. Jahrhundert bis 1783. Sie stellten zwölf Prozent der zwei Millionen Einwohner des Gebiets, als Moskau die Krim im Jahr 2014 illegal besetzte und annektierte. Seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine schlagen internationale Menschenrechtsgruppen Alarm wegen der Verfolgungskampagne Moskaus gegen Mitglieder der tatarischen Gemeinschaft

auf der Krim und ihrer Loyalität zur westlichen Regierung Kiews.

Die Krimtataren waren mit den Russlanddeutschen – beiden hatte Stalin während des Zweiten Weltkrieges Kollaboration mit Deutschland vorgeworfen – die beiden einzigen der vielen unter Stalin deportierten Sowjetvölker, die selbst unter Gorbatschow trotz Rehabilitation nicht ihre einstigen Republiken wiedererrichten konnten. Erst unter der unabhängigen Ukraine konnte seit 1991 das Gros der Volksgruppe aus Zentralasien auf die Krim zurückkehren. Andererseits konnten die Krimtataren auch unter ukrainischer Herrschaft nicht mehr ihre einstige Stärke von 33 Prozent der Bevölkerung erreichen, die sie noch 1921 hatten, als Tatarisch neben Russisch Amtssprache der Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik der Krim wurde.

„Befreiung“ der Krim ist Staatsziel

Der russische Präsident Wladimir Putin hat die Krim in vielen Reden nach der Annexion von 2014 als „heilige Erde Russ-

lands“ bezeichnet und sich nicht gescheut, die Halbinsel mit der Bedeutung Jerusalems im Judentum und Islam zu vergleichen. Die Krim war ab 1783 russisches Territorium, und das Christentum kam schon im Jahre 988 mit der Taufe der Kiewer Rus durch Fürst Waldimir erstmals nach Kiew, der damaligen Hauptstadt der Rus (Russlands).

Der ehemalige russische Präsident und stellvertretende Vorsitzende des russischen Sicherheitsrats, Dmitrij Medwedjew, sagte, dass jeder Versuch der Ukraine, die Krim zurückzuerobern, den Einsatz „aller Waffen“ rechtfertigen würde, einschließlich der Atomwaffen. Dessen ungeachtet die Regierung in Kiew entschlossen zu sein, die Krim im Rahmen einer Offensive zurückzuerobern. Für Präsident Wolodymyr Selenskyj ist die Krim einer der Gründe, warum er stärkere Waffen von der NATO fordert. Laut einer Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie befürworten 64 Prozent der Ukrainer die Befreiung der gesamten Ukraine einschließlich der Krim.

Die krimtatarische Volksgruppe ist die einzige der Ukraine, die sich selbst als Teil des globalen Südens versteht. Viele Krimtataren flüchteten nach der russischen Annexion von 2014 nach Kiew. Dort haben Repräsentanten dieser Volksgruppe seitdem steile Karrieren gemacht, Karrieren, die es für sie vor 2014, als sie noch zur Ukraine gehörten, noch nicht gab. So hat Selenskyj vor drei Jahren die Krimtatarin Emine Dzhaparova zur Vizeaußenministerin der Ukraine ernannt. Und die Krimtatarin Tamila Tasheva wurde im April 2023 Bevollmächtigte Selenskyjs für die besetzte Krim.

Dubiose „Krim-Plattform“

Kiew gründete 2021 darüber hinaus die „Krim-Plattform“, eine internationale Koordinierungsstelle mit dem Ziel der De-Okkupation der Krim. Außerdem erkannte Kiew die autochthonen Völker der Krimtataren, Karaiten und Krimtschaken an. Während die Krimtataren Muslime sind, gehören Karaiten und Krimtschaken der jüdischen Religionsgemeinschaft an, sprechen aber dieselbe Sprache. Die Ukraine hat unter der „Krim-Plattform“ eine Strategie zur Entwicklung der krimtatarischen Völker verabschiedet. Dzhaparova und Tasheva sollen seit Kriegsbeginn 2022 den Ländern des globalen Südens, vor allem den muslimischen, das wahre Gesicht des russischen Imperialismus zeigen. Deshalb erhielt Selenskyj im Mai erstmals eine Einladung zum Treffen der Arabischen Liga in Dschidda.

Auch der türkische Präsident Erdoğan spielt in der Krim-Strategie von Selenskyj eine wichtige Rolle. Obwohl Erdoğan Putin in Syrien braucht, verlangt er von ihm die Rückgabe der Krim an die Ukraine, damit er sich als Beschützer der Krimtataren darstellen kann.

Eine militärische Rückeroberung der Krim wird sehr wahrscheinlich zu großen Verlusten für die ukrainische Armee führen, denn auf der Krim sympathisieren erhebliche Teile der Zivilbevölkerung mit Russland. Diese könnten aktiv Widerstand leisten und sich gegen Kiew-treue Gruppen wenden, vor allem gegen Teile der krimtatarischen Gemeinschaft. Diese fürchten daher eine Rückkehr in die „Spezialsiedlungen“, in welche die Krimtataren zwischen 1944 und 1956 in Zentralasien zwangsumgesiedelt wurden.



Steht bereit für die Rückeroberung der Heimat: Ein krimtatarischer Kämpfer mit dem Symbol seiner ethnischen Minderheit

AFGHANISTAN

Die nächste Terrorfront am Hindukusch

IS-Angehörige attackieren die machthabenden Taliban, die mit westlichen Hilfsmitteln zurückschlagen

In Afghanistan tobt ein erbitterter Kampf zwischen den Taliban, die im August 2021 wieder in Kabul einmarschierten und die Macht im Lande zurückeroberten, und den Anhängern des Islamischen Staates (IS), welche seit 2015 ebenfalls am Hindukusch präsent sind. Zu ihnen zählen viele abtrünnige Taliban und aus Pakistan eingereiste Extremisten.

Die IS-Kämpfer treten deutlich radikaler auf als die alten und neuen Herrscher in Kabul, weil sie kein Emirat in den Grenzen des muslimischen Nationalstaates Afghanistan anstreben, sondern ihre Zukunft in einem globalen Kalifat sehen. Dazu kommen theologische Differenzen. Die Taliban stehen in der Tradition der hanafitischen Rechtsschule, die den sunnitischen Islam dominiert, während die Dschihadisten des IS zur Minderheit der Salafisten zählen.

Schließlich wäre da noch der Umstand, dass die Taliban mit der Trump-Administration das Abkommen von Doha schlossen, das zum Abzug der westlichen Truppen führte. Aus all diesen Gründen bezeichnen die IS-Anhänger die Taliban als nationalistische Fanatiker, welche andere Muslime sowie die Ideale des Islam verraten hätten. Darin sehen sie auch die Rechtfertigung für Anschläge, die sie gegen führende Taliban-Vertreter begehen. Dabei traf es unter anderem Mohammad Dawood Muzammil, den Gouverneur der nordafghanischen Provinz Balch, der in seinem Büro in Masar-e Scharif in die Luft gesprengt wurde.

Angesichts dessen wird verständlich, dass die Taliban-Regierung nun nicht nur die Unterstützer der NATO-Truppen und die Anhänger der gestürzten Regierung von Aschraf Ghani, sondern glei-

chermaßen sämtliche IS-Angehörige mit eiserner Härte verfolgen. In diesem sehr speziellen „Krieg gegen den Terror“ geht der von dem ehemaligen Guantanamo-Häftling Abdul Haq Wasiq geleitete Geheimdienst der Taliban namens Istihbarat Birmi mit Methoden vor, welche denen der westlichen Geheimdienste gleichen. So überwachen junge und technikaffine Agenten die sozialen Netzwerke oder hacken Computer und werten zurückgelassene US-Datenbanken aus, wobei sie ihre beim Konsum von amerikanischen Fernsehserien erworbenen Englischkenntnisse nutzen.

Freundliche Unterstützung der CIA

Diese „Anti-Terror-Kämpfer“ der Taliban operieren inzwischen nicht mehr mit Turban und Sandalen sowie alten Kalaschnikows in den Händen. Tatsächlich sehen

sie Angehörigen der Eliteeinheiten der US-Streitkräfte zum Verwechseln ähnlich, weil sie deren zurückgelassene Bekleidung und Ausrüstung verwenden.

Darüber hinaus sind die Taliban offenbar in moderate, verhalten westlich orientierte Modernisierer und stärker traditionistische Hardliner alten Stils gespalten, wodurch sich eine weitere Frontlinie in Afghanistan ergibt. Der deutlichste Hinweis hierauf ist die Tötung von Aiman az-Zawahiri, dem Nachfolger des al-Kaida-Führers Osama bin Laden, am 31. Juli 2022 im Kabuler Stadtteil Sherpur. Ohne eine direkte oder indirekte Unterstützung seitens US-freundlicher Taliban wäre der US-Geheimdienst CIA wohl kaum in der Lage gewesen, den im afghanischen Asyl befindlichen Terrorchef derart gezielt zu liquidieren, dass es keine weiteren Opfer gab. **Wolfgang Kaufmann**

VON PETER ENTINGER

Die Pflegebranche leidet in Deutschland besonders unter Fachkräftemangel. Schlechte Arbeitsbedingungen machen die Arbeit mit den Alten und Kranken für Einheimische und Zuwanderer gleichermaßen unattraktiv. Seit Jahren gibt es Versuche, Pflegekräfte aus EU-Ländern nach Deutschland zu locken – mit mäßigem Erfolg.

Nun waren Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) und Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) sogar in Brasilien auf Akquise. „Ich freue mich, dass wir die Partnerschaft zwischen Brasilien und der Bundesrepublik Deutschland in Zukunft noch intensivieren werden“, sagte Heil. Eine entsprechende Erklärung unterzeichnete er gemeinsam mit seinem brasilianischen Amtskollegen Luiz Marinho. Ziel sei es, „faire und vereinfachte Strukturen zu schaffen, um den beidseitigen Fachkräfteaustausch vor allem im Bereich Pflege zu fördern“, teilte das Bundesarbeitsministerium mit.

Nach dem Kosovo nun Brasilien

Nach aktuellen Hochrechnungen des Statistischen Bundesamtes werden im Jahr 2025 voraussichtlich etwa 112.000 Pfleger in Vollzeitstellung fehlen, um den Bedarf an professioneller Alten- und Krankenpflege in Deutschland decken zu können. Der wachsende Fachkräftemangel im Pflegebereich stellt für viele Krankenhäuser bereits heute ein ernst zu nehmendes Problem dar. Nach aktuellen Daten der Techniker Krankenkasse nahmen die Krankschreibungen bei Pflegekräften 2022 im Vergleich zu 2021 um 40 Prozent zu. Mit durchschnittlich fast 30 Fehltagen lagen sie rund 57 Prozent über dem Durchschnitt aller Beschäftigten. Häufigste Diagnosen: psychische Erkrankungen, Atemwegsinfekte und Rückenleiden.

Der damalige CDU-Gesundheitsminister Jens Spahn hatte vor der Corona-Pandemie 10.000 neue Pflegekräfte durch ein „Sofortprogramm“ versprochen und war dazu unter anderem in den Kosovo gereist. Die Bilanz fiel äußerst mau aus.

In Brasilien gibt es nach Angaben des Berufsverbands Cofen zweieinhalb Millionen Krankenpfleger. Die Arbeitslosenquote in dem Sektor lag 2021 bei mehr als zehn Prozent. Ziel sei es, so erklärten es Baerbock und Heil, künftig deutlich mehr Visa für ausländische Arbeitskräfte auszugeben. Im vergangenen Jahr seien nicht einmal 100.000 Fachkräfte aus Drittstaaten nach Deutschland gekommen. Das seien eindeutig zu wenig. Die



Simulation an einer Puppe: Hubertus Heil schaut in Brasilia einem Absolventen einer Ausbildung zur Pflegekraft zu

Foto: pa

PFLEGENOTSTAND

Kommt die Lösung aus Brasilien?

Arbeitsminister Heil begleitete Außenministerin Baerbock nach Südamerika, um von dort Fachkräfte zu holen – Kritik kommt von hien wie drüben

Regierung wolle deshalb vor allem Bürokratie abbauen und den Familiennachzug erleichtern. Dafür soll das Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten „bis Ende 2024 viermal so viele Visa für Fachkräfte bearbeiten wie bisher“.

„Das System ist das Problem“

Brasilien ist bisher das einzige Land in der Region, mit dem Deutschland eine derartige Kooperation eingeht. Denn die Anwerbung von Pflegekräften ist durchaus heikel. Nach den Regeln der Weltgesundheitsorganisation (WHO) darf man Ländern, die zu wenig Pflegekräfte haben, keine abjagen. „Wenn man besser kooperiert und faire Regeln aufstellt, auch für faire Migration, dann ist das im wechselseitigen Interesse“, erklärte Heil nun. In der Vergangenheit habe es viel zu büro-

kratische Verfahren und ein abschreckendes Einwanderungsrecht gegeben.

Doch das geplante Vorhaben ruft auch kritische Stimmen hervor. Die ARD berichtete im Vorfeld der Brasilien-Reise von Menschen in dem südamerikanischen Land, die auf gepackten Koffern säßen und sich schon freuten, anstelle ihres jetzigen Monatsgehalts von umgerechnet 400 oder 500 Euro in Deutschland künftig das Vier- oder Fünffache zu verdienen.

Das aber erzürnte die Gewerkschaften. Sie beklagten, in die Verhandlungen über die Abwerbeprogramme nicht einbezogen worden zu sein. „Würden beide Länder ihre Pflegekräfte ordentlich bezahlen, hätte Deutschland weniger Bedarf und Brasilianer müssten ihr Land nicht verlassen“, zitierte der Sender einen Gewerkschaftssprecher in Brasilien.

Eugen Brysch von der Deutschen Stiftung Patientenschutz warnte davor, das Anwerben von Pflegekräften aus allen möglichen Teilen der Welt als Teil einer Lösung zu betrachten. Der Pflegekräftemangel sei vor allem ein innerdeutsches Problem. „Das werden auch die wenigen zusätzlichen Hundert brasilianischen Pflegerinnen und Pfleger nicht lösen“, so der geschäftsführende Vorstand.

Brysch glaubt, dass wegen des Mindestlohns und Sonderzahlungen der finanzielle Aspekt mittlerweile nicht mehr der entscheidende sei. „Die Menschen brennen aufgrund der Arbeitsbedingungen aus. Das System ist das Problem“, erklärte er. Solange sich die Voraussetzungen nicht ändern werden, würden Krankenstand und Abwanderung in andere Berufsgruppen hoch bleiben.

ENERGIEWENDE

Umverteilung von unten nach oben

Habeck will mit Steuergeld den Strompreis für Großverbraucher heruntersubventionieren

Private Verbraucher können von einem Strompreis von sechs Cent pro Kilowattstunde nur träumen. Erhalten sollen diesen Billigtarif nach der Vorstellung von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck künftig aber energieintensive Unternehmen. Profitieren sollen vom Industriestrom Firmen, die einen hohen Energieverbrauch haben und die im internationalen Wettbewerb stehen. Vorgestellt hatte der Grünen-Politiker erste Grundlinien für den Industriestrompreis bereits Anfang Mai: „Unser Vorschlag ist die Antwort auf einen deutlichen Wunsch aus der Breite der Gesellschaft – überparteilich, aus Bund und Ländern, von Verbänden und Gewerkschaften“, so Habeck anlässlich der Präsentation des Plans.

Anfang Juni folgte ein Treffen mit Vertretern von Arbeitgebern und Gewerkschaften. Mit diesen sprach Habeck über

einen möglichen Zeitpunkt zum Start des Stromtarifs. Laut Habeck soll das Angebot spätestens nach dem Auslaufen der Strompreisbremse im kommenden Frühjahr kommen. Finanziert werden soll der Strom für sechs Cent pro Kilowattstunde nach den Vorstellungen des Wirtschaftsministers aus öffentlichen Mitteln, sprich: mit dem Geld der Steuerzahler. Habeck selbst kündigte den Industriestrom als „Brückenstrompreis“ an, der bis 2030 gelten soll. Die Kosten werden bis dahin auf etwa 25 bis 30 Milliarden Euro beziffert.

Das Echo ist geteilt

Auf dem Treffen mit Arbeitgebervertretern und Gewerkschaftern zeigte sich neben Zustimmung auch deutliche Skepsis. Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall, wirbt schon länger für die Idee eines Industriestroms. Der Gewerk-

schaftschef sieht ohne einen international konkurrenzfähigen Strompreis ganze Industrien in Gefahr. Ohne die europäische Stahlindustrie sei die Innovationskraft der Autoindustrie nicht gegeben, beim Maschinenbau sei es ähnlich, so der stellvertretende VW-Aufsichtsratsvorsitzende.

Siegfried Russwurm, der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), mahnte mit Bezug auf den Begriff „Brückenstrompreis“ inzwischen mehr Klarheit darüber an, „wie das Ufer aussieht, zu dem wir jetzt Brücken bauen müssen“. Der BDI-Chef erklärte, neben einem schnelleren Ausbau Erneuerbarer Energien und Speichern sei auch der Bau von wasserstofffähigen Gaskraftwerken in erheblicher Kapazität unabdingbar. Zudem forderte Russwurm aber auch kurzfristige Maßnahmen: „Unternehmen aller

Größenordnungen vom Mittelständler bis zum Großkonzern, die durch exorbitant hohe Strompreise in ihrer Wettbewerbs- und Existenzfähigkeit bedroht sind, die brauchen jetzt Entlastung.“

Auch innerhalb der Ampelkoalition gibt es in Sachen Industriestrom noch Klärungsbedarf. SPD und Grüne trommeln bereits seit Monaten für die Unterstützung energieintensiver Unternehmen durch einen günstigeren Strompreis. Ebenso deutlich hat FDP-Bundesfinanzminister Christian Lindner seine Ablehnung des Habeck-Plans zum Ausdruck gebracht. „Im ohnehin angespannten Haushalt gibt es auch keinen Spielraum für entsprechend hohe Subventionen“, so Lindner. Der FDP-Politiker meldete zudem auch grundsätzliche Bedenken an: Direkte staatliche Hilfen seien ökonomisch unklug. Hermann Müller

MELDUNGEN

Erneutes Auftragsminus

Wiesbaden – Die deutsche Industrie hat im April erneut ein Auftragsminus wegstecken müssen. Laut dem Statistischen Bundesamt sanken die Bestellungen gegenüber dem Vormonat um weitere 0,4 Prozent. Zahlreiche Wirtschaftsexperten hatten zuvor mit einem Anstieg um drei Prozent gerechnet, nachdem es im März mit 10,9 Prozent das größte Auftragsminus seit den Anfangszeiten der Pandemie im April 2020 gegeben hatte. „Das ist ein schlechtes Signal“, erklärte Commerzbank-Chefökonom Jörg Krämer. „Die technische Rezession im Winterhalbjahr war kein Ausrutscher.“ Die Außenwirtschaftsexpertin Carolin Herweg von der Deutschen Industrie- und Handelskammer warnte: „Das konjunkturelle Umfeld wird damit zunehmend ungemütlicher. Die Auftragsgänge bleiben in einem tiefen Loch.“ Als Begründung führte sie an, hohe Energiepreise, steigende Zinsen und der Fachkräftemangel bremsen die wirtschaftliche Dynamik und die Nachfrage nach Industriegütern. P.E.

Kostenfalle „Lightning II“

Washington, D.C. – Das US-amerikanische Tarnkappen-Mehrzweckkampfflugzeug Lockheed Martin F-35 „Lightning II“, von dem die Bundesrepublik am 14. Dezember vergangenen Jahres 35 Stück bestellt hat, um damit die veralteten Panavia 200 „Tornado“ der Luftwaffe zu ersetzen, erweist sich immer mehr als Kostenfalle. Das ist das Fazit eines Berichts des US-Rechnungshofes (GAO). Da die Technik an Bord der F-35 mehr Kühlung benötige als ursprünglich vorgesehen, komme es zu einem stärkeren Verschleiß des Triebwerkes, der wiederum höhere Wartungskosten und eine verkürzte Lebensdauer des Jet-Antriebs zur Folge habe. Laut dem GAO sorgten die nötigen Überarbeitungen des F-35-Projektes zudem für einen Anstieg der Entwicklungskosten auf 416 Milliarden US-Dollar. Darüber hinaus gibt es noch weitere Qualitätsprobleme, weswegen Lockheed Martin im Vorjahr jede zweite Maschine verspätet ausgeliefert hat. W.K.

Verlagerung ins Ausland

Berlin – Laut dem Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Siegfried Russwurm, ist jedes sechste deutsche Unternehmen „bereits aktiv dabei, Teile der Produktion und Arbeitsplätze ins Ausland zu verlagern“. Und „weitere 30 Prozent denken konkret darüber nach“. Das habe eine Blitzumfrage des BDI ergeben. Als die fünf wichtigsten Gründe für die Entscheidung, Deutschland zu verlassen, nannte Russwurm die hiesige Bürokratie, zu hohe Steuern, die angespannte Lage bei der Versorgung mit Energie und Rohstoffen, steigende Arbeitskosten sowie den Fachkräftemangel. Daher stehe die Politik „in der Verantwortung, die Rahmenbedingungen am Standort zu verbessern“. Als besonders wichtig bezeichnete der BDI-Präsident dabei, dass der Industriestrompreis „dringend verlässlich und dauerhaft auf ein wettbewerbsfähiges Niveau sinkt“. W.K.

KOMMENTARE

Unbequemer Gedenktag

RENÉ NEHRING

Unter den großen deutschen Jahrestagen des 20. Jahrhunderts ragt der 17. Juni 1953 heraus. Er passt nicht in die stetig breiteren Raum gewinnende Großerzählung, dass lediglich die Deutschen in ihrer Vergangenheit Schuld auf sich geladen hätten. Denn in jenen Juni-Tagen wurden unbewaffnete deutsche Demonstranten von einer ausländischen Besatzungsmacht brutal unterdrückt.

Der 17. Juni passt auch nicht in die Großerzählung, nach der erst die Alliierten die Demokratie in unser Land gebracht hätten und die Deutschen bis zu ihrer Bekehrung durch und durch autoritätsgläubig gewesen wären. Vielmehr erinnert er – wie das Wartburgfest von 1817, das Hambacher Fest von 1832, die Bürgerliche Revolution von 1848/49, die Novemberrevolution von 1918 und die Friedliche Revolution von 1989 daran, dass die Deutschen durchaus über eine beachtliche Tradition von Freiheit und Demokratie verfügen.

Und als Aufstand gegen eine kommunistische Diktatur, der von einer kom-

munistischen Macht niedergeschlagen wurde, passt er nicht zu der Großerzählung, dass die Demokratie in unserem Land immer nur von rechts bedroht sei.

Allein diese Beispiele zeigen, warum der 17. Juni 1953 ein unbequemer Gedenktag ist – und warum ihn manch Vertreter des polit-medialen Establishments (vor allem auf der linken Seite des gesellschaftlichen Spektrums) gern dem Vergessen anheimfallen lassen würde. Umso wichtiger, immer wieder aufs Neue an diesen Tag sowie die mit ihm verbundenen Hoffnungen, Enttäuschungen und Erfahrungen zu erinnern.

In der alten Bundesrepublik war der 17. Juni jahrzehntelang als Tag der Deutschen Einheit ein offizieller Feiertag. Als solcher wurde er abgelöst durch den 3. Oktober, dem Tag des Beitritts der Länder der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes, der längst seine eigenen Traditionen gebildet hat. Und doch sollten wir den 17. Juni stets in Erinnerung behalten: als ein Tag deutschen Strebens nach Freiheit und Einheit – sowie als Tag, der manche Großerzählung über unser Land in Frage stellt.



Sogenannte werteregeleitete oder wertereorientierte Außenpolitik: Die grüne Bundesaußenministerin Annalena Baerbock mit ihrem chinesischen Amtskollegen Qin Gang

Foto: ddp images

KOLUMNE

Vielfalt gegen Gleichheit

FLORIAN STUMFALL

Reist ein deutscher Spitzenpolitiker nach China oder aber nach Russland, so wird er es schwerlich versäumen, dort einen Sermon über Menschenrechte anzubringen, den die Gastgeber bereits kennen und daher gar nicht mehr richtig wahrnehmen. Das bundesdeutsch organisierte, halb- und ganzprofessionelle Gutmenschen-tum gibt fein darauf acht, dass es den Schurken in Peking die Leviten lese, damit auch diese der Segnungen westlicher Moralität teilhaftig werden.

Wer aber gegenüber anderen Ländern und deren Regierungen eine Art Dauerkritik wegen unangemessenen Verhaltens übt, der braucht dazu eine gute Erklärung. Diese ist denn auch leicht erkennbar. Es ist dies die Hypothese, es gebe ein sämtliche Völker und Kontinente umfassendes Weltethos, dem alle Menschen, gleich welchen Herkommens und welcher kulturellen Eigenart, unterlägen und nach dem sich deshalb alle zu richten hätten. Und es gebe zudem unter den Völkern und Ländern dieser Erde ein allgemeines Übereinkommen darüber.

Gut, könnte man sagen, das sei sogar notifiziert in der UN-Menschenrechts-Charta, aber die Sache ist nicht so einfach. Denn die islamische Welt hat sich eine eigene Menschenrechts-Charta verpasst, die sich von der allgemeinen der Vereinten Nationen im Wesentlichen dadurch unterscheidet, dass alle Bestimmungen unter den Vorbehalt ihrer Übereinstimmung mit der Scharia gestellt werden. Das heißt, nicht einmal offiziell ist die Allgemeingültigkeit eines Weltethos herstellbar, von dem, was es in der verhüllten Wirklichkeit an Abweichungen gibt, erst gar nicht zu reden. Das ist auch gar nicht erstaunlich. Denn wer jene UN-Charta liest, wird feststellen, dass alles, was darin steht, aus der christlich-abendländischen und aufgeklärten Tradition kommt. Einflüsse anderer Kulturkreise sind nicht erkennbar.

Schändliche Überheblichkeit

Diese haben sich der westlichen Vorgabe gebeugt und tun dies nach außen hin weiter, so lange sie mit der vorgetäuschten Zustimmung zum Moral-Diktat die tatsächliche finanzielle Unterstützung aus eben jenen Ländern erwarten können, in deren Sinne die Charta abgefasst ist. Doch – wie das islamische Beispiel zeigt – wer

vom Westen nicht abhängig ist, lässt sich nicht dreinreden, vor allem nicht in Dingen der eigenen Identität. So nimmt man in China die ständige Belehrung aus Europa in Sachen Menschenrechte mit großem Missfallen zur Kenntnis. Auf Vorwürfe wegen des Massakers am Platz des Himmlichen Friedens in Peking, bei dem 5000 Menschen zu Tode gekommen waren, erwiderte einst ein chinesischer Offizieller: „Aber wir haben seit 50 Jahren keine Hungersnot mehr.“

Das chinesische Exempel hat gezeigt, dass das Recht von Einzelnen hinter dem

möglich ist und tatsächlich auch eintritt, ist die Zerstörung von Traditionen und Kulturen, zuallererst derjenigen Völker, die am schwächsten und wehrlos sind. Dass diese Obsession eine bevorzugt deutsche Erscheinung ist, steigert sowohl Peinlichkeit als auch schädliche Wirkung. Kein französischer Politiker würde sein Gesprächsklima im Ausland auf solche Weise belasten, wie es deutsche Politiker und Diplomaten tun.

Es gibt kein Weltethos

In seinem Werk „Über den Staat“ behandelt der bedeutende römische Philosoph und Staatsmann Cicero die Erscheinung der Vielfalt von Rechtsordnungen und Gesetzen: „Wollte ich nun gar die Arten des Rechts, der staatlichen Einrichtungen, der Sitten und Gewohnheiten beschreiben, so könnte ich zeigen, dass sie nicht nur bei so vielen Völkern ganz unterschiedlich, sondern sogar innerhalb ein und derselben Stadt – zum Beispiel eben in unserer – sich tausendmal verändert haben ...“ Damit, mit dem Begriff der Vielfalt, spricht Cicero das an, was sich beim Problem des Weltethos als des Pudels Kern erweist: Hier steht Vielfalt gegen Gleichheit.

Es geht um jene zerstörerische Gleichheit, die von der Französischen Revolution aus ihren Siegeszug angetreten hat und zum unverzichtbaren Instrumentarium aller totalitären Ordnungen geworden ist. Es ist wie beim Bett des Prokrustes: Dem, der zu groß ist, werden die Beine abgehackt, wer zu klein ist, wird gestreckt – zu Tode kommen sie beide. Samuel Huntington schrieb in seinem Buch „Kampf der Kulturen“ zu der Frage nach der Möglichkeit einer universellen Kultur: „Die Nichtwestler betrachten als westlich, was der Westen als universell betrachtet.“ Das verdrängen die Gutmenschen, weil sie sich sonst eingestehen müssten, dass ihr Export von „Werten“, „Demokratie“ und „Menschenrechten“ nicht nur unwillkommen, sondern, soweit überhaupt, allenfalls scheinbar und oberflächlich und nur durch wirtschaftliche und militärische Überlegenheit möglich ist.

Doch ein Weltethos, das zu seiner Verbreitung Kriege führt, wird niemanden überzeugen können.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Die ethische Gleichschaltung eines ganzen Globus kann nicht gelingen

Vorteil der Gesamtheit zurücksteht. Dieses Prinzip gibt es um den ganzen Globus, Europa und seine kulturelle Einfluss-sphäre ausgenommen. Bis in unsere Tage war es bei naturnah lebenden Völkern in Afrika oder auch in der Arktis üblich, Alte und Schwache auszusetzen, damit sie nicht der Sippe zur Last fielen und diese in ihrer Existenz gefährdeten. Was die Ausnahme bildet, ist die europäische, die vom Christentum geprägte Regel. Europa unterscheidet sich kulturell und damit ursprünglich ethisch von den anderen Zivilisationen dieser Welt dadurch, dass es den Einzelnen und nicht ein Kollektiv als Träger von Recht und Wert und Würde betrachtet.

In diesem Sinne ist das Ethos nicht quantifizierbar, sondern eine absolute Größe wie eine physikalische Konstante, aber eben nur in diesem Sinne. So kommt es auch, dass je nach den kulturellen Bedingungen das Menschenleben eines Einzelnen höher oder minder eingeschätzt wird, von Rechten wie der Meinungsfreiheit und dem Recht, sich zu versammeln, ganz zu schweigen. Vor allem erleben die Betroffenen den beherrschenden Eifer ungeschminkt als das, was er in Wahrheit ist: Ausdruck einer schändlichen Überheblichkeit. Ignoranz gehört auch dazu, Ignoranz und Dummheit. Die ethische Gleichschaltung eines ganzen Globus kann nicht gelingen, doch was leider

Gaga-Abitur ohne Druck

BERNHARD KNAPSTEIN

Auf wohl keinem politischen Feld wird häufiger eine neue Sau durchs Dorf getrieben als in der Bildungspolitik. In den 1980er Jahren geißelte die CDU eine „übersteigerte Verwissenschaftlichung“ in der Bildungspolitik. Bildung und Erziehung müssten wieder in den Vordergrund gerückt werden.

Seither hat sich nicht viel geändert. Bildungspolitische Experimente feiern immer neue Urstände. Das „Schreib wie Du sprichst“-Experiment an Grundschulen wurde als grandioses Desaster wieder weitgehend eingestellt. Betroffene Fünftklässler können das Defizit in der Rechtschreibung kaum aufholen. Das Wegbrechen von Förderschulen für mehr Inklusion brems bis heute leistungsstarke Schüler aus. Lehrer sind mit den unterschiedlichen Lernniveaus in einer Klasse erst recht überfordert. Mit Corona kam dann noch der Isolations-Unterricht am Bildschirm hinzu.

Die neueste Sau im Dorfe ist das „Abitur im eigenen Takt“, das einige Bundesländer umsetzen wollen. Ziel ist demnach, die Schüler dann zu prüfen, wenn sie dazu bereit sind. Der Philologenverband hat bereits scharfe Kritik geäußert. Dann kämen die Lehrer aus dem Dauerstress der nicht enden wollenden Prüfungen kaum mehr heraus. Selbst Schülervertretern kommen Zweifel auf, ob es sinnvoll ist, Abiturienten, die im späteren Studium mit Leistungsdruck klarkommen müssten, die Reifeprüfung durch Verlängerung der Oberstufe zur Wohlfühllose zu machen.

Es wundert wenig, dass Unternehmer über fehlende Ausbildungsfähigkeit von Schulabsolventen und Professoren über fehlende Studienreife von Abiturienten klagen. Während in Asien Schulen Leistungen fordern und erhalten, wird in Deutschland der Begabtenförderung längst weniger Aufmerksamkeit geschenkt als der Toilette für das dritte Geschlecht.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,
Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf.
ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2023:
Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail:
redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

Künstlerisch wertvolles „Sperrgut“

Der Wuppertaler Skulpturenpark Waldfrieden stellt Meisterwerke aus dem Von-der-Heydt-Museum vor

VON SIEGFRIED SCHMIDTKE

Skulpturen sind buchstäblich „sperrig“, sagt der in Wuppertal lebende britisch-deutsche Bildhauer Tony Cragg – und meint damit wohl besonders seine riesenhaften Gebilde, die in vielen Städten auf öffentlichen Plätzen zu sehen sind. Deshalb, so Cragg, würden Bildhauer-Werke eher selten in Museen ausgestellt.

Als Cragg, früher Professor und Rektor an der Düsseldorfer Kunstakademie, 2017 eine Einzel-Ausstellung im Wuppertaler Von-der-Heydt-Museum bestücken konnte, mussten seine Skulpturen zerlegt, durch ein Fenster ins Museum gehievt und im Gebäude wieder zusammengesetzt werden.

Im Wuppertaler Skulpturenpark Waldfrieden, der von der gemeinnützigen Cragg-Foundation getragen wird, hat der aus Liverpool stammende Cragg einen Platz geschaffen für seine eigenen großformatigen Werke und die befreundeter Künstler. Sie befinden sich zum Teil unter freiem Himmel. Für nicht-wetterfeste Skulpturen gibt es drei großzügig angelegte gläserne Hallen.

Jetzt haben 45 von rund 500 Skulpturen aus dem Museums-Depot das Von-der-Heydt-Museum verlassen und sind in den Park auf der Anhöhe im Ortsteil Hesselberg gezogen. Dabei handelt es sich um Werke, die selten ausgestellt und daher nicht häufig zu sehen waren und sind. Die 45 figürlichen „Meisterwerke“ mussten allerdings nicht zerlegt werden. Einige sind handlich und kleinformatig, die größeren und „sperrigeren“ Werke konnten durch breite Portale in die geräumigen, gläsernen Hallen des Skulpturenparks gebracht werden.

„Der Fokus der Ausstellung“, meint Von-der-Heydt-Direktor Roland Mönning, „liegt auf der Figur, auf den Darstellungen



Nicht wetterfest genug: Nikolaus Friedrichs „Sandalenbinder“ (1898) muss sein Schuhwerk in der gläsernen Halle des Parks anziehen

der Künstler vom Menschen.“ Wie unterschiedlich die Sicht- und Darstellungsweise sein kann, machen zwei ausgestellte Figuren besonders deutlich. Da ist zum einen die realistisch-klassizistische Marmorfigur der „Penelope“ von Bernd Afinger aus dem Jahr 1870. Handwerklich perfekt und genauestens dargestellt, in sich ruhend, vielleicht auch schon etwas behäbig. Der Eindruck beim Betrachter dürfte daher eher langweilig sein, oder – wie Cragg es ein wenig diplomatischer ausdrückt: „emotionsarm“.

Exemplarisch zum anderen ist die im Jahr 1954 entstandene bizarre Bronzefigur

„Gottesanbeterin“ von Germaine Richter. Der unrealistisch überdimensional dargestellte ausgezehrt Leib der Heuschrecke und die zu- und angreifenden Arme wirken bedrohlich und lassen erahnen, dass die Gottesanbeterin ihre männlichen Sexualpartner aufzufressen pflegt. Beim Betrachten stellt sich ein emotionsgeladenes leichtes Schaudern bei dieser männerfressenden Figur ein.

In zwei lichtdurchfluteten gläsernen Hallen sind unter anderem auch Werke von Auguste Rodin, Alfred Hrdlicka, Edgar Degas und der in Königsberg geborenen Käthe Kollwitz zu sehen. Kollwitz'

„Liebespaar“ von 1913 hebt sich von den späteren, von tiefer Trauer behangenen Werken ab, welche die ostpreußische Künstlerin nach dem Tod ihres Sohnes Peter gestaltete. Ihr Sohn Peter starb 1914 – als kriegsbegeisterter Freiwilliger – gleich zu Beginn des Ersten Weltkriegs.

● „Figur!“ – Meisterwerke der Skulptur aus dem Von der Heydt-Museum“, bis 20. August im Skulpturenpark Waldfrieden, Hirschstraße 12, Wuppertal, geöffnet täglich außer montags von 11 bis 18 Uhr, Eintritt zwölf Euro.

www.skulpturenpark-waldfrieden.de

AUSSTELLUNG

Der Graphiker als Entomologe

Vom Geschenk der Gottesmutter bis zur göttlichen Plage – Mannheim widmet sich gezeichneten Insekten

Sommerzeit ist Insektenzeit. Dass die nützlichen wie schädlichen Plagegeister auch in der Kunst seit Langem eine Rolle spielen, zeigt eine graphische Ausstellung in Mannheim. Von wenigen kultischen Darstellungen abgesehen, beispielsweise altägyptischen Skarabäen- und Bienen-Darstellungen, entwickelte sich das künstlerische Interesse an Insekten seit der Renaissance. Das hatte mit dem erwachenden Forschungsinteresse der frühen Neuzeit zu tun. Und bei fast einer Million bislang festgestellter Insektenarten boten sich gerade in diesem Bereich vielfältige Beobachtungsmöglichkeiten.

Frühe detaillierte Insekten-Darstellungen stammen von dem flämischen Miniaturmaler Jacob Hoefnagel (1573–zirka 1630) und dessen Vater Georg Hoefnagel (1542–1600). Jacob Hoefnagel schuf zahlreiche Radierungen, die größere öffentliche Bekanntheit erlangten. Den beiden folgten zahlreiche Insektenforscher, deren Arbeiten künstlerische Qualität aufwiesen, zum Beispiel der fränkische Kupferstecher Johann Leonhard Frisch (1666–1743), der Schweizer Maler Johann Caspar Füssli (1706–1782) und der Schweizer Entomologe Johann Heinrich

Sulzer (1735–1814). So entstanden seit dem 16. Jahrhundert zahlreiche Sammlerwerke mit druckgraphischen Abbildungen von Insektenarten.

Beobachtungsgenauigkeit und künstlerischer Ehrgeiz gingen dabei eine Symbiose ein. Die Fülle der Objekte, denen sich die Insektenforscher widmeten, präsentiert die Kunsthalle Mannheim bei-

spielhaft anhand der Schmetterlings- und Käferarten in den Drucken Eugen Johann Christoph Espers (1742–1810) und Carl Joseph Brodtmanns (1787–1862).

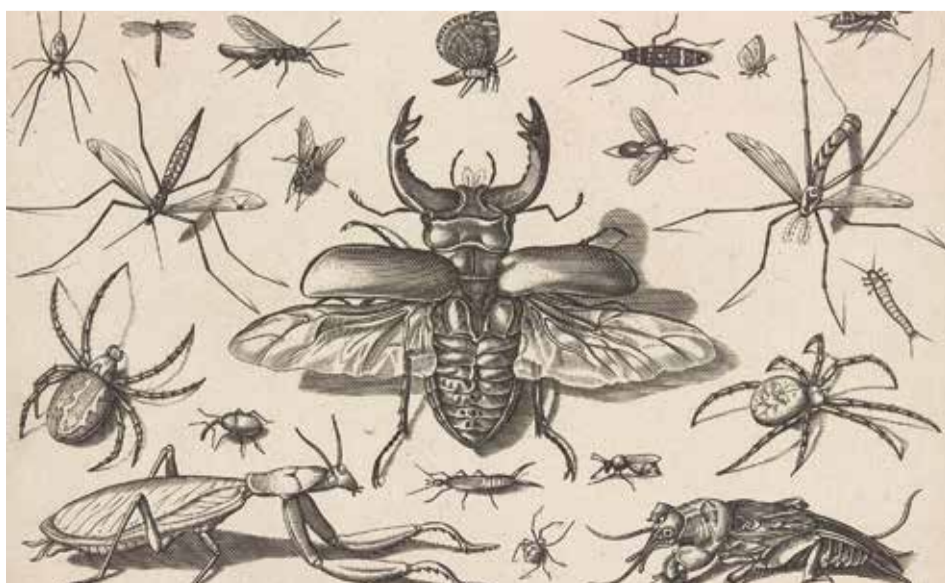
Die Ausstellung weist darauf hin, dass Insekten jenseits der rein naturwissenschaftlichen Darstellung auch oft eine symbolische Bedeutung hatten. Der Schmetterling diente aufgrund seiner

Verwandlungen beispielsweise in der christlichen Vorstellung als Symbol für die den Körper verlassende Seele. Die Schädlinge vertilgenden Marienkäfer wurden als Geschenk der Gottesmutter angesehen. Der Hirschkäfer wurde wegen seines Geweihs als christliches Symbol verstanden, die Heuschrecke hingegen als ein Schreckbild der göttlichen Plagen. Fliegen wiederum dienen seit jeher zur Darstellung von Verfallsprozessen.

Schufen Künstler bis ins späte 19. Jahrhundert Insekten Darstellungen an meist toten Modellen, die aber möglichst lebendig erscheinen sollten, so änderte sich dies im 20. Jahrhundert. Künstler entdeckten verstärkt ihr Interesse an der Darstellung toter Tiere, auch als Zeichen für die Vergänglichkeit des Lebens. Diese Tendenz zeigt sich teils in den Arbeiten jüngerer Künstler wie Horst Janssen, Armin Coray, Christine Leins und Eva-Maria Winter.

Claus-M. Wolfschlag

● „Das Insekt“, bis zum 20. August in der Kunsthalle Mannheim, Friedrichsplatz 4, geöffnet täglich außer montags von 10 bis 18 Uhr, mittwochs bis 20 Uhr, Eintritt: 12 Euro. www.kuma.art



Wie unterm Mikroskop betrachtet: Jakob Hoefnagel: „Insekten“, 1630

● MELDUNGEN

Die Müllerin von Rheinsberg

Rheinsberg – Vom 17. Juni bis 18. August findet im brandenburgischen Rheinsberg das Internationale Festival junger Opernsänger statt. In 25 Opernaufführungen und Konzerten sind junge Sängerinnen und Sänger aus 18 Nationen zu erleben, die im Internationalen Gesangswettbewerb 2023 aus 250 Bewerbungen ausgewählt wurden. Nach dem Auftakt „Flötentag in Rheinsberg“ mit Musik vom Musenhof Friedrichs II. und seines Bruders Heinrich steht im Zentrum des diesjährigen Festivals im Rheinsberger Schlosshof die Wiederentdeckung der Oper „La Molinara“ („Die schöne Müllerin“) des Mozart-Zeitgenossen Giovanni Paisiello. Die heitere Oper um eine heiratswillige Gräfin und ihre kesse Rivalin, an die alle Bewerber ihr Herz verlieren, nimmt mit bezaubernder Melodik und musikalischem Witz Rossini vorweg. Regie führt Georg Quander, der künstlerische Leiter der Festspiele (zehn Aufführungen ab dem 14. Juli). Dem Einfluss von Paisiellos Arie „Nel cor più non mi sento“ spüren zwei Konzerte mit Gesang und Kammerensemble im Schlosstheater nach (29. und 30.7.). In drei Operngalas im Schlosshof (29.6. bis 1.7.) und zwei Schlosstheater-Matineen (9.7. und 6.8.) präsentieren sich die Preisträger mit Kostproben aus ihrem Repertoire. Den Abschluss der Kammeroper-Saison bildet Henry Purcells „The Fairy-Queen“ im Schlosstheater (17. und 18.8.). Karten unter (033931) 72117 (Montag bis Freitag von 10 bis 15 Uhr), bei der Tourist-Information Rheinsberg (033931) 34940 oder an der Abendkasse. Programm im Internet unter: www.kammeroper-schloss-rheinsberg.de tws

Ostpreußens Adel im Schloss

Finsterwalde – Unter dem Titel „Vom Feinsten“ präsentiert das Museum Schloss Doberlug in Doberlug-Kirchhain vom 20. Juni an die ostpreußische Sammlung Dohna-Schlobitten in einer ständigen Ausstellung. Der mehr als 1000 Objekte – darunter Gemälde, Graphiken, Bücher, Skulpturen, Möbel, Textilien, Silber, Glas und Porzellan – umfassende Bestand europäischer Adelskultur gehört zu den bedeutendsten Zeugnissen seiner Art in deutschem Museumsbesitz. Internet: www.museumsverbund-lke.de tws

Werfel-Preis für Johannis

Frankfurt am Main – Die Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen hat den rumänischen Staatspräsidenten Klaus Johannis mit dem Franz-Werfel-Menschenrechtspreis ausgezeichnet. Laudator in der Frankfurter Paulskirche war der ehemalige Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker. Der mit 10.000 Euro dotierte Preis ist nach dem Schriftsteller Franz Werfel benannt, der 1933 mit seinem Roman „Die vierzig Tage des Musa Dagh“ den Genozid an den Armeniern thematisiert hat. tws

KLAUS-RÜDIGER MAI

Es mag verwundern, aber der 17. Juni, so unscheinbar dieser Gedenktag inzwischen geworden ist, hat es in sich. Denn im Umgang mit ihm spiegelt sich die Situation der deutschen Gesellschaft, einer Gesellschaft auf der Kippe. Die Feier der Wiedervereinigung ist vorbei, das Glücksgefühl erloschen, die westdeutschen Linksliberalen und Linken, für die sowohl das Gedenken an den Volksaufstand, nicht weil er niedergeschlagen wurde, sondern weil er überhaupt stattgefunden hatte, als auch die Friedliche Revolution von 1989 zu den Tiefpunkten der neueren deutschen Geschichte zählen, haben gesiegt und verbreiten Untergangsstimmung und schlechte Laune im Land.

Eine Gesellschaft definiert sich auch darüber, an was sie sich erinnern will, welche Augenblicke ihrer Geschichte sie als ihres Gedenkens würdig empfindet und sogar für notwendig hält.

Im Jahr 1954 erhob die Bundesrepublik den 17. Juni 1954 zum Staatsfeiertag, zum „Tag der deutschen Einheit“. Damit gedachte sie nicht nur des Volksaufstandes in der DDR, sondern wollte zu Recht auch die deutsche Frage offen halten. Das besaß eine hohe Dringlichkeit, weil bedingt durch das Wirtschaftswunder und dem Anwachsen des Wohlstandes im Westen der Osten Deutschlands immer mehr vergessen wurde. Während im Westen Marshall-Plan und Westintegration dem Wirtschaftswunder auf die Sprünge halfen, wurden im Osten ganze Werke auf Züge verladen, in die Sowjetunion transportiert und für viele Jahre auch über 36.000 Fachkräfte mit ihren Familien gen Osten deportiert – zusammen mit den Maschinen und Werksausrüstungen.

Der Weg der sowjetischen Besatzungszone in die Unfreiheit

So wie viele in der alten Bundesrepublik die deutsche Frage für von der Geschichte geschlossen hielten, wurde der Feiertag inhaltlich immer weniger ernst genommen. Dabei besaß der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 eine größere Komplexität und Dimension und rüttelte in der Tat am Verständnis für Deutschland. Nach anfangs wirtschaftlichen Forderungen am 15. und 16. Juni rückte im Verlauf stärker der Ruf nach Freiheit und nach Demokratie in den Mittelpunkt. Wäre der Volksaufstand geglückt, so wäre der Weg zur Vereinigung offen gewesen, doch zwischen der deutschen Einheit, zwischen der Freiheit und der Demokratie standen sowjetische Panzer und der sowjetische Staatssicherheitsdienst.

Ulbricht hatte noch im Moskauer Exil seinen Mitarbeitern eingetrichtert, dass es zwar demokratisch auszusehen habe, aber die Kommunisten alles in der Hand behalten müssten. Deshalb hüteten sich die KPD-Funktionäre, die aus der Sowjetunion in die sowjetische Besatzungszone eingeflogen wurden, die Deutschen mit der Forderung nach dem Sozialismus zu verschrecken, obwohl man nichts anderes vorhatte zu errichten als die kommunistische Diktatur. Stattdessen sprachen sie von der „antifaschistischen demokratischen Ordnung“.

Der Befehl Nr. 2 der SMAD erlaubte die Gründung von Parteien. Nachdem sich KPD und SPD wieder konstituiert hatten, wurde am 26. Juni 1945 in Berlin die CDU von Andreas Hermes, Walther Schreiber, Ernst Lemmer und Jakob Kaiser gegründet. Hermes wurde zum ersten Vorsitzenden der CDU gewählt. Die offizielle „Geschichte der DDR“ von 1984 vertritt in ihrer Rückschau ganz die Linie der SED und ist deshalb eine Quelle, die aussagt, wie man in der SED dachte: „Zu den Gründern der CDU in Berlin gehörten Interessenvertreter der deutschen Monopolbourgeoisie wie Andreas Hermes als erster Parteivorsitzender und Jakob Kaiser, aber auch bürgerliche Demokraten wie Otto Nuschke, die bereit waren, gemeinsam mit den Arbeiterparteien an der Errichtung antifaschistisch-demokratischer Verhältnisse mitzuwirken.“ Otto Nuschke erwarb später seine „Lorbeeren“, als er die CDU im Osten gleichschaltete und zur willigen Blockpartei machte.



Seltenes Gedenken: Die vor wenigen Tagen eingeweihte Gedenkstätte zur Erinnerung an den 17. Juni 1953 in Magdeburg

Foto: imago/Christian Schroedter

Wider das Vergessen

70 Jahre nach dem 17. Juni 1953 droht nicht nur die Erinnerung an den Volksaufstand in der DDR zu verblassen, sondern auch die Geschichte des Unrechtsstaates insgesamt. Ein Plädoyer für die Bewahrung eines besonderen Kapitels unserer Geschichte im kollektiven Gedächtnis der Nation

Doch von Anfang an wurde den bürgerlichen Parteien die Arbeit erschwert. Die Benachteiligungen in der politischen Arbeit reichten von der Papierzuteilung für Zeitungen, Plakate und Flugblätter bis zur Verweigerung von Versammlungsräumen. Doch es blieb nicht bei Benachteiligungen. Politiker der SPD und der bürgerlichen Parteien wurden vom sowjetischen Staatssicherheitsdienst in Nacht-und-Nebel-Aktionen verhaftet, in einem der sowjetischen Speziallager eingekerkert oder in die Sowjetunion in ein Arbeitslager verschleppt.

Die Gleichschaltung der Parteien

KPD, Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) und sowjetischer Staatssicherheitsdienst verfolgten mit Blick auf die SPD und die bürgerlichen Parteien eine eindeutige Personalpolitik, deren Zweck in der Gleichschaltung bestand. Als beispielsweise die Ost-Vorsitzenden der CDU Andreas Hermes und Walther Schreiber sich im Dezember 1945 weigerten, den Aufruf der KPD „Helft den Neubauern“ zu unterschreiben, gerieten sie ins Visier des SMAD, weil sie angeblich „die demokratische Entwicklung in unserer Zone in erheblichem Maße gefährdeten“, wie das offizielle Lehrbuch der DDR-Geschichte später befand.

Der Sozialdemokrat Erich W. Gniffke berichtete in seinen Erinnerungen, wie konkret die Einmischung der Sowjets in die Arbeit der Parteien erfolgte: Am 19. Dezember 1945 wurden um 7 Uhr morgens die beiden Mitbegründer der Ost-CDU, Jakob Kaiser und Ernst Lemmer, einzeln und ohne dass einer vom anderen Kenntnis hatte, zum Sitz der SMAD nach Karlshorst genötigt. In getrennten Zimmern teilten ihnen die Sowjets mit, dass die Reaktionäre Schreiber und Hermes von der SMAD nicht länger akzeptiert werden. Sowohl Lemmer, als auch Kaiser lehnten eine Entscheidung darüber ab. Sie wurden zum Mit-

tagessen gebeten und trafen hier zum ersten Mal aufeinander. Inzwischen trafen die von den Sowjets herbeigeholten Vorstandsmitglieder ein, so Hugo Hickmann aus Sachsen, Reinhold Lobedanz aus Mecklenburg, Georg Grosse aus Thüringen, Otto Nuschke aus Brandenburg, Ferdinand Friedensburg aus Berlin und Leo Herwegen aus Sachsen-Anhalt.

Nachdem der Chef der Informationsabteilung der SMAD, Oberst Sergej Tulpanow, am 19. Dezember 1945 alle CDU-Vorstandler versammelt hatte, schwor er sie auf das Komplott ein. Gegen 22 Uhr begann dann im Parteibüro der CDU in der Jägerstraße die Vorstandssitzung. Tulpanow erschien in Begleitung mehrerer Offiziere, deren martialisches Auftreten einschüchternd wirken sollte. Die Offiziere ließ Tulpanow auf dem Flur zurück, während er selbst den Vorsitz der Versammlung übernahm und Hermes und Schreiber vorwarf, eine reaktionäre Politik zu verfolgen. Hermes verlangte von Tulpanow, dass er seine Behauptung belege oder erläutere.

Daraufhin „Tulpanow: „Die Festlegung genügt. Treten Sie zurück!“

Hermes: „Ich bitte um eine Begründung. Solange Sie mir diese nicht geben, trete ich nicht zurück.“

Tulpanow: „Ich sage Ihnen nochmals: Treten Sie zurück!“

Hermes: „Ist das ein Befehl?“

Tulpanow: „Ja, das ist ein Befehl der SMAD!“

Hermes: „Einem Befehl muss ich mich beugen.“ Daraufhin befahl Tulpanow dem Vorstand, neue Vorsitzende zu wählen.

Vergessene Opfer

Während junge Leute wie Werner Ihmels, Luise Langendorf, Wolfgang Natonek, Herbert Belter, Werner Gumpel, Karl Miertschischk, Siegfried Jenkner, Hans-Dietrich Genscher und Wolfgang Mischnick, denen man in meinem Buch „Der kurze Sommer der

Politiker der SPD und der bürgerlichen Parteien wurden vom sowjetischen Staatssicherheitsdienst in Nacht-und-Nebel-Aktionen verhaftet, in einem der sowjetischen Speziallager eingekerkert oder in die Sowjetunion in ein Arbeitslager verschleppt

Freiheit“ begegnen wird, noch daran glauben, dass auch in der SBZ eine demokratische Entwicklung möglich war, hatten SMAD und KPD bereits die wesentlichen machtpolitischen Weichenstellungen für den Weg in die kommunistische Diktatur vorgenommen.

Doch die KPD hatte ein massives Problem. Ihre Beliebtheit hielt sich in Grenzen, sie wurde in weiten Teilen der Bevölkerung als „Russenspartei“ angesehen. Um diesen Makel loszuwerden, um ihren Einfluss zu vergrößern und die SPD zu beerben, nahmen KPD und SMAD unter Beihilfe des sowjetischen Staatssicherheitsdienstes Kurs auf die Vereinigung von KPD und SPD. Gegner der Vereinigung wurden als „rechte Sozialdemokraten“ verunglimpft.

Wer sich nicht fügte, den drängte man aus seiner Funktion oder, wenn alles nichts half, verhaftete man ihn wie den Halberstädter Stadtrat Otto Bollmann. Dessen Mutter Minna Bollmann, sozialdemokratische Landtagsabgeordnete, hatte sich in der Nacht, bevor sie aufgrund einer Denunziation durch die SA verhaftet werden sollte, am 9. Dezember 1935 das Leben genommen. Otto Bollmann wurde 1936 wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ verurteilt und ins KZ Sachsenhausen verschleppt, aus dem er 1943 entlassen wurde. 1945 gründete er die SPD in Halberstadt, wurde jedoch im April 1946 vom sowjetischen Staatssicherheitsdienst verhaftet, blieb für 15 Monate in Haft, arbeitete nach seiner Entlassung in der SED mit, wurde dann aber unter dem Vorwurf der Sabotage am 5. März 1951 erneut verhaftet und verübte am 7. März 1951 im Gefängnis Suizid. Eines von vielen Schicksalen.

Das Aufgehen der bürgerlichen Parteien in der „Nationalen Front“

Doch auch die Vereinigung mit der SPD zur SED brachte den triumphalen Erfolg bei den Landtagswahlen 1946 nicht, den sich die Kommunisten erhofft hatten. Die Kommunisten

sahen zwei Aufgaben vor sich, die sie mit Hilfe der „Freunde“ lösten. Erstens musste die SED unter der Losung „Kampf dem Sozialdemokratismus“ in eine kommunistische Kaderpartei, in eine „Partei neuen Typs“ umgewandelt werden. Zweitens durften keine freien Wahlen mehr stattfinden. Dazu wurden als Tarnorganisationen der SED die sogenannten Massenbewegungen wie der Kulturbund, die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) oder der demokratische Frauenbund Deutschlands gegründet. Alles Organisationen, denen Mandate erst im deutschen Volkskongress, dann in der Volkskammer zugeteilt wurden und die dafür sorgten, dass die SED immer über eine Mehrheit verfügte. Kommunisten gründeten im Parteiauftrag die Bauernpartei als eine SED für die Landbevölkerung und die NDP, die Nationaldemokratische Partei, um der LDP, der Liberaldemokratischen Partei, Wähler zu entziehen. Schließlich wurde die für 1949 vorgesehene Volkskammerwahl um ein Jahr verschoben, um dann 1950 als Blockwahl stattzufinden.

Die bürgerlichen Parteien waren vollends zur Attrappe der SED geworden, waren nun Teil der Nationalen Front. Von 1950 an hatten die DDR-Bürger nur die Chance, für oder gegen den gemeinsamen Wahlvorschlag der Nationalen Front zu stimmen, in dem bereits festgelegt war, wie viele Mandate welche Partei bekommt. Die Kommunisten hatten aus dem Jahr 1946 gelernt. Freie Wahlen fanden in der DDR zu keinem Zeitpunkt statt.

Offizieller Aufbau des Sozialismus

Vor diesem historischen Hintergrund kann man den bürgerlichen Parteien CDU und FDP von heute nur sehr empfehlen, die von den Grünen durchgesetzte Formel von den „demokratischen Parteien“ oder den „Parteien des demokratischen Spektrums“ nicht nachzusprechen. Denn nicht nur, dass dieser Sprachgebrauch zutiefst undemokratisch ist und einen totalitären Hautgout verströmt, benutzt er die Taktik der SED, die sich selbst als demokratische Partei bezeichnete und alle, die sie kritisierten, als „undemokratisch“ verkettete. Es ist eben nicht demokratisch zu behaupten, dass nur die eigenen politischen Ziele legitim sind und andere nicht.

Wenn Frida Rubiner 1947 in der theoretischen Zeitschrift der SED schrieb: „Im politischen Kampf unserer Tage wird mit keinem Begriff so viel Missbrauch getrieben wie mit dem Begriff ‚Diktatur‘. Die ‚Diktatur‘ wird geradezu zum Schreckgespenst gemacht für alle Freunde der Demokratie und solche, die es werden wollen“, dann zitierte sie nicht Georges Orwell, sondern fasste das Demokratie-Konzept der SED zusammen. Diktatur ist Demokratie und Demokratie ist Diktatur.

1948 jedenfalls saß die SED fest im Sattel, musste sich jedoch, widerwillig zwar, noch an Stalins Anweisung halten, weiter von der „antifaschistisch-demokratischen“, anstatt von der sozialistischen Gesellschaft zu reden. Doch 1952 genehmigte Stalin, den Aufbau des Sozialismus in der DDR offiziell zu machen. Allerdings mahnte der Moskauer Diktator Pieck, Ulbricht Grotewohl und Oelßner bei einem Treffen am 7. April 1952 in Moskau, dass sie erst einmal einen richtigen Staat schaffen

müssten, dass „man auch jetzt kein Geschrei um den Sozialismus zu machen braucht. Aber Produktionsgenossenschaften, das ist ein Stückchen Sozialismus, und volkseigene Unternehmen sind ebenfalls Sozialismus.“

Im Klartext hieß das: Ohne allzu viel theoretisch vom Sozialismus zu reden, sollte man vollendete Tatsachen schaffen, indem man die sozialistische Produktionsweise durchsetze. Stalin empfahl, die Kollektivierung der Landwirtschaft nach sowjetischem Vorbild voranzutreiben. Man müsste die Großbauern durch Kolchosen, in der DDR dann Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG) genannt, einkreisen, sie wirtschaftlich, sozial und menschlich isolieren. Die Verstaatlichung der Industrie müsste weiter vorangehen, die Grenzen durch eine Grenzpolizei gesichert und eine Armee geschaffen werden.

Praktisch wirkte sich der verschärfte Kurs der SED so aus, dass die Grenze der DDR zur Bundesrepublik nicht als Demarkationslinie, sondern als Grenze, die es zu sichern galt, behandelt wurde. Um ein straffes, zentralistisches Regieren zu ermöglichen, schaffte die SED die fünf Länder ab und teilt das Land in 14 Bezirke. Die Justiz wurde in der Folge noch weit stärker zur politischen Justiz umgebaut. Sie war nicht mehr unabhängig, sondern die Rechtsprechung hatte „dem Aufbau des Sozialismus, der Einheit Deutschlands und dem Frieden“ zu dienen. Mit dem „Gesetz zum Schutz des Volkseigentums“ vom 2. Oktober 1952 konnte nun auch verstärkt Druck zur Kollektivierung in der Landwirtschaft und zum Zusammenschluss von Handwerkern zu Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGH) ausgeübt werden. Im Mai 1953 verkündete Ernst Melsheimer, dass dank des Gesetzes „nicht weniger als 7000 Verfahren mit rund 10.100 Personen allein wegen Verstöße gegen dieses Gesetz“ durchgeführt worden waren, Verfahren, die zu Haftstrafen, zu Enteignung, zum Ruin, zu unermesslichem Leid geführt hatten.

Vor dieser Politik flohen immer mehr Bauern und Handwerker aus der DDR, woraus wiederum wachsende Probleme in der Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln resultierten. Die Schulen – und nach der zweiten Hochschulreform auch die Universitäten und Hochschulen – wurden endgültig zu Orten der sozialistischen Indoktrination. Eine der wichtigsten Lehren aus der Zeit des „Dritten Reiches“, dass die Organe des Staates, die Schulen, Universitäten und Hochschulen weltanschaulich neutral zu sein haben, verkehrten die Kommunisten in ihr Gegenteil. Es galt nun, parteilich zu sein, den „Klassenstandpunkt“ einzunehmen, also die Politik der SED zu vertreten.

Der Weg zum Aufstand

Am 5. März 1953 starb Stalin. Aus dessen Entourage bildete sich in Moskau eine „kollektive Führung“, in der sich Stalins Bluthund Lawrentij Berija als *primus inter pares* fühlte. Um den Kessel nicht zum Platzen zu bringen, verordneten die sowjetischen „Freunde“ ihren deutschen Genossen einen neuen Kurs. Doch es war bereits zu spät. Zu viel Frust hatte sich angestaut, und eine Mehrheit in der DDR wollte weder eine Mangelwirtschaft noch den So-



Wenig bekanntes Kapitel: Der Volksaufstand von 1953 ereignete sich nicht nur in Ost-Berlin, sondern in allen Teilen der DDR. Im Bild eine Demonstration in Halle (Saale) Foto: SZ photo

zialismus. Zu allem Überfluss erhöhte die SED auch noch am 28. Mai die Arbeitsnormen für Bauarbeiter um zehn Prozent, was einer Kürzung der Gehälter gleichkam.

Am 15. Juni 1953 begannen die Unruhen in Berlin mit einem Sitzstreik der Bauarbeiter am Krankenhaus Friedrichshain. Am 17. Juni versammelten sich viele Berliner im Zentrum von Ost-Berlin, Streiks fanden nun in der ganzen DDR statt, in Magdeburg, in Halle, im miteldeutschen Industrieviertel, in Dresden, in Görlitz, in Thüringen. Am Vormittag des 17. Juni zogen die Russen Panzer zusammen. „Die gegen die Regierung gerichtete Bewegung hat auch auf andere Städte der Republik übergegriffen“, meldet der Chef des sowjetischen Staatssicherheitsdienstes in der DDR Iwan Fadejkin am 17. Juni um 14 Uhr an Berija. Um 16.20 Uhr kabelaute Fadejkin, dass in Magdeburg 70.000 Menschen „auf den Straßen der Stadt“ demonstrieren und „Porträts von Lenin und Stalin und führenden Repräsentanten der DDR“ zerreißen. „Das Gebäude der Magdeburger Bezirksleitung wurde demoliert [...] es besteht die Gefahr eines Angriffs auf das Gefängnis und die MfS-Dienststelle.“ Um 13 Uhr wurde der Ausnahmezustand verhängt. Sowjetischen Truppen zeigten mit Panzern Präsenz. Insgesamt kamen in der DDR zur Niederschlagung des Volksaufstandes 16 sowjetische Divisionen zum Einsatz.

Vom 24. bis zum 26. Juli 1953 beriet das ZK der SED auf seiner 15. Tagung, welche Einschätzung der Ereignisse vom 17. Juni kanonisiert werden sollte. Die Tagung kam zur Auffassung, dass für „die Festlegung des faschistischen Putsches auf den 17./18. Juni internationale Gründe entscheidend“ waren. Weil die Waffenstillstandsverhandlungen in Korea vorankamen, weil die „Weltfriedensbewegung“ nach der Tagung des Weltfriedensrates in Budapest „anwuchs“ und schließlich der „zunehmende Widerstand gegen die amerikanische Bevormundung im kapitalistischen Lager selbst“ größer wurde, „unternahmen faschistische Provokateure, die von amerikanischen Offizieren mit Waffen, Benzinflaschen und Instruktionen versehen waren, im demokratischen Sektor von Berlin einen faschistischen Putschversuch“.

Natürlich war es nach der kommunistischen Doktrin undenkbar, dass die Arbeiterklasse gegen ihre Vorhut protestierte oder sie sogar ihren Rücktritt von der Macht forderte. Daher konnte der Protest nur das Werk von eingeschleusten Provokateuren sein.

Drollige Suche nach den Schuldigen

Ein Grund, den die SED-Führung anführte, stellte ihre Erbärmlichkeit bloß, denn der Beweis für die „internationalen Zusammenhänge der großangelegten Provokation“, des „faschistischen Putsches“ vom 17. Juni fand sich ihrer Meinung nach in der „Entlarvung des

Vor diesem historischen Hintergrund kann man CDU und FDP von heute nur sehr empfehlen, die von den Grünen durchgesetzte Formel von den „demokratischen Parteien“ oder den „Parteien des demokratischen Spektrums“ nicht nachzusprechen

imperialistischen Agenten Berija ... Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei dankt dem Zentralkomitee der KPdSU für die rechtzeitige Entlarvung des Verräters Berija. Es drückt dem Zentralkomitee der KPdSU sein festes Vertrauen aus und bekundet seine Verbundenheit mit der Partei Lenins und Stalins.“

Obwohl nach Stalins Tod Berija die Rolle des *primus inter pares* in der Führungsspitze der KPdSU zunächst einnahm, trieb die anderen Politbüromitglieder der pure Selbsterhaltungswille dazu, Berija in einem schon drollig anmutenden Putsch am 26. Juni 1953 festzunehmen und zu erschießen.

Gescheitert wäre der „Putschversuch“, log die SED, weil „die Mehrheit der Bevölkerung der DDR, besonders der Arbeiterklasse ... die Provokateure nicht unterstützt, sondern energisch zurückgewiesen hat.“ Jeder sowjetische Panzerfahrer war demnach in Wahrheit ein ostdeutscher Arbeiter.

Das Nachwirken des 17. Juni

Der Dichter Heiner Müller erzählt in seinem Erinnerungsbuch eine Anekdote, die ein Licht auf die Denkweise von Ulbricht und auf seine Sicht auf den 17. Juni 1953 wirft: „Irgendwann traf ich in Ahrenshoop Jan Koplowitz, einen DDR-Schriftsteller, er erzählte mir, er habe Ulbricht getroffen, und der habe ihn gefragt: ‚Nu, Genosse Koplowitz, was schreibst’n jetzt?‘ Koplowitz war noch im ‚Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller‘ gewesen und sagte: ‚Ich will jetzt ein Buch über den 17. Juni schreiben.‘ Da hat ihm Ulbricht erklärt, wie er das schreiben muss: ‚Nu, pass uff, das musste so schreiben. Da ist ein Funktionär, ja, und der hat Mist gebaut und muss in die Produktion, an die Basis. Und nu hat er weechen Hände, Macht macht weechen Hände, und kann nicht arbeiten, und nu moopt er.‘ Also eine Erklärung des 17. Juni aus der Schwierigkeit eines Funktionärs, der an die Basis versetzt wird und nicht mehr so richtig körperlich arbeiten kann.“

Die Ergebnisse des 17. Juni wirkten sich traumatisch aus. Deshalb gehörte es zu den wichtigsten Sätzen, die 1989 von Mund zu Mund gingen, dass diesmal die sowjetischen Panzer in den Kasernen bleiben und nicht fahren werden.

Die sowjetischen Panzer standen am Anfang der DDR, sie sicherten sie ab, und als sie nicht mehr dazu bereit waren, verschwand die DDR.

Wir brauchen den Gedenktag des 17. Juni als Feiertag der Demokratie nötiger denn je.

● **Dr. Klaus-Rüdiger Mai** ist Schriftsteller und Publizist. Soeben erschien „Der kurze Sommer der Freiheit. Wie aus der DDR eine Diktatur wurde“ (Herder). www.herder.de

Buch-Tipp



Klaus-Rüdiger Mai
Der kurze Sommer der Freiheit. Wie aus der DDR eine Diktatur wurde
Herder 2023, Gebunden mit Schutzumschlag, 320 Seiten
ISBN: 978-3-451-39463-8
22 Euro



Dem Aufstand von 1953 vorausgegangene Gleichschaltung: Gründung der „Nationalen Front des demokratischen Deutschland“ im Jahre 1949 Foto: ullstein

VON WOLFGANG KAUFMANN

In ihrem Koalitionsvertrag haben die Ampel-Parteien vereinbart, „gemeinsam Verantwortung für die Zukunft Deutschlands zu übernehmen“. Was sie darunter verstehen, ist unter anderem auf Seite 68 des Papiers nachzulesen: „Wir führen die kontrollierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene zu Genusszwecken in lizenzierten Geschäften ein.“ Dazu muss man wissen, dass das getrocknete Blüten- und Blättermaterial beziehungsweise das Harz der weiblichen Pflanzen des Hanfgewächses *Cannabis sativa*, welches entweder in Form von Marihuana und Haschisch geraucht oder Nahrungsmitteln wie Keksen zugegeben wird, mittlerweile zur zweithäufigst verwendeten Droge weltweit nach dem Alkohol avanciert ist. Das resultiert nicht zuletzt aus der Legalisierung des Konsums in immer mehr Ländern, darunter Kanada, Portugal, Spanien, Thailand und Uruguay.

Die Umsetzung des Versprechens der Koalition aus SPD, Grünen und FDP obliegt vor allem dem Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD). Der präsentierte kürzlich einen Gesetzentwurf, welcher nun mit den anderen Ministerien abgestimmt und dann vom Bundeskabinett verabschiedet werden muss, bevor er zur Beratung in den Bundestag geht. Insofern sind noch einige Veränderungen bei den Details der geplanten Cannabis-Legalisierung möglich.

Hoffnung auf Steuereinnahmen

Das ändert aber nichts daran, dass jene Passagen im deutschen Betäubungsmittelgesetz, die sowohl den Besitz und den Handel als auch den Anbau von Cannabis verbieten, demnächst Geschichte sein könnten. Dabei gibt es nur einige wenige Gründe, die für den staatlicherseits gebilligten Griff nach der Droge sprechen, dafür aber sehr viele, welche Anlass bieten sollten, den Umgang mit Cannabis-Produkten weiterhin zu untersagen und strafrechtlich zu ahnden.

Befürworter der Legalisierung betonen gerne, Haschisch und Marihuana würden völlig zu Unrecht verteufelt, was insbesondere dem fanatischen, weil rassistisch motivierten Kreuzzug des früheren Chefs des US-amerikanischen Federal Bureau of Narcotics (FBN) und späteren Mitglieds der UN-Drogenkommission, Harry Anslinger, geschuldet sei. Schließlich solle der Genuss von Cannabis für ein Gefühl der Entspannung, des Wohlbefindens und der Stimmungsaufhellung. Ganz abgesehen davon, dass das Hanfprodukt auch bei Schmerzen, Krämpfen, Übelkeit und Entzündungen Wunder wirke. Teilweise wird auch noch auf den ökonomischen Nutzen der Freigabe verwiesen: Der bundesdeutsche Staat könne so zusätzliche 4,7 Milliarden Euro an Steuern einnehmen.



Gravierende Langfristschäden sind zu befürchten: Bald darf wohl straffrei „gekipft“ werden

Foto: action press

CANNABIS

Zahlreiche Gefahren werden einfach ausgeblendet

Die Ampel-Regierung will Haschisch und Marihuana legalisieren. Wissenschaftliche Studien jedoch lassen diesen Schritt als grob verantwortungslos erscheinen

All diese Argumente verblassen jedoch angesichts der unzweifelhaften gesundheitlichen Risiken, die aus der bislang bei Weitem nicht erschöpfend erforschten, hochkomplexen Wechselwirkung der mindestens 60 unterschiedlichen Inhaltsstoffe von Cannabis mit den Cannabinoid-Rezeptoren im menschlichen Körper hervorgehen. Denn es gibt zahlreiche schädliche Kurz- und Langzeitfolgen, welche vor allem der besonders psychoaktiven Substanz Tetrahydrocannabinol (THC) zugeschrieben werden.

Unmittelbar nach dem Konsum von Cannabis kann es zu starker psychomotorischer Erregung, Angstanfällen, Störungen der Impulskontrolle und des Kurzzeitgedächtnisses, Panikreaktionen und Verwirrheitszuständen mit Verfolgungsphantasien kommen, wobei im letzteren Falle auch regelrechte paranoide Wahnvorstellungen möglich sind. Doch damit nicht genug: Weil die Inhaltsstoffe von Haschisch und Marihuana

zugleich auch die Herzfrequenz steigern, besteht im Verlauf der ersten Stunde nach dem Konsum für Personen mit bekannten oder bislang nicht diagnostizierten Vorerkrankungen ein erhöhtes Herzinfarktrisiko. Außerdem führt die akute Wirkung von THC und Co. zu Leistungseinbußen in den Bereichen Aufmerksamkeit, Wahrnehmung und Reaktionsvermögen. Damit bestehen Defizite auf dem Gebiet der Fahrtüchtigkeit und der Bedienung von Maschinen. Hierdurch steigt die Unfallwahrscheinlichkeit unter dem Einfluss von Cannabis um 100 Prozent.

Die Rolle als „Türöffner“-Droge

Zu den Langzeitfolgen wiederum zählen irreversible Störungen der Hirnleistungsfähigkeit, die umso deutlicher ausfallen, je länger der Konsum andauert und je früher in der Jugend der Einstieg in die Droge erfolgte. Wer dauerhaft auf Cannabis zurückgreift, zeigt nachweislich schlechtere

Lernleistungen. Computertomografische Aufnahmen des Gehirns von gewohnheitsmäßigen Cannabis-Nutzern belegen zudem einen signifikanten Schwund der Großhirnrinde in den Bereichen, in denen die Integration von Gedächtnisinhalten und emotionalen Bewertungen sowie die situationsangemessene Handlungsplanung und -steuerung stattfindet.

Darüber hinaus mehren sich die Hinweise darauf, dass Cannabis die Entstehung von Schizophrenien und anderen Psychosen begünstigt. Weitere negative gesundheitliche Folgen sind Störungen der Sexualfunktionen bei Männern wie Frauen bis hin zur Unfruchtbarkeit. Und dann wäre da noch die „Türöffner-Rolle“ von Cannabis: Etliche Studien zeigen, dass ein erheblicher Teil der Menschen, welche harte Drogen wie Heroin oder Kokain konsumieren, vorher zu Cannabis gegriffen hatten.

Dabei könnten all die genannten Risiken im Zusammenhang mit dem Ge-

brauch von Haschisch und Marihuana zukünftig noch stärker zu Buche schlagen, weil der THC-Gehalt in den Cannabis-Pflanzen aufgrund der Bemühungen der Züchter seit Jahren kontinuierlich steigt: Einigen Untersuchungen zufolge hat er in der Zeit ab 1970 um rund 25 Prozent zugenommen, während andere Experten sogar von einer Verdopplung ausgehen.

Dazu kommt immer öfter noch die Zugabe von synthetisch produzierten THC-Verbindungen, welche um ein Vielfaches stärker wirken als das auf natürlichem Wege entstandene Tetrahydrocannabinol. Das führt zur deutlichen Erhöhung der Wahrscheinlichkeit von Überdosierungen, die dann durchaus tödlich enden können. Die Befürworter der Cannabis-Legalisierung meinen, derlei drohe künftig nicht mehr, weil der kriminelle Schwarzmarkt für Cannabis ja zusammenbrechen werde. Der praktische Beweis hierfür wäre allerdings erst noch zu erbringen.

PSYCHIATRIE

ADHS ist nicht nur ein Problem von Minderjährigen

Die „Zappelphilipp-Krankheit“ wurde lange als reines Jugendphänomen betrachtet – Erwachsene bekommen daher kaum Hilfe

Entgegen anderslautenden populären Auffassungen gibt es die Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung (ADHS) nicht erst seit jüngerer Zeit. So beschrieb der Frankfurter Psychiater Heinrich Hoffmann die drei grundsätzlichen Störbereiche bei ADHS schon in seinem 1845 erschienenen Buch „Der Struwwelpeter“. Für die Hyperaktivität steht dabei der „Zappel-Philipp“, für die Unaufmerksamkeit der „Hanns Guck-in-die-Luft“ und für die eingeschränkte Impulskontrolle „Friederich, der Wüterich“.

Allerdings hielt Hoffmann dies alles für die Folge mangelhafter Erziehung. Dass hier stattdessen ein komplexes Störungsbild

aufgrund genetischer und biochemischer Faktoren vorliegt, erkannte die medizinische Wissenschaft erst in den 1960/70er Jahren, wonach dann 1980 die Einführung des Begriffes „Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung“ und die Aufnahme in das internationale psychiatrische Klassifikationssystem DSM folgte. Es galt jedoch als ausgemacht, dass ADHS nur unter Kindern oder Jugendlichen vorkomme und im Erwachsenenalter verschwinde. Das jedoch war ein Irrtum, wie sich im Laufe der 1990er Jahre herausstellte.

Im Durchschnitt leidet etwa jedes zwanzigste Kind unter ADHS, wobei im Falle der Jungen die Hyperaktivität do-

minierte, während Mädchen eher zur Unaufmerksamkeit neigen. Bei jedem zweiten Betroffenen indes bestehen die Symptome nach dem Erreichen der Volljährigkeit fort, was zu vielerlei sozialen und beruflichen Schwierigkeiten führt – vor allem, wenn die Ursache der Auffälligkeiten unklar bleibt.

Hohe bürokratische Hürden

Denn Erwachsene, welche ihrer Störung auf den Grund gehen wollen, befinden sich in einer prekären Lage, da Termine in Spezialambulanzen entweder gar nicht oder nur nach unfassbar langen Wartezeiten zu bekommen sind. Daher ist die Situ-

ation nun so: Während es bei Kindern eher die Tendenz zur Überdiagnostizierung gibt, bleibt das ADHS bei einem Großteil der betroffenen Erwachsenen ärztlicherseits unbestätigt. Das hat zur Folge, dass viele mit sich Unzufriedene zur Selbstdiagnose schreiten – angeregt durch Bücher wie „Kirmes im Kopf. Wie ich als Erwachsene herausfand, dass ich ADHS habe“ von Angelina Boerger.

Daraus entstand eine Mode-Bewegung: Plötzlich sehen sich immer mehr Menschen jenseits der 18 als ADHS-Fall und gehen mit ihrer vermeintlichen „Neurodiversität“ hausieren, um Aufmerksamkeit zu erlangen oder Entschuldigungen

für die permanenten Alltagsprobleme in Familie, Schule und Beruf zu liefern.

Somit avancierte „ADHS“ zu einer ähnlich schwammigen Trend-Diagnose wie „Burnout“ oder „Hochsensibilität“, durch die normale Phänomene zu psychiatrischen Erkrankungen mutieren, was dann wiederum den wirklich Betroffenen schadet, weil deren Beschwerden weniger ernstgenommen werden. Das äußert sich unter anderem in den hohen bürokratischen Hürden für die überhaupt erst seit 2011 zulässige Verschreibung von symptomlindernden Medikamenten wie Methylphenidat, besser bekannt unter dem Handelsnamen Ritalin. W.K.



ALLENSTEIN

Kulturelles Brauchtum auf der Bühne

In der Kosakensiedlung Ataman fand das 31. Fest der Minderheiten statt – Die AGDM zeigte Vielfalt der Kulturen

VON DAWID KAZANSKI

Anfang Juni veranstaltete die Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheiten (AGDM) zum 31. Mal den Tag der Minderheiten. Traditionell findet die größte Veranstaltung der AGDM eines Jahres in der Seelandschaft der Kosakensiedlung Ataman in Allenstein statt. Bei sonnigem Wetter versammelten sich auch diesmal verschiedene Gruppen, Verbände und Vertreter der nationalen und ethnischen Minderheiten.

Auf einer großen Bühne präsentierten Musikbands und Tanzgruppen die kulturelle Vielfalt der in der Republik Polen lebenden Minderheiten. Die Veranstalter gedachten des Ukrainekriegs jenseits der polnischen Ostgrenze, während man sich hier über das friedliche Beisammensein freute. Zumal die ukrainische Minderheit in Ostpreußen stark vertreten sei und großartige Auftritte der ukrainischen Künstler jedem Kulturfest einen besonderen Glanz verliehen.

Um die Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine zu unterstützen, hatte die AGDM zusammen mit der griechisch-katholischen Gemeinde in Allenstein einen Kuchenbasar vorbereitet. Mit den Erlösen aus der Spendenaktion soll den bedürftigen Menschen in Kriegsgebieten geholfen werden. Die Kindergesangsgruppe Suzirjaczko, die Sängerin Lilia Maksym, die nach dem Kriegsausbruch nach Polen geflohen ist und in Allenstein studiert, sowie die Tanzgruppen Nezabudky und Wesna stellten mit ihren Auftritten Beispiele der ukrainischen Kultur und Sprache vor.

Ein besonderer Gast war die Musikband Horpyna. Inspiriert vom Geist und Charme der ukrainischen Musik stellte die Gruppe ein energiegeladenes Liederrepertoire vor. Für die einzigartige Atmosphäre des Konzerts sorgte die Kombina-



Zeigte ihr Können auf der Bühne: Die ukrainische Tanzgruppe Nezabudky

Foto: D.K.

tion von traditionellen Motiven aus der östlichen Musik mit neuen, rhythmischen Klängen. Akkordeon, kräftige Gitarren-, Trompeten- und Schlagzeugklänge sowie bekannte Volkslieder in Neubearbeitungen mit viel Rock brachten die Festbesucher zum Tanzen.

Schwerpunkt Ukraine

Natürlich gab es auch Auftritte deutschsprachiger Künstler. Das Publikum hörte begeistert dem Bläserorchester aus Scheufeldsdorf zu. Es folgten der Auftritt des Chores aus Neidenburg sowie die lustige Bühnenaufführung der aus dem Oppelner Land stammenden Damengruppe „Echo aus Kup“.

In heitere Stimmung brachte die Zuschauer der Auftritt der Solistin Maria Honka, die Lieder wie „99 Laufballons“

oder „Ein Stern“ sang. Für eine unvergessliche Begegnung mit der lemnikischen Kultur sorgte das Künstlerpaar Gosza und Marek Tutko.

Die Feier der nationalen Minderheiten wurde durch die Anwesenheit von Vertretern der Lokalbehörden gewürdigt. Die Festveranstalter begrüßten die stellvertretende Stadtpräsidentin Ewa Kalizuk. Über die Vielfalt der Kulturen im südlichen Ostpreußen, die Chancen einer heterogenen Gesellschaft, aber auch über die Gefahren des schleichenden Nationalismus im Zusammenhang mit dem Ukrainekonflikt sprach der Vorsitzende des Ausschusses für Nationale und Ethnische Minderheiten des Woiwodenschaftstages von Ermland-Masuren, Jarosław Słoma: „Es liegt auf der Hand, dass nationale Minderheiten in Ermland und Masu-

ren unsere Region bereichern, und wir sorgen dafür, dass jeder Einwohner und Bürger seine Familientraditionen, den Glauben seiner Väter, seine Sprache und seine Kultur pflegen kann, unabhängig davon, welcher nationalen oder ethnischen Gruppe er angehört ... Die Tatsache, dass die deutsche Minderheit, polnische Staatsbürger deutscher Herkunft, nicht ihre vollen verfassungsmäßigen Rechte genießen und schikaniert werden, indem ihr Recht, Deutsch zu lernen, eingeschränkt wird, ist skandalös ... Wir alle wissen, dass 1000 Kilometer von uns entfernt ein Krieg geführt wird, in dem das ukrainische Volk und die Menschen nicht nur ihr Territorium, ihre Unabhängigkeit und die Integrität des ukrainischen Staates verteidigen, sondern auch die Unabhängigkeit und Freiheit Polens und Euro-

pas ... Erinnern wir uns an sie und bauen wir auch eine gute Zukunft auf, in der Hoffnung, dass der Ukraine in den kommenden Jahren der Weg zu einem geeinten Europa offensteht.“

Słoma erinnerte an die Rechte der Minderheiten

Unter den prominenten Gästen befanden sich auch der Vorsitzende des Woiwodenschaftstages von Ermland-Masuren, Wiktor Marek Leyk, die Vorsitzende des Internationalen Ausschusses, Teresa Astramowicz-Leyk, die Woiwodenbeauftragte für Nationale und Ethnische Minderheiten, Aneta Łapińska, der Honorarkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Allenstein, Wojciech Wrzecionkowski, der ehemalige Stadtpräsident von Allenstein und Marschall der Woiwodschaft, Andrzej Ryński, sowie der Vertreter der Stadtgemeinschaft Allenstein, Werner Schaffrin.

Von der gemeinschaftlichen Atmosphäre, in welcher der Tag der nationalen Minderheiten stattfand, zeugte die Verleihung des göttlichen Segens an die Festbesucher durch den Seelsorger der Deutschen Minderheit, André Schmeier.

An Ständen boten die verschiedenen Gruppen Bücher, Zeitschriften, Informationen über ihre Organisationen, Kunsthandwerk, Gerichte, Kostüme und CDs an. Daneben gab es viele Attraktionen für die Jüngsten. Auf die Kinder warteten Integrationsspiele mit Animationstuch, kreative Handarbeitsangebote und verschiedene Spiele. Das diesjährige Minderheitenfest war möglich durch die finanzielle Unterstützung mehrerer Institutionen, darunter das Ministerium für Inneres und Verwaltung in Warschau, das Bayerische Staatsministerium für Arbeit, Familie und Soziales, das Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland in Danzig, die Selbstverwaltung der Woiwodschaft Ermland-Masuren sowie der Kreisgemeinschaft der Stadt Allenstein in Gelsenkirchen.

ALLENSTEIN

Licht am Ende des Tunnels

Straßenbauarbeiten schreiten voran – Die Straßenbahnlinie 1 fährt wieder zur Altstadt

Anfang Mai brachte für die von den vielen Baustellen in den letzten Jahren geplagten Einwohner Allensteins noch einmal eine Belastungsprobe – und einen Lichtblick. Das Ende des Baus der zweiten Linie der Allensteiner Straßenbahn kommt langsam in Sicht, die offizielle Eröffnung der Strecke ist für den Herbst dieses Jahres vorgesehen.

Andere Europäer sagen gerne, dass die einzigen Menschen, die mehr meckern und sich beschweren als die Deutschen, die Polen seien. In Allenstein hatten sie wegen der viele Jahre dauernden Baustellen aber allen Grund dazu. Vor allem der Bau der Straßenbahn, der sich dabei ständig ändernde Straßenverlauf sowie die häufige Verlegung von Gehwegen und Zebrastreifen an Kreuzungen zerrte an den Nerven der Straßenverkehrsteilnehmer.

Streckenvorteil Straßenbahn

Doch nicht nur die Personenkraftwagen standen im Stau, sondern auch die Busse. Mit Abstand die schnellste Möglichkeit vorwärtszukommen, war die Straßenbahn

wegen des eigenen Gleiskörpers. Für diejenigen, deren Fahrtziele mit ihr zu erreichen waren, war das ein großer Vorteil. Für auf Busse angewiesene Passagiere oder Autofahrer war die Situation weniger gut. Dann fiel wegen des Umbaus der Kreuzung Kleeberger Straße

[Pilsudski-Allee] und Roonstraße [Kościuszko Straße], dem kritischsten Punkt des Straßenbahnnetzes, an dem die neue Strecke an den bestehenden Gleiskörper anschließen wird, auch noch das Teilstück der Straßenbahn zum Hohen Tor, also zum Stadtzentrum, weg. Es

fuhr lediglich noch die Linie 2 zum Hauptbahnhof.

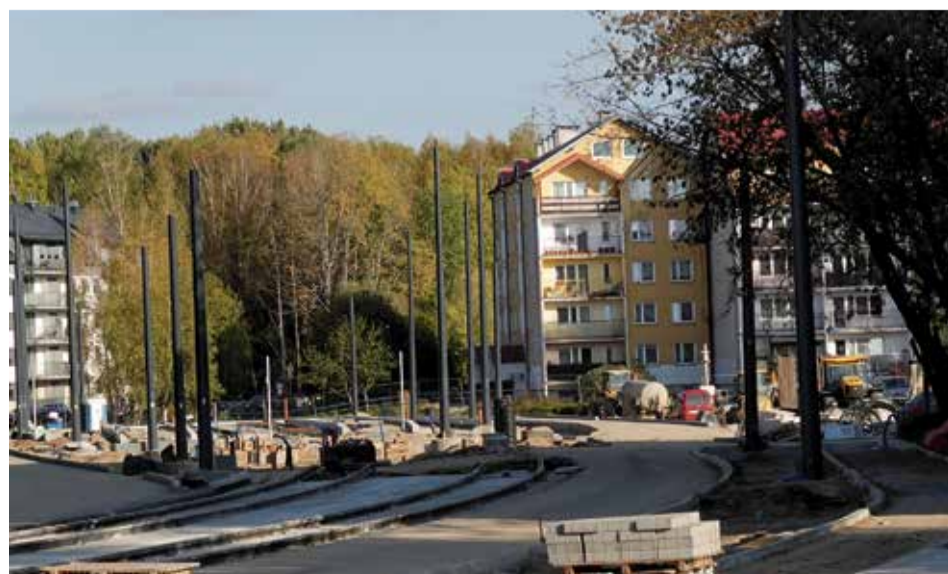
Die Maifeiertage und das dadurch stark verringerte Verkehrsaufkommen nutzte die Stadt, um für eine Woche den Betrieb der Straßenbahn einzustellen und Ersatzbusse einzusetzen – und in dieser Zeit die erwähnte Kreuzung fast fertigzustellen. Die letzten Meter des Anschlusses der neuen Strecke fehlen noch, aber seit dem 8. Mai fährt die Linie 1 der Straßenbahn zur Altstadt wieder, die Haltestelle an der Kreuzung wird auch von Bussen wieder angefahren, und die Kreuzung selbst kann vom Individualverkehr genutzt werden. Da die bisherigen Umfahrungen der Kreuzung wegfallen, müssen sich die Autofahrer einmal mehr umstellen, aber dieses Mal mit einer gewissen Erleichterung.

Deutlich sichtbare Fortschritte

Diese zeigt sich bei vielen Menschen entlang der gesamten zukünftigen zweiten Strecke der Straßenbahn. In Stolzenberg [Pieczevo] stehen schon länger die Masten für die Oberleitung, die Endhaltestelle

nimmt Gestalt an. Von dort bis nach Bergenthal [Nagórki] und weiter bis zur Pilsudski-Allee sind die mit dem Bau der Straßenbahn verknüpften Arbeiten an Wasserrohren, Strom- und Gasleitungen sowie deren Anschlüssen abgeschlossen. Das Verlegen der Schienen selbst nimmt nicht mehr so viel Zeit in Anspruch.

Einige neue Geh- und Radwege sowie Haltestellen lassen sich schon erkennen, und die kühnste Konstruktion der Strecke, das Viadukt über eine Kreuzung bei Bergenthal, hat sein Richtfest hinter sich gebracht. Auch entlang der Pilsudski-Allee kommt Ordnung in das scheinbare Chaos bei Stadion, Schwimmbad, Finanzamt und Planetarium, und die Fußgängerüberwege an der Kreuzung mit der Bahnhofsstraße verschieben sich nur noch ein einziges, letztes Mal. Die Baustellen, die es nach der geplanten Fertigstellung und Eröffnung der neuen Straßenbahnstrecke im kommenden Herbst geben wird, werden die Allensteiner und die Besucher der Stadt mit einer wesentlich größeren Gelassenheit ertragen. Uwe Hahnkamp



Zukünftige Endhaltestelle Stolzenberg: Die Masten stehen bereits

Foto: U.H.

Wir gratulieren...



ZUM 102. GEBURTSTAG

Mennong, Herta, geb. Juckel, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 20. Juni

ZUM 101. GEBURTSTAG

Bessel, Else, geb. Stadie, aus Zohpen, Kreis Wehlau, am 17. Juni
Samoray, Ilse, geb. Lemke, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 18. Juni
Umlandt, Anni, geb. Wohlge-muth, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 19. Juni

ZUM 100. GEBURTSTAG

Drenke, Gertrud, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 21. Juni
Lampe, Edith, geb. Reimer, aus Schönwiese, Kreis Elchniederung, am 20. Juni
Preis, Ella, geb. Palm, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 22. Juni

ZUM 99. GEBURTSTAG

Fröhlich, Bruno, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 22. Juni
Miller, Erika, geb. Schiemann, aus Grünbaum, Kreis Elchniederung, am 21. Juni

ZUM 97. GEBURTSTAG

Führer, Hans, aus Grünweide, Kreis Ebenrode, am 20. Juni
Kröhnke, Gerhard, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 19. Juni

ZUM 96. GEBURTSTAG

Forberg, Hildegard, geb. Czichy, aus Ortelsburg, am 20. Juni
Kath, Hildegard, geb. Sadowski, aus Allendorf, Kreis Neidenburg, am 20. Juni
Michelkowski, Walter, aus Koschainen, Kreis Mohrunen, am 19. Juni
Schneider, Ingeborg, geb. Bendrick, aus Lötzen, am 19. Juni
Steinmann, Anneliese, geb. Nowotzyn, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 17. Juni

ZUM 95. GEBURTSTAG

Brosda, Johannes, aus Ortelsburg, am 17. Juni
Hertam, Gertrud, geb. Beyer, aus Neufrost, Kreis Elchniederung, am 21. Juni
Katschmarek, Hildegard, geb. Offschany, aus Berndhöfen, Kreis Lyck, am 16. Juni
Kohls, Edmund, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 19. Juni
Neumann, Horst, aus Hochdünen, Kreis Elchniederung, am 23. Juni
Zilinske, Berta, geb. Launert, aus Ginkelsmittel, Kreis Elchniederung, am 21. Juni
Zachris, Werner, aus Arlen, Kreis Lötzen, am 22. Juni

ZUM 94. GEBURTSTAG

Buhr, Irmgard, geb. Federmann, aus Trankwitz, Kreis Fischhausen, am 20. Juni
Krüger, Waltraud, geb. Goetzie, aus Brandenburg, Kreis Elchniederung, am 22. Juni
Nelius, Marianne, geb. Warstat, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 16. Juni
Rehfeldt, Bruno, aus Lyck, am 16. Juni

Rose, Günter, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 19. Juni
Schiffner, Edeltrud, geb. Dombrowsky, aus Schenken, Kreis Wehlau, am 18. Juni
Schmidt, Erna, aus Sensburg, am 18. Juni
Weidlich, Dorothea, aus Lyck, am 21. Juni

ZUM 93. GEBURTSTAG

Fette, Gretel Erna, geb. Gud-lautzki, aus Friedeberg, Kreis Elchniederung, am 19. Juni
Freitag, Edith, geb. Wiesjahn, aus Himmelforth, Kreis Mohrunen, am 17. Juni
Hennig, Gerhard, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 22. Juni
Mattutat, Ruth, geb. Art-schwager, aus Köllmisch Lin-kuhnen, Kreis Elchniederung, am 21. Juni
Pietruk, Ulrich, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 18. Juni
Wlotzka, Ruth, geb. Pyko, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 22. Juni

ZUM 92. GEBURTSTAG

Falß, Ursula, geb. Cziesso, aus Seliggen, Kreis Lyck, am 16. Juni
Gayko, Emilie, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 19. Juni
Gräwer, Erna, geb. Posch, aus Goldbach, Kreis Mohrunen, am 18. Juni
Hartmann, Hans, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 22. Juni
Kiefer, Lucie, geb. Seidler, aus Rothof, Fliegerhorst, Kreis Lyck, am 19. Juni
Neschokat, Waltraud, aus Nas-sawen, Kreis Ebenrode, am 18. Juni
Nolde, Helga, geb. Stripling, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 16. Juni
Pallaks, Hilda, geb. Rimkus, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 17. Juni
Schleger, Horst, aus Bieskob-nicken, Kreis Fischhausen, am 18. Juni
Wagenländer, Elfriede, geb. Jamm, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 18. Juni
Wandel, Ingrid, geb. Mlinarzik, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 16. Juni

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bendszus, Helga, geb. Poweleit, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 22. Juni
Diegner, Barbara, geb. Stöltzing, aus Garbseiden, Kreis Fischhau-sen, am 19. Juni
Ehrig, Manfred, aus Schwiddern, Kreis Treuburg, am 17. Juni
Holzke, Helmut, aus Liebstadt, Kreis Mohrunen, am 18. Juni
Jahnert, Walter, aus Monken, Kreis Lyck, am 22. Juni
Kland, Helga, geb. Gutzmann, aus Wehlau, am 20. Juni
Liedtke, Harald, aus Wehlau, am 19. Juni
Mahn, Elly, geb. Kiaulehn, aus Brüsterort, Kreis Fischhausen, am 20. Juni
Möller, Gerda, geb. Lasarzewski, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 17. Juni
Seifert, Marlene, geb. Tubenthal, aus Treuburg, am 17. Juni
Taday, Wilhelm, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 18. Juni
Teuteberg, Ehrentraud, geb. Kuhn, aus Königsdorf, Kreis Mohrunen, am 21. Juni

ALLENSTEIN

Sommerfest Der Veranstaltungsort ist außergewöhnlich, das Ereignis am 24. Juni wird es mit Sicherheit auch. Dann treffen sich die Ostpreußen auf dem Gelände des Freizeitparks „Bartbo“ bei Allenstein zum dies-jährigen Sommerfest. Seit 1992 veranstaltet die Landmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) in Zusammenarbeit mit dem Verband der Deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren (VdGEM) und den örtlichen deut-schen Vereinen Sommerfeste. Eine erfolgreiche Kooperation, denn das Ereignis nimmt seit vielen Jahren einen festen Platz im Terminkalender der deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen ein. Üblicherweise nehmen fast alle deutschen Vereine – gegenwärtig sind 22 – mit ihren Mitgliedern und Sing- und Tanzgruppen teil. Das Sommerfest ist für sie eine einmalige Möglichkeit, ihre Kulturarbeit einer breiten Öffentlichkeit zu prä-sentieren. Der dortige Auftritt ist Bestätigung und Ansporn zugleich, das heimatliche Kulturgut in seiner Ur-sprungsregion dauerhaft zu erhalten, und Motivation, sich in den deutschen Vereinen zu engagieren. Das in diesem Jahr von der LO organisierte Sommerfest beginnt um 10.30 Uhr mit einem ökumenischen Feldgottes-dienst, es folgen Grußworte und die Ansprache von LO-Sprecher Stephan Grigat. Der Nachmittag steht ganz im Zeichen der Chöre und Tanzgruppen der deutschen Vereine. Der Eintritt ist frei Foto: LO

Zusendungen für die Ausgabe 26/2023

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 26/2023 (Erstverkaufstag 30. Juni) **bis spätestens Dienstag, den 20. Juni**, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

LO-Termine 2023

24. Juni: **Ostpreußisches Sommerfest** in Wuttrienen
15. bis 17. September: **Geschichtsseminar** in Helmstedt
16. September: **Landes-treffen Mecklenburg-Vor-pommern** in Anklam
9. bis 15. Oktober: **Werkwo-che** in Helmstedt
7. und 8. Oktober: **14. Deutsch-Polnischer Kom-munalpolitischer Kongress** (geschlossener Teilnehmer-

kreis) in Allenstein
10. November: **Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden** (geschlossener Teil-nehmerkreis) in Wuppertal
11. und 12. November: **Ost-preußische Landesvertre-tung** (geschlossener Teilneh-merkreis) in Wuppertal
Auskünfte bei der LO-Bundes-geschäftsstelle, Buchstraße 4, 22087 Hamburg,
Telefon (040) 41400826,
E-Mail: info@ostpreussen.de

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung kön-nen Sie jederzeit widerspre-chen.
Landmannschaft Ostpreu-ßen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg,
E-Mail: info@ostpreussen.de

ZUM 90. GEBURTSTAG

Arndt, Annelie, geb. Pruskowski, aus Rohden, Kreis Mohrunen, am 16. Juni
Göhlich, Renate, geb. Maszutt, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 19. Juni
Hellriegel, Gerhard, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 18. Juni
Herrmann, Alfred, aus Narwi-ckau, Kreis Ebenrode, am 17. Juni
Höpfner, Gerd, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 19. Juni
Hübner, Georg, aus Prostken, Kreis Lyck, am 22. Juni
Neumann, Karl-Heinz, aus Bar-tenhof, Kreis Wehlau, am 20. Juni
Sattler, Ruth, geb. Halbow, aus Alt Kiwitten, Kreis Ortelsburg, am 21. Juni
Wischniewski, Werner, aus Treu-burg, am 16. Juni
Zeller, Hildegard, geb. Schmuck, aus Sortlack, Kreis Preußisch Ey-lau, am 20. Juni

Henseleit, Manfred, aus Ger-hardshöfen, Kreis Elchniederung, am 18. Juni
Hintz, Brigitte, geb. Plaga, aus Lyck, am 17. Juni
Kleinert, Gisela, geb. Sobotka, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 16. Juni
Kutzko, Reinhard, aus Stradau-nen, Kreis Lyck, am 19. Juni
Meier, Ulrich, aus Lötzen, am 19. Juni
Meinhardt, Renate, geb. Grigo-leit, aus Birkenmühle, Kreis Eben-rode, am 16. Juni
Müller, Hildegard, geb. Hoppe, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 22. Juni
Oppawsky, Anita, geb. Schulz, aus Ansorte, Kreis Elchniederung, am 17. Juni
Stankewitz, Günter, aus Blumen-tal, Kreis Lyck, am 19. Juni
Stelling, Ilse, geb. Soboll, aus Köl-mersdorf, Kreis Lyck, am 22. Juni

Uteß, Waltraud, geb. Pusbatz-kies, aus Herdenau, Kreis Elchnie-derung, am 16. Juni
Wentland, Erhard, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 21. Juni

ZUM 80. GEBURTSTAG

Newiger, Brigitta, geb. Wellner, aus Stampelken, Kreis Wehlau, am 20. Juni
Sakowski, Ulrich, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 19. Juni
Schaub, Renate, geb. Sukowski, aus Reichenwalde, Kreis Lyck, am 17. Juni
Stumm, Gerhard, aus Malga, Kreis Neidenburg, am 19. Juni
Weisser, Bruno, aus Leschnau, Kreis Allenstein, am 20. Juni

ZUM 75. GEBURTSTAG

Behrens, Dr. Harald, Kreisge-meinschaft Wehlau, am 22. Juni

ZUM 85. GEBURTSTAG

Harder, Inge, geb. Kolenda, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 22. Juni

PAZ wirkt!

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Christl Starosta wird 88

Hof – Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen Hof gratuliert Christl Starosta am 20. Juni zum 88. Geburtstag. Dabei würdigt der Vorstand das jahrelange Engagement der Jubilarin für die Vertriebenenarbeit. Seit vielen Jahrzehnten ist Starosta sowohl in der Ortsgruppe, im BdV als auch im Bezirk Oberfranken für die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen aktiv. Beim Aufbau der Abteilung „Flüchtlinge und Vertriebene in Hof“ im Museum Bayerisches Vogtland Hof gehörte sie zusammen mit ihrem Mann Helmut Starosta zu den treibenden Kräften. Stets ist sie eine kompetente Ansprechpartnerin in allen Belangen der Vertriebenenarbeit. Ihr Wissen über Ost- und Westpreußen, sowohl kulturell als auch politisch, wird gerne genutzt. Die Ortsgruppe Hof wünscht noch viele erfüllte Jahre bei bester Gesundheit.

Jutta Starosta



Christl Starosta

Treffen „Ordenskirche“

Nürnberg – Dienstag, 27. Juni, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Langwasser: Ost- und Westpreußen sowie Pommern Treff zum Thema: Die Ordenskirche Fischhausen im Samland.



Bremen

Vorsitzender: Heinrich Lohmann, **Geschäftsstelle:** Parkstraße 4, 28209 Bremen, E-Mail: heinrichlohmann@gmx.de, Telefon (0421) 3469718

Trauer um Groeling-Müller

Bremen – Das Ehrenmitglied Georg von Groeling-Müller ist am 22. Mai verstorben.

Groeling-Müller hat sich vielfach um unsere LO verdient gemacht. Besonders zu nennen sind seine Hilfestellungen zur Unterstützung des Vorsitzenden in jeder möglichen Weise. Er gehörte zur Stammesbesetzung, wenn irgendwo ein Infostand eingerichtet wurde. Er baute eigenhändig Kellerräume für unsere Geschäftsstelle zu Archiv- und Lagerräumen um.

Als ehemaliger Bürgerschafts-abgeordneter der FDP veranlasste er, dass die Bürgerschaftsfraktion seiner Partei über mehrere Jahre korporatives Mitglied unserer Landsmannschaft war. Für unser vor 30 Jahren erschienenes Jahreshaft „Ostpreußen in Bremen 1993“ verfasste er den Aufsatz „Heimatvertriebene in Bremens Politik“, in dem er Kurzbiographien sämtlicher aus Ost- und Westpreußen stammenden Bürgerschafts-abgeordneten vorstellte und, soweit möglich, deren Beweggründe für ihr politisches Handeln einfügte.

Die vorstehende Aufzählung seiner Leistungen ist nur ein kleiner Ausschnitt seiner Verdienste für unsere Landsmannschaft.

Wir werden Georg von Groeling-Müller ein ehrendes Andenken bewahren. *Heinrich Lohmann*



Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

Maitreffen

Darmstadt/Dieburg – Unser Treffen der LOW Kreisgruppe der Ins-turburger war am 20. Mai eine sehr gut besuchte Veranstaltung. Mit kurzen Grußworten hieß Jürgen Pantel alle herzlich willkommen. Gerhard Schröder förderte durch Zitate eine sehr rege Diskussion.

Nach dem Essen und Christian Kellers Grußworten übernahm er einen Diskussionspunkt: „Willkommen oder nicht Willkommen“. Er brachte allen eine Abhandlung „Frühe Kinderjahre und eine Entwicklung daraus“ zur Kenntnis.

Keller berichtet: „In der Zeit meiner frühen Kindheitsjahre hatte ich schon intensive Berührung mit aus ihrer Heimat vertriebenen und geflüchteten Menschen, besonders mit Kindern.“

Meine Eltern mit fünf Kindern bewohnten eine schräge Dachgeschosswohnung im Hause meiner Großeltern. Wir hatten drei Zimmer und eine kleine Küche – überall schräge Wände. Wir gaben davon ein Zimmer ab, damit zwei Kinder einer Familie, deren Eltern im Nachbarhaus untergebracht waren, in deren unmittelbarer Nähe sein konnten. Meine Mutter teilte auch Lebensmittel wie Mehl, Zucker und Fett, die wir über Lebensmittelkarten erwerben konnten, mit den Menschen, die in unserer Nachbarschaft untergebracht waren. In einem anderen Nachbarhaus war eine Familie mit vier Jungen untergebracht. Zwei davon waren in unserer Jungenklasse mit in der Schule aufgenommen worden. Sie leben heute noch alle in der Nachbargemeinde.

In unserer Familie gab es keine Aversionen gegen Menschen, die

eh schon von Leid und Not geplagt waren. Von ihnen gab es in dem Dorf Ober-Roden mit seinen damals etwas über 3000 Einwohnern sehr viele. Die meisten kamen aus Schlesien, dem Sudetenland, Böhmen und Mähren sowie aus dem Donauschwabenland, und es entwickelte sich sehr schnell eine gute Freundschaft besonders unter den Kindern.

Die Notwohnsituationen wurden bald durch vernünftiger Wohnmöglichkeiten verbessert.

Mein Großvater, der als Bauer eine kleine Landwirtschaft betrieb, gab Flüchtlingen, so war der damalige Sprachgebrauch, die Möglichkeit, in der Erntezeit zu helfen und sich lebenswichtige Ackerfrüchte zu beschaffen.

Im Herbst 1946 wurde ich eingeschult; Jungen und Mädchen jeweils in einer separaten Klasse, aber immerhin eine stattliche Zahl von insgesamt 134 Kindern, davon waren 38 Vertriebene und zwölf Heimatlose aus Städten, die durch Bomben zerstört wurden.

Ab den 1950er-Jahren stand das Familiengründen im Hause Keller an. Meine Schwester Katharina heiratete 1956 einen Königsberger, mein Bruder Hans 1961 eine vermutlich in Schlesien Geborene. Sie und ihr Bruder wuchsen in einem Heim auf und wurden von einer Familie aus Eppertshausen adoptiert. Und ich heiratete 1964 Gisela, mein ostpreußisches Marjellschen.

Heute bin ich, als geborener Hesse Mitglied in der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen sowie der Danziger. Wir schreiben bereits das Jahr 2023, und ich bin seit einigen Jahren als Mitglied, sowie als Stellvertretender Vorsitzender und Pressewart im Vorstand der LOW Hessen, Kreisgruppe Darmstadt/Dieburg tätig. Die Kontakte und Freundschaften, die in den Kinderjahren entstanden, haben heute noch Bestand und werden intensiv gepflegt.“

Außerdem gab es einen umfangreichen und sehr informativen Vortrag über die Vertreibung der Salzburger und ihre Wege nach

ANZEIGE



Wir trauern um unser Ehrenmitglied

Georg v. Groeling-Müller

* 15. 4. 1927 † 22. 5. 2023
Karolinenhof, Kr. Osterode/Ostpr. Bremen

Georg von Groeling-Müller war von 2006 bis 2022 stellv. Vorsitzender unserer Landsmannschaft. Während dieser Zeit bereicherte er unsere Vorstandssitzungen mit seinen von großer Lebenserfahrung und Kenntnis politischer und gesellschaftlicher Gegebenheiten in Bremen geprägten Gesprächsbeiträgen.

Sein besonnenes und von tiefer Verbundenheit mit seiner ostpreußischen Heimat geartetes Wesen hat unsere Arbeit gefördert und uns in unseren Planungen mit Selbstgewissheit vorangebracht.

Landsmannschaft Ost- und Westpreußen e.V., Bremen
Heinrich Lohmann, Vors., Ulrich Krause, stellv. Vorsitzender

Tag der Heimat

Wiesbaden – Sonnabend, 17. Juni, 11 Uhr, Gedenkstein der Landsmannschaften im BdV, Kranichstraße, Wiesbaden-Kohlheck: Feiertag der Heimat

Tag der Heimat

Wiesbaden – Sonnabend, 17. Juni, 11 Uhr, Gedenkstein der Landsmannschaften im BdV, Kranichstraße, Wiesbaden-Kohlheck: Feiertag der Heimat

Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzende:** Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher **Schriftführerin:** Elke Ruhnke, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Pommern

Wetzlar – Dienstag, 20. Juni, 11 Uhr, Gaststätte Matchball beim Tennisplatz, Bodenfeld, 35576 Wetzlar: „Pommern – wie es einmal war – Teil 1“, Film-Vortrag von Kuno Kutz. Weitere Informationen bei Kutz, Heinzewies 6, 35625 Hüttenberg, E-Mail: kuno.kutz@t-online.de, Telefon (06441) 770559.

Delegiertentagung

Landesgruppe – Sonnabend, 17. Juni, 10 bis 16 Uhr, Haus Union, Schenkendorfstraße 13, 46047 Oberhausen: Delegiertentagung,

Fortsetzung auf Seite 16

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-02-C



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Landesgruppen

Fortsetzung von Seite 15

Vortrag „Aktuelle Themen, Die Preußische Allgemeine in der Medienlandschaft. Orts- und Kreisgruppen, die bisher keine Stärkemeldung erstellt und an die Geschäftsstelle übermitteln haben, werden aufgefordert, dies kurzfristig nachzuholen. Die Landesgruppe NRW verfügt noch über Broschüren, die über die Geschäftsstelle, Margitta Romagno, angefordert werden können.

Ermland-Masuren-Fahrt

Dissen – Für die Studienreise nach Ermland-Masuren, 2. bis 9. September, sind noch Plätze frei.

Louis-Ferdinand Schwarz, 49201 Dissen, fährt seit 1990 ins nördliche und unternimmt in diesem Jahr eine Studienreise ins südliche Ostpreußen - Ermland, Masuren in einem modernen Reisebus mit erfahrener Fahrer und qualifizierter Reiseleitung.

Die Studienreise führt zu den kulturellen Sehenswürdigkeiten der Region, beginnt in Bielefeld mit Zustiegsmöglichkeiten entlang der Autobahn A 2 Hannover - Berlin und führt zunächst nach Thorn, weiter über Marienburg mit der berühmten Burganlage des Deutschen Ritterordens nach Elbing.

Höhepunkt des dritten Tages ist die Fahrt auf dem Oberländischen Kanal, einem technischen Wunderwerk des 19. Jahrhunderts, auf dem Schiffe über Hügel gezogen werden. Nach Besuch des Doms in Frauenburg, in dem der große Astronom Nikolaus Kopernikus (1473 - 1543) begraben ist,

geht es weiter über Röbel und die Barockkirche Heiligenlinde nach Nikolaiken, wo die nächsten vier Tage die Hotelunterkunft ist. Von dort aus sind Ziele Steinort mit dem Schloss der Familie von Lehn-dorff, Lötzen, die Masurische Se-enplatte und die Johannsburg Heide.

Der fünfte Tag steht zur freien Verfügung. Am siebten Tag führt die Rückreise über Allenstein nach Posen, am achten Tag von dort zurück nach Bielefeld.

Anmeldungen bitte möglichst bald, jedoch spätestens bis Sonn-abend, 1. Juli bei Louis-Ferdinand Schwarz, Südstraße 6 a, 49201 Dis-sen, E-Mail: l-f.schwarz@web.de, Telefon (05421) 1325.

Sachsen

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agement@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Kirchentag

Chemnitz – Sonntag, 18. Juni, 9.30 Uhr, St. Matthäus Kirche, Zin-sendorfstraße 14, 09116 Chemnitz: Kirchentag der evangelischen Ost-preußen und Spätaussiedler. Der Kirchentag, zu dem die Lands-mannschaft Ost- und Westpreu-ßen der Landesgruppe Freistaat Sachsen e.V. einlädt, wird sich mit dem Thema „Das Wirken der Hu-genotten in Ostpreußen“ beschäf-tigen. Dr. Andreas Flick, Präsident der Hugenotten Gesellschaft, wird

an diesem Tag die Predigt halten und am Vormittag zu diesem The-ma referieren.

Bitte melden Sie sich bei Alex-ander Schulz unter Telefon (0371) 301616. Alexander Schulz

Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Mitgliederversammlung

Landesgruppe – Sonntag, 18. Juni, Haus der Heimat, Wilhelmminen-straße 47-49, Kiel: Mitgliederver-sammlung (MV) und Vortragsver-anstaltung der LO Landesgruppe Schleswig-Holstein e.V.

Hans-Albert Eckloff

Jahreshauptversammlung

Bad Schwartau – Axel Simanow-ski, der Ortsgruppenvorsitzende, konnte zur Jahreshauptversamm-lung am 1. Juni 27 Teilnehmer be-grüßen. In seiner Rückschau verkündete er, dass nach Corona die Veranstaltungen wieder gut ange-laufen seien und bei einer Mitglie-derzahl von 56 Personen mit einem Altersdurchschnitt von etwa 82 Jahren sei die Beteiligung von knapp 60 Prozent sehr gut.

Insbesondere hob er die ge-meinsamen Busfahrten mit den Reisefreunden der Stadt Bad Schwartau hervor, die durch unser Mitglied Claus Seifert organisiert werden. Auch die Vortragsveran-

staltungen über Island, die Eisen-bahn in Ostpreußen, Elterntrick-Geschäfte, Israel und unsere Nach-mittage „Da wird doch der Hund in der Pfanne verrückt“ mit ostpreu-ßischen Sprichwörtern, Redensar-ten und Schwänken sowie der zum Advent waren erfolgreich und gut besucht. Vor der Sommerpause wird noch eine Bootsfahrt angebo-ten.

Die Schatzmeisterin Gisela Row-edder stellte ihr Zahlenwerk an Einnahmen und Ausgaben vor. Die Kassenprüfer Jürgen Köhler und Gerd Tralau bestätigten ihr eine ausgezeichnete fehlerlose Kassen-führung und beantragten die Ent-lastung der Schatzmeisterin und des Vorstandes, der mit einer Stimme Enthaltung zugestimmt wurde.

Für besondere Verdienste von Mitgliedern an der Mitarbeit der Landsmannschaft Ostpreußen wurden Verdienstmedaillen und Treueurkunden bei der Landes-gruppe beantragt und genehmigt. Die Überreichung der Urkunden und Medaillen wollte eigentlich unser Landesvorsitzende Edmund Ferner vornehmen. Aber aus ge-sundheitlichen Gründen war sein Stellvertreter, Dieter Wenskat, ge-kommen, der nun die ehrenvolle Aufgabe übernahm.

Für ihre mehr als zehnjährige Mitgliedschaft und Unterstützung in der Vorstandsarbeit wurden mit der Verdienstmedaille und einer Urkunde Reni Rosenfeld, Traut-Rose Lietzow, Ingelore Oertel, Jürgen Köhler, Joachim Treschan-ke und Axel Simanowski geehrt.

Seine ehrenamtliche Jugendar-beit, seine vielen ostpreußenbezo-genen Reisen und Vorträge und



Für Treue und Einsatz durch Dieter Wenskat (links) geehrt: Gisela Rowedder und Axel Simanowski Foto: H.-A. Eckloff

sein großes Interesse an der preu-ßischen und ostdeutschen Ge-schichte waren und sind Manfred Lietzows Lebensinhalt. Verstärkt wurde seine Arbeit für den deut-schen Osten durch seine deutsch-polnische Jugendbegegnungen mit internationale Jugendbegegnungen durch und konnte vielen Jugendli-chen die preußische und deutsche Ostgeschichte nahebringen. Dafür und für seine langjährige Mitglie-derschaft in der LO ehrte ihn die Landsmannschaft mit der Silber-nen Ehrennadel und Urkunde.

Horst Wazinski, der erst 1971 37-jährig mit seiner Familie aus sei-ner Heimat Ostpreußen ausgesie-delt wurde, fand in Schleswig-Hol-stein auch mit Hilfe der Lands-mannschaft wieder einen neuen Anfang. Er ist seit mehr als zwei Jahrzehnte Mitglied in der LO und war lange Jahre eine angesehene Persönlichkeit im Vorstand der Landsmannschaft Bad Schwartau. Er fühlt sich familiär und durch die

Landsmannschaft mit den preußi-schen Werten und mit seiner Hei-mat Ostpreußen stark verbunden und wurde mit der Silbernen Eh-rennadel mit Urkunde geehrt.

Und eine Persönlichkeit der Landsmannschaft Ostpreußen Bad Schwartau, Gisela Rowedder, das Herzstück unserer Ortsgruppe, deren Verdienste bereits mit der Sil-bernen Ehrennadel gewürdigt wur-den, konnte es kaum glauben und freute sich umso mehr, als sie die besondere Treueurkunde und Treuemedaille überreicht bekam. Seit Gisela 2008 der Landsmann-schaft beitrug, hat sie sich in die Arbeit der Ortsgruppe eingemischt und nachdem der Posten für den Schatzmeister vakant wurde auch gleich freiwillig dafür gemeldet. „Davon versteh ich was“, hörte man sie sagen. Bis heute ist sie aus der Vorstandsarbeit nicht wegzudenken.

Nach diesem Prozedere hielt Wenskat den Vortrag, den Ferner eigentlich halten wollte, zum The-ma „Die humanitäre Bilanz Preu-ßens“. Hans-Albert Eckloff

Rätsel

A large crossword puzzle grid with various clues in German. The clues include words like 'umgeknickte Heftecke', 'nach Zucker schmeckend', 'Franz. unbeschnittener Artikel', 'Aufbau, Struktur', 'Handdruckgerät', 'Schmiedeblock', 'Tier oder Pflanze a. fernem Ländern', 'Bienenzüchter', 'kleine Schleuder', 'engl. Dichter u. Maler (William)', 'Sohn Isaaks', 'Pökel-flüssigkeit', 'französisches Physiker-ehepaar', 'Sammlung von Schriftstücken', 'Mostert, Mostrich', 'häufig, mehrfach', 'Liebste; Leistungs-fähigste', 'selbst-loser Mensch; Träumer', 'ital. Wall-fahrts-ort', 'vordring-lich', 'Bestand, tatsäch-licher Vorrat', 'Menschen', 'Schub-fach', 'Göttin der Künste', 'Sehhilfe', 'Vorbe-deutung', 'Jubiläum', 'Heilver-fahren; Heil-urlaub', 'Abk. für Ober-landes-gericht', 'Stadt in Ober-franken', 'franz. Herr-scher-anrede', 'Mittel ge-gen Kör-pergeruch (Kzw.)', 'Gegen-stand, Sache', 'Papier-oder Plastik-beutel', 'Wald-, Raben-vogel', 'Felsen-klippe im Meer', 'persönl. Fürwort (dritte Person)', 'italie-nische Haupt-stadt', 'fest wider-stands-fähig', 'US-Bürger (ugs.)', 'Gebirge in Marokko', 'Ab-schieds-gruß', 'Umlauf-bahn eines Satelliten', 'lang-schwän-ziger Papagei', 'Verband dt. TV-Sender (Abk.)', 'eine Zahl', 'unge-bunden', 'gewalt-sames Weg-nehmen', 'bras-il. Wäh-rungs-einheit', 'Teil des Plattenspieler-s', 'Stoff mit glänzen-der Ober-fläche', 'fuchter Wiesen-grund', 'garstig, gemein', 'elektr. gelade-nes Teilchen', 'Vornam-e Strawin-skys', 'Fahrt zu einem entfern-ten Ort', 'abge-schaltet, nicht an', 'Atem-luft-fontäne der Wale', 'Abk. für Altes Testa-ment', 'Stadt-bezirk von New York', 'unge-zähnte Male', 'Blech-blas-instru-ment', 'öffent-licher Aus-hang', 'Mineral-oder Gesteins-körnchen', 'Halb-insel in Ost-asien', 'in runder Form', 'faltig, schrum-pelig', 'Tonne, Hohl-gefäß', 'eine Süd-slawin', 'Wasser-vogel, Nutztier', 'Drama Frank Wede-kinds', 'Wechsel-terchen, Einzeller', 'Körper', 'peinlicher Vorfall, Blöß-stellung', 'griechi-sche Friedens-göttin', 'Gegner Cäsars', 'schwed. Königs-ge-slecht', 'Wett-kampf-stätte; Mänge', 'sich in einen Text ver-tiefen', 'spani-scher Natio-nalheld', 'willkom-men, er-wünscht', 'Fluss zur Wolga', 'Binde-wort', 'Alb, quäl-enendes Nacht-gespent', 'Alb, quäl-enendes Nacht-gespent', 'See-voegel-dünger', 'poe-tisch: Frühling', 'lodernde Flamme; Ger-brinde', 'deutsche Pop-sängerin', 'Kfz-Zeichen-Lever-kusen', 'Gebär-den- und Mienen-spiel', 'Ge-schenk, Almosen', 'nicht weit ent-fernt', 'in Rich-tung, nach', 'Adels-prädikat', 'PAZ23_24'

Sudoku

A 9x9 Sudoku grid with some numbers pre-filled. The numbers are: Row 1: (1,3)=5, (1,4)=4; Row 2: (2,1)=2, (2,4)=1, (2,9)=5; Row 3: (3,2)=7, (3,3)=8, (3,5)=1, (3,6)=4, (3,7)=9; Row 4: (4,1)=6, (4,2)=7, (4,3)=3, (4,4)=1, (4,5)=8, (4,7)=3, (4,8)=4; Row 5: (5,1)=8, (5,2)=1, (5,3)=2, (5,5)=5, (5,6)=6; Row 6: (6,1)=7, (6,5)=3, (6,9)=1; Row 7: (7,4)=2, (7,6)=4.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

A 6x6 Diagonal crossword puzzle grid with numbers 1 through 6 indicating the starting points of the words.

Diagonalrätsel

Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Werkzeuge.

- 1 höherer Schulabschluss
2 arabisches Fürstentum
3 Erquickung, Erfrischung
4 Einfuhr
5 Weizenbier (volkstümlich)
6 Versehen, Irrtum (lateinisch)

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Wort für Betriebsangehöriger, Angestellter.

- 1 Durchschnittswert, 2 Hafenstadt in Südostitalien, 3 schweizerischer Hauptstadtbewohner, 4 Bestie, 5 festgelegter Zeitpunkt

A circular diagram with five overlapping circles numbered 1 to 5. Arrows indicate a clockwise path starting from circle 1.

Heimatkreisgemeinschaften



Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Tel. (0151) 12305377, Fax (039000) 51317, **Gst.:** Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de

Wahl der Kreistagsmitglieder

Rendsburg – Sonnabend, 7. Oktober, 9.30 Uhr, Kleiner Festsaal, Hotel Conventgarten, Hindenburgstraße 38, 24768 Rendsburg: Neuwahl der Kreistagsmitglieder erfolgt während des Hauptkreistreffens. Im Herbst dieses Jahres endet die Legislaturperiode des Kreistages unserer Heimatkreisgemeinschaft.

Laut Paragraph 1 unserer am 13. Oktober 2018 geänderten Wahlordnung werden 15 Kreistagsmitglieder gewählt, deren Verteilung auf die einzelnen Kirchspiele und Abteilungen wie folgt aussieht: Gerdauen: fünf Vertreter, Nordenburg/Karpowen (Karpauen): drei Vertreter, Assaunen, Friedenberg/Groß Schönau, Klein Gnie, Laggargen/Löwenstein, Molthainen/Momhnen, Muldszen (Mulden), Abteilung GIRDAWE: jeweils ein Vertreter. Wahlberechtigt und wählbar sind alle Mitglieder gemäß Paragraph 2 Absatz 1 unserer Vereinsatzung, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben. Laut Paragraph 5 der Wahlordnung schlägt der Vorstand nachstehende Landsleute für den neuen Kreistag vor:

Kirchspiel Gerdauen: Jörg Beißel, Hannelore Gruschwitz, Hans Eckart Meyer, Uwe Nitsch, Dietmar Plaumann;

Kirchspiele Nordenburg/Karpowen (Karpauen): Doris Biewald, Walter Mogk, Margitta Romagno;

Kirchspiel Assaunen: Arnold Schumacher;

Kirchspiel Klein Gnie: Dirk Bannick;

Kirchspiele Laggargen/Löwenstein: Gertrud Holtermann;

Kirchspiele Molthainen/Momhnen: Monika Weppelmann;

Kirchspiel Muldszen (Mulden): Dietmar Hoffmann;

Abteilung GIRDAWE: Brigitte Havertz-Krüger.

Für das Kirchspiel Friedenberg/Groß Schönau liegt kein Wahlvorschlag des Vorstandes vor.

Gleichzeitig werden hiermit alle Mitglieder gebeten, weitere Wahlvorschläge bis spätestens 7. August bei der Vorsitzenden des Wahlausschusses, Kirsten Nelles, Unterstraße 13a, 24977 Langballigholz, einzureichen. Insbesondere wird um Wahlvorschläge für diejenigen Kirchspiele gebeten, für die bisher keine oder nicht genügend Kandidaten zur Verfügung stehen.

Diese Wahlvorschläge müssen von mindestens zehn wahlberechtigten Mitgliedern des jeweiligen Kirchspiels unterzeichnet sein. Aus dem Wahlvorschlag müssen Vor- und Zuname, Geburtsdatum, Heimat- beziehungsweise Geburtsort und die vollständige aktuelle Anschrift sowohl des Bewerbers als auch der Unterzeichner erkennbar sein. Dem Wahlvorschlag ist die schriftliche Zustimmung des Bewerbers beizufügen. Jedes wahlberechtigte Mitglied darf nur einen Wahlvorschlag unterzeichnen. Einen Abdruck der kompletten Wahlordnung mit

Stand vom 13. Oktober 2018 können Sie bei unserer Geschäftsstelle anfordern. *Walter Mogk*



Kreisvertreter: Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736.

Geschäftsstelle: Bergstraße 10, 37520 Osterode am Harz, Tel.: (05522) 919870. E-Mail: kgoev@t-online.de; **Sprechstunde:** Do. 14 bis 17 Uhr

Regionaltreffen

Hamm – Zu Beginn des diesjährigen Regionaltreffens stand nicht nur den Organisatoren die Enttäuschung ins Gesicht geschrieben. Denn nur knapp 40 Teilnehmer – deutlich weniger als in den Vorjahren – hatten den Weg nach Hamm gefunden. Doch es zeigte sich sehr bald, dass ein kleiner Teilnehmerkreis auch Chancen bietet, weil er naturgemäß viel persönlicher ist. Je kleiner der Kreis, desto intensiver die Begegnungen. Niemand bleibt außen vor. Auf diese Weise fühlten sich besonders diejenigen, die erstmals an einem Treffen der KGO teilnahmen, gleich wohl und traten spontan unserer Gemeinschaft bei. Es war zwar das kleinste Regionaltreffen, wegen des regen Austausches zugleich aber auch das intensivste.

Nach der Totenehrung begrüßte Bürgermeisterin Monika Simshäuser alle Anwesenden mit freundlichen warmen Worten und bekannte dabei, dass auch ihre Mutter aus Ostpreußen gestammt habe. Wie im letzten Jahr ließ ihre Stimme erkennen, dass ihr die Begrüßung der Osteroder Ostpreußen keine Pflichtübung, sondern ein Herzensanliegen war.

Kreisvertreter Burghard Gieseler schenkte ihr als Dank Jürgen Ehmanns Buch „Das Tannenberg-Denkmal – Die kleine Geschichte eines großen Monuments“ und hielt folgende Ansprache:

„Vor einem Jahr stand der Krieg in der Ukraine im Mittelpunkt meiner Ansprache. Heute haben wir uns ein Stück weit an den Krieg gewöhnt. An dieser Stelle muss ich mich schon selbst unterbrechen. „An den Krieg gewöhnt?“ Kann man sich denn an Krieg gewöhnen? Daran, dass so viele Menschen Tag für Tag ihr Leben gewaltsam verlieren? Direkt vor unserer Haustüre? Offenbar. Auf dem Weg hierher habe ich im Autoradio die Nachrichten gehört. Berichtet wurde vom Terror der Linksextremisten in Leipzig, vom Finale des DFB-Pokals, tja und dann kam schon der Wetterbericht. Vom Krieg kein Wort.

Dass wir uns an den Krieg gewöhnt haben, heißt aber gewiss

nicht, dass er ungefährlicher geworden wäre. Im Gegenteil. Denn wenn wir uns die seit dem Kriegsbeginn vergangene Zeit nüchtern ansehen, müssen wir feststellen, dass sich die Eskalationsspirale seither kontinuierlich gedreht hat. Es graut mir, wenn ich mir vorstellen kann, wohin diese Entwicklung führen kann. Deshalb appelliere ich an die Politik, Besonnenheit zu wahren. Sie ist eine der vier Kardinaltugenden und heute wichtiger denn je. Damit ich nicht missverstanden werde: Selbstverständlich darf Putin mit seinem Überfall auf die Ukraine nicht durchkommen. Wenn die Weltgemeinschaft diesen eklatanten Bruch des Völkerrechtes hinnehmen würde, finge es an allen möglichen Ecken unserer Erde an zu brennen. China würde sich Taiwan einverleiben, Erdogan sich ein paar griechische Inseln nehmen und so weiter. Andererseits darf die Entwicklung nicht immer weiter eskalieren, bis eines Tages die ganze Welt mit in den Abgrund gerissen wird.

Ich bin froh, dass ich mich in dieser Positionierung durch die ausführlichen Interviews, die General Kujat unserer *Preußischen Allgemeinen Zeitung* gegeben hat, bestätigt sehen darf. Als früherer Generalinspekteur der Bundeswehr und Vorsitzender des NATO-Militärausschusses analysiert er nicht nur mit profunden Kenntnissen die militärische Lage, sondern entwickelt auch – was leider selten ist – Konzepte für einen Waffenstillstand. Wenn jemand wie General Kujat seine Überlegungen in unserer PAZ publiziert, spricht dies für das hohe Ansehen, das sie seit dem Wechsel in der Chefredaktion genießt.

Ich lege Ihnen ein Abonnement der PAZ aber noch aus einem anderen Grund ans Herz. In dem Ostpreußenblatt, einem Teil der PAZ, können Sie sich Woche für Woche darüber informieren, was sich in der „ostpreußischen Familie“ so tut. Hier kündigen alle Kreisgemeinschaften und Landesgruppen ihre Veranstaltungen an und berichten anschließend über sie. Ferner hat das Ostpreußenblatt eigene Korrespondenten in Königsberg und Allenstein, die aktuell über die Entwicklungen in Ostpreußen berichten.

Liebe Landsleute, erlauben Sie mir noch ein Wort zur Situation der KGO. Wie Sie in der vorletzten Osteroder Zeitung sicher gelesen haben, waren wir von der geringen Teilnehmerzahl bei unserem letzten Jahrestreffen in Lüneburg enttäuscht. Auch die heutige ebenfalls sehr geringe Beteiligung macht deutlich, dass wir an einem Wendepunkt angekommen sind. Wenn wir jetzt nicht den Generationenwechsel schaffen, wird es schon bald keine Heimattreffen mehr geben. Aus diesem Grund haben wir als Festrednerin für das kommen-



„Wir kommen nach Lüneburg. Jetzt erst recht“: Teilnehmer des Osteroder Treffens in Hamm *Foto: Burghard Gieseler*

de Jahrestreffen in Lüneburg eine junge Frau eingeladen, die für mich den Generationenwechsel gerade verkörpert. Lena Hammann – so heißt sie – hat, noch als Schülerin, in einem Seniorenheim alten Menschen vorgelesen und lernte auf diese Weise eine alte Dame aus Ostpreußen kennen. Zwischen beiden Frauen entwickelte sich – über den unglaublichen Altersabstand von 80 Jahren hinweg – eine innige Freundschaft, die Lenas Leben nachhaltig geprägt hat. Sie schrieb über den schicksalhaften Lebensweg der alten Ostpreußerin sogar ein Buch, bevor diese im Alter von 103 Jahren verstarb. Danach fuhr Lena auf den Spuren ihrer Freundin nach Ostpreußen, kam dabei auch nach Hohenstein – und verliebte sich spontan in das Land der ‚dunklen Wälder und kristall’nen Seen‘. Hammann verkörpert jedoch nicht allein den Generationenwechsel, darüber hinaus zeigt uns ihre berührende Geschichte in vorbildlicher Weise, wie ein verständnisvolles, ja liebevolles Miteinander der Generationen gelingen kann.

In diesem Jahr begehen wir aber auch das 70-jährige Patenschaftsjubiläum mit dem Landkreis Göttingen. Der neue Landrat hat seine Teilnahme zugesagt, wovon wir uns sehr freuen. Wir wollen ihm für all die Unterstützung, die wir in den letzten 70 Jahren vom Landkreis erfahren haben, von Herzen danken. Auch deshalb bitte ich Sie: Kommen auch Sie, wenn Sie es irgend einrichten können, nach Lüneburg – und bringen Sie Ihre Nachkommen mit. Ihre Kinder und Enkel verdanken Ihnen so viel, da halte ich es durchaus für angemessen, wenn Sie ihnen sagen: ‚Es ist mein Wunsch, dass ihr einmal mitkommt. Das ist mir wichtig.’

Vor unserem Jahrestreffen am 15. und 16. September in Lüneburg fahren wir aber schon in zwei Wochen zu unserem nächsten Arbeitsbesuch nach Osterode. Das Programm ist wieder rappellvoll und ich will deshalb nur einen Termin herausgreifen, der mir besonders viel bedeutet: Der letzte noch lebende Abiturient des früheren Kaiser-Wilhelm-Gymnasiums – der in den USA lebende Prof. Armin Mruck, der in der kommenden Woche 98 Jahre alt werden wird, – hat den Wunsch, einen völkerverbindenden Schülerwettbewerb aus schreiben zu lassen, und hat dafür 1000,- Euro gestiftet. Am 18. Juni werden wir den neuen Direktor des heutigen Lyceums besuchen und mit ihm dieses großartige Projekt besprechen. Ich bin schon sehr gespannt.

Liebe Landsleute, wenn ich in wenigen Tagen nach Ostpreußen fahre, nehme ich Ihre Gedanken und Sehnsüchte mit in die Heimat.“



Kreisvertreter: Klaus Schütz, Friedensstraße 14, 42799 Leichlingen, Telefon (02175) 71886.

Alle Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de, Internet: www.kreisgemeinschaftsensburg.de

Sensburger Kreistreffen

Remscheid – Sonntag, 18. Juni, 11 Uhr, mk Hotel, Bismarckstraße 39, 42853 Remscheid: Kreistreffen. Festredner ist der Oberbürgermeister der Stadt Remscheid, Burkhard Mast-Weisz. Der Ostpreußenchor umrahmt die Feierstunde.

Wir heißen alle Gäste herzlich willkommen und freuen uns auf möglichst viele Teilnehmer.

Klaus Schütz



Ostpreußisches Landesmuseum

Die Kunst der Kügelgens

Führung durch die Kabinettausstellung „Die Kügelgens“ im Rahmen der Reihe „Museum Erleben“ mit Dr. Eike Eckert, Dienstag, 20. Juni, 14.30 Uhr, ermäßigter Museumseintritt zuzüglich 3,- Euro, inklusive Tee, Kaffee und Gebäck. Eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de ist erforderlich.

Der Maler Gerhard von Kügelgen war der wohl bekannteste Vertreter der an künstlerischen Talenten reichen Familie von Kügelgen. Er porträtierte deutsche Geistesgrößen wie Schiller, Goethe oder Herder und wurde später Professor an der Kunstakademie Dresden. 1820 fiel er in den dortigen Weinbergen einem Raubmord zum Opfer, und es war niemand Geringeres als sein Schüler Caspar David Friedrich, der den Gedenkstein für das Grab seines Malerfreundes entwarf. Zusammen mit seinem Zwillingenbruder Carl – ebenfalls ein erfolgreicher Maler – genoss Gerhard eine künstlerische Ausbildung, die beide nach Estland führte, wo sie zu Beginn des 19. Jahrhunderts als wichtige Impulsgeber bei der Entfaltung professioneller Malkunst gelten. Unter ihren Nachkommen gab es zahlreiche Künstler und Künstlerinnen, die gerade auch in Estland Spuren hinterließen. Einige ihrer Bilder sowie Werke der Malerzwillinge aus Familienbesitz sind in der Kabinettausstellung zu sehen und werden in den Zusammenhang mit dem Gesamtwerk gestellt.

Ostpreußisches Landesmuseum, mit Deutschbaltischer Abteilung, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg



Kreisvertreter: Michael Gründling, Dorotheenstraße 1, 06108 Halle/Saale.

Geschäftsstelle: Tanja Schröder, Tel.: (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe)

Ostpreußentreffen

Winsen (Luhe) – Sonnabend, 17. Juni, 9.30 Uhr Einlass, 10.30 Uhr Beginn, Marstall Winsen, Schloßplatz 11: gemeinsames Treffen der Kreisgemeinschaften Schloßberg und Ebenrode.

Nach der Begrüßung, den Grußworten des Patenkreises Harburg und der Stadt Winsen und der Andacht von Pfarrer i.R. Kurt Perrey wird eine Kooperationsvereinbarung zwischen den beiden Kreisgemeinschaften und dem Heimatmuseum Winsen unterzeichnet. Anschließend hält Prof. Dr. Thomas Heberer einen Vortrag zum Thema „Heimat im Wandel – Einige Ideen zur künftigen Aufgabengestaltung der Kreisgemeinschaften“.

Gegen 14 Uhr finden die Mitgliederversammlungen der beiden Kreisgemeinschaften statt. Die Schloßberger treffen sich in der Heimatstube, Rote-Kreuz-Straße 6 und die Ebenroder in der Brasserie, Schloßplatz 5. Ab 16 Uhr sind dann beide Heimatstuben für Besucher geöffnet. Für Landsleute und Freunde Ostpreußens gibt es schon am Freitagabend ab 19 Uhr ein geselliges Beisammensein in den Heimatstuben. *Der Vorstand*



Begrüßte die Osteroder Ostpreußen von Herzen: Bürgermeisterin Monika Simshäuser mit Organisator Waldemar Czichon *Foto: B. Gieseler*

URADEL IN OSTPREUSSEN

Wurzeln im Land der Prußen und im Westen

Zwei Adelslinien im Deutschordensstaat – Viele Adelige dienten im Militär des Staates Preußen

VON WOLFGANG KAUFMANN

In der langen Geschichte des Kurfürstentums Brandenburg beziehungsweise Königreiches Preußen fungierte der ostpreußische Adel als Stütze der Herrscherdynastie der Hohenzollern sowie als Sachwalter der Interessen des Landes und seiner Bewohner. Das gilt auch und gerade für den Uradel Ostpreußens. Zum sogenannten Uradel zählen in Deutschland gemeinhin alle Adelsgeschlechter, deren Ursprünge sich mindestens bis zum Jahre 1400 zurückverfolgen lassen.

Der ostpreußische Uradel setzt sich aus zwei sehr unterschiedlichen Segmenten zusammen: Denjenigen Adelsfamilien, deren Wurzeln in der Region liegen und die auf den alten preußischen Adel zurückgehen, stehen die im Verlauf der Eroberungszüge des Deutschen Ordens oder danach in Ostpreußen ansässig gewordenen Adelsgeschlechter mit Ursprüngen weiter im Westen gegenüber.

Zur ersteren Gruppierung gehören beispielsweise die Kalneins, Kalcksteins, Finckensteins, Mansteins, Gaudeckers und Perbandts. Die frühesten urkundlichen Erwähnungen beziehen sich hier unter anderem auf Personen aus dem ermländischen und samländischen Adel wie Gedune de Samethia (1255), Kirstanus de Kalksteyn (1284), Mansto de Samethia (1308) und Perbandt von Windekaym (1335). So verraten die alten Dokumente, dass der Kalksteyner und der Vorfahre der Mansteins namens Mansto von den Bischöfen des Ermlands Eigentumsrechte übertragen bekommen hatten. Gleichzeitig künden die Quellen aber auch von der ursprünglichen Unabhängigkeit vieler preußischer Edelge-



Zeuge adeliger Vergangenheit: Schloss Mohrungen der Dohna-Schlobitten; Alexander zu Dohna-Schlobitten (l.) war ab 1679 in kurbrandenburgischen Kriegsdiensten und Hauptmann der Ämter Mohrungen und Liebstadt



schlechter. Vor ihrem Arrangement mit dem Deutschen Orden, der im 13. Jahrhundert sukzessive die Kontrolle über Ostpreußen erlangte, waren sie keinem Lehns-herren verpflichtet.

Zu diesem alteingesessenen ostpreußischen Uradel preußischer Herkunft kamen die „Zuwanderer“, welche ab 1230 in den Ordensstaat einsickerten und hier Besitz erwarben. Das betraf unter anderem das Geschlecht der Lehndorffs aus dem angrenzenden Pomerellen, die Burggrafen zu Dohna, deren älteste Wurzeln

zwischen Dresden und Pirna lagen, die Herren von Kuenheim aus dem Elsass, die dem meißnischen Uradel entstammende Familie Wernsdorff sowie die Nachfahren des Nicolaus Brunserreyte aus dem Hause Bronsart von Schellendorf, dessen Herkunft sich ebenso im Dunkel der Geschichte verbirgt wie die von Hans und Jacob von Ponnau, also der Urväter des Adelszweiges von Ostau.

Für viele Jahrhunderte präsent

Fest steht aber, dass alle diese Adelsgeschlechter zur Zeit des Deutschen Ordens in Ostpreußen Lehen erhielten und anschließend für viele Jahrhunderte in der Region präsent blieben, bis Ostpreußen

nach dem Zweiten Weltkrieg in polnische und sowjetische Hände fiel. Davon zeugen ihre überall zu findenden ehemaligen Residenzen wie beispielsweise Schloss Steinort und Schloss Mohrungen,

Die Mehrzahl der ostpreußischen Uradeligen machte bis 1945 eine Karriere beim Militär. Einige Familien brachten sogar in unablässiger Folge hohe Offiziere hervor. So kamen aus den Häusern Kalckstein und Dohna gleich fünf preußische Generalfeldmarschälle, nämlich Christoph Wilhelm von Kalckstein und Ludwig Karl von Kalckstein sowie Alexander Burggraf und Graf zu Dohna-Schlobitten, Friedrich Ludwig Burggraf zu Dohna-Carwinden und Friedrich Burggraf und Graf zu Dohna-

Schlobitten. Letzterer heiratete im November 1809 die älteste Tochter des begnadeten Militärreformers Gerhard von Scharnhorst.

Die allermeisten preußischen Generäle stellte allerdings wohl das Geschlecht der Mansteins, wobei der prominenteste Träger des Namens Manstein, der Generalfeldmarschall der Wehrmacht Erich von Manstein, aber ein Adoptivsohn des preußischen Generalleutnants Georg von Manstein war und den Geburtsnamen Fritz Erich von Lewinski trug.

Im Zweiten Weltkrieg gingen die Militärs aus dem ostpreußischen Uradel teilweise sehr unterschiedliche Wege. So schloss sich der Generalmajor Heinrich Graf zu Dohna-Schlobitten dem Widerstand gegen Hitler an und wurde deswegen am 14. September 1944 hingerichtet. Dagegen avancierte der General der Panzertruppen Dietrich von Saucken noch am letzten Kriegstag zu einem der 28 höchstdekorierten Soldaten der Wehrmacht: Als Oberbefehlshaber der Armee Ostpreußen sorgte er im April 1945 dafür, dass 300.000 deutsche Zivilisten aus dem Raum Danzig nach Westen flüchten konnten, und erhielt am 8. Mai 1945 das Ritterkreuz mit Eichenlaub, Schwertern und Brillanten.

Ansonsten stellte der ostpreußische Uradel auch zwei Kriegsminister. Der General der Infanterie Paul Bronsart von Schellendorf übte das Amt von März 1883 bis April 1889 aus. Einige Jahre später, nämlich im Herbst 1893, folgte ihm sein jüngerer Bruder und Inhaber des gleichen Dienstgrades Walther Bronsart von Schellendorf nach, der dann seinerseits im August 1896 demissionierte.

Weitere Angehörige des ostpreußischen Uradels, die zivile Laufbahnen einschlugen, fungierten unter anderem als preußische Kanzler, Hofbeamte, Kammerherren, Landräte, Mitglieder des Herrenhauses, Reichstagsabgeordnete, Diplomaten, Juristen und Gestütsleiter.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Polnische Besucher gießen preußische Persönlichkeiten

„Kunst der Industrie“ – Dank der Industriada ist die deutsche Industriegeschichte um Kattowitz nicht wegzudiskutieren

Was die Extraschicht im Ruhrpott für die Bundesrepublik ist, die Industriada im Kattowitzer Industriebecken für die Republik Polen. Das oberschlesische Festival der Industriekultur ist die etwas jüngere Tochter des Ruhr-Festivals, das in diesem Jahr am 24. Juni stattfindet. Die Industriada beginnt eine Woche früher am 17. Juni und erstreckt sich auf die Woiwodschaft (Ober-)Schlesien. „Das ist die beste Werbung für unsere Woiwodschaft und für Ostoberschlesien. Es geht hier um die Tradition, die Geschichte dieser Region. Diese Veranstaltung ist ein identitätsstiftender Faktor, denn sie hilft, das Erbe anzunehmen, es zu pflegen und als Alleinstellungsmerkmal anzusehen“, sagt Ideengeber Jerzy Gorzelik von der Bewegung für die Autonomie Schlesiens.

Die Unterhaltung in Form von Spielen, Ausstellungen oder Konzerten, die am Tag der Industriada alle kostenfrei sind, dienen dazu, die Industriegeschichte „an den Mann zu bringen“. Die „Kunst der Industrie“ ist das Motto in diesem Jahr und für diese Verbindung steht die einstige Königlich-Preußische Eisengießerei zu Gleiwitz [Gliwice]. Heute ist sie eine Abteilung des Gleiwitzer Museums. „Denn mit dem 10. November 1796, an dem die Gleiwitzer Hütte nach englischem Vorbild als erste

aller festländischen Hütten den Hochofenbetrieb mit Koks aufnahm, beginnt ein neuer wichtiger Zeitabschnitt in der Entwicklung dieser Industrie, und insbesondere der Oberschlesischen“, schrieb Rudolf Seidel in seiner „Denkschrift zur Feier des hundertjährigen Bestehens der Königlich Eisengießerei zu Gleiwitz“ 1896.

Zweite Hütte Preußens

Dieser von Friedrich Wilhelm Graf von Reden (1752–1815) gegründete Staatsbetrieb war die zweite Hütte Preußens nach der 1754 gegründeten Eisenhütte im ebenfalls oberschlesischen Malapane [Ozimek]. Am Bau der Königlich Preußischen Eisengießerei in Gleiwitz war der Bauingenieur und Konstrukteur John Baildon (1772–1846) beteiligt. Bauingenieur und Hüttenbaudirektor Johann Friedrich Wedding (1759–1830) erbaute in Gleiwitz einen Kokshochofen.

Die Kunst zog mit Friedrich Ludwig Beyerhaus in die Gießerei zu Gleiwitz ein. Er wurde als erster Modelleur 1816 von Berlin dorthin berufen. Unter seiner Leitung setzte man die höchste Kriegsauszeichnung, das „Eiserne Kreuz“, nach dem Entwurf Karl Friedrich Schinkels um. Zu den bedeutenden Schülern von Beyerhaus gehört der in Paprotzan [Paprocany] bei

Tichau [Tychy] geborene August Kiß (1802–1865). Von ihm stammt die Amazone zu Pferde am Alten Museum zu Berlin.

Ein ebenso bedeutender Schüler von Beyerhaus war der Bildhauer Theodor Kalide (1801–1863), der sich auf Tierplastiken und Mensch-Tier-Gruppen spezialisiert hatte. Seine schlafenden oder wachenden Löwen sind noch vielerorts in Oberschlesien zu finden. Wie Kiß studierte auch Kalide Kunst in Berlin, wo er bis zu seinem

Tode ein Atelier – Unter den Linden, Ecke Pariser Platz – betrieben hat. Sein einziges, lebensgroßes sakrales Werk, eine Marienfigur, blieb an seinem Ursprungsort, der Heiligkreuzkirche in Miechowitz [Miechowice], einem Stadtteil vom Beuthen [Bytom], erhalten.

Das heutige Museum zu Gleiwitz, zu dessen Abteilungen das Kunsteisengussmuseum in der ulica Bojkowska 37 gehört, ist dank einer „Schenkung“ der Gleiwitzer

Fabrik für Technische Geräte im Besitz bedeutender Modelle und Gussformen. Doch allein schon das Museumsgebäude ist einen Besuch wert. Es befindet sich in den Tagesanlagen der einstigen Gleiwitzgrube. Diese wurden von 1912 bis 1914 von den Berliner Architekten Emil und Georg Zillmann entworfen. Kustodin Anna Kwiecień weist darauf hin, dass es seit 2007 eine Zusammenarbeit mit der Stiftung Stadtmuseum Berlin und dem Rheinischen Eisenkunstguss-Museum Sayn gibt. Die damals entstandene gemeinsame Schau „Europäischer Eisenkunstguss“ half dem Gleiwitzer Museum zum Durchbruch in der gesamt-polnischen Museumslandschaft.

Bedeutende Modelle und Gußformen

Während der Industriada werden Besucher in die Welt der Modelleure und Graveure eintauchen sowie anhand alter Formen Gips-Medaillen mit dem Konterfei preußischer Persönlichkeiten gießen können. Es werden Führungen mit Vorträgen zur Geschichte der Königlich-Preußischen Eisengießerei, allerdings in polnischer Sprache, angeboten, doch das Museum verfügt über deutschsprachige Publikationen zu der Gießerei.



Modell zum Selbergießen: Wachender Löwe von Theodor Kalide im Kunsteisengussmuseum zu Gleiwitz

Foto: Wagner

Chris W. Wagner

VOR 175 JAHREN

Stralsund – die Wiege der Marine

Die Entstehung der Reichsflotte – Wechselvolle Geschichte des Stützpunkts an der Ostsee

VON HANSESTADT STRALSUND

Am 14. Juni 1848 beschloss die in Frankfurt am Main tagende Deutsche Nationalversammlung die Schaffung einer Flotte für das im Entstehen begriffene Deutsche Reich. In den zeitgenössischen Dokumenten tauchen dafür verschiedene Bezeichnungen auf, die Historiker haben sich heute weitgehend auf den Begriff Reichsflotte geeinigt. Dieser Beschluss gilt gemeinhin als Geburtsstunde der Deutschen Marine. Tatsächlich folgte ihm aber nur wenig (siehe auch PAZ vom 9. Juni).

Nach dem Scheitern des Versuchs, einen deutschen Nationalstaat zu schaffen, wurde auch der Plan zur Schaffung einer Deutschen Kriegsmarine wieder zu den Akten gelegt. Die Schiffe wurden größtenteils von den deutschen Einzelstaaten, die sie zur Verfügung gestellt hatten, wieder zurückgenommen, der Rest im Jahr 1852 verkauft.

Das einzige echte Kriegsschiff, eine gekaperte dänische Fregatte, übernahm Preußen. Hintergrund dieser Bestrebungen war der erste deutsch-dänische Krieg von 1848 bis 1852, der auch auf der Ostsee ausgetragen wurde, vor allem in Form einer Blockade der deutschen Häfen, die aufgrund fehlender Kriegsschiffe nicht verhindert werden konnte.

Preußen als Ostseerainer

In diesem Kontext sind auch die Anstrengungen Preußens als größtem deutschen Ostseerainer zum Schutz seiner Küsten zu sehen, die zur selben Zeit stattfanden. Ende April 1848 trat eine Kommission unter Leitung Prinz Adalberts von Preußen, der auch bei der Bildung der Reichsflotte eine wichtige Rolle spielte, zusammen, deren Aufgabe es war, Maßnahmen zur besseren Verteidigung der preußischen Ostseeküste, die immerhin von Ahrenshoop bis Memel reichte, auszuarbeiten (PAZ vom 2. Juni). Man beschloss, eine eigene Kriegsmarine aufzubauen, wofür König Friedrich Wilhelm IV. am 23. Mai 1848 seine Genehmigung erteilte.



Aus der Luft gesehen: Die Insel Dänholm mit dem Marinemuseum und die Hansestadt Stralsund

Fotos: Stadtarchiv (2)

Stralsund kam in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle zu, denn die Stadt sollte einer der Hauptstützpunkte



Um das Jahr 1880 herum: Die Bastion Kron-Lastadie mit Kanonenschuppen

der neuen Kriegsmarine werden. Zunächst wurden Schiffe, vor allem Kanonenboote, gebaut, eines davon im Sommer 1848 in Stralsund. Dieses wurde durch Spenden der Stralsunder finanziert und unter Anwesenheit des Prinzen Adalbert am 10. August 1848 zu Wasser gelassen. Es erhielt den Namen „Strela-Sund“.

Hafen und Marindepot

Am 29. Mai 1850 übergab die Stadt Stralsund die Insel Dänholm an das preußische Kriegsministerium. Dort wurde ein Hafen gebaut, um die bislang im Kron- und Fischereihafen liegenden Kriegsschiffe, die wohl eher als Boote zu bezeichnen sind, unterzubringen. Im November 1851 war der Hafen fertig. Zusätzlich wurde ein Marindepot gebaut und in den folgenden Jahren auch Kasernen für die zur Bewachung stationierten Soldaten.

Nach der Einverleibung Schleswig-Holsteins durch Preußen 1867 lief Kiel Stralsund bald den Rang als Marinestützpunkt ab. 1871 wurde das Marindepot auf der Insel Dänholm aufgelöst. In die Kasernen zog zwei Jahre später Infanterie ein, nachdem auf der Insel zwischenzeitlich ein Lager für französische Kriegsgefangene aus dem Krieg 1870/71 eingerichtet worden war.

Damit endete das erste Kapitel der Marine in Stralsund. Erst nach dem Ersten Weltkrieg wurde die Stadt erneut Standort für Marineeinheiten. Aber das ist ein anderes Kapitel.

Seit 1992 informiert das auf der Insel gelegene Marinemuseum Dänholm über die Geschichte der Marine und die weitere Militärgeschichte. www.stralsund-museum.de

KÜNSTLER

Der Bildhauer Martin Meyer-Pyritz

Wegen seiner gelungenen Tierplastiken wurde er auch „Tiermeyer“ genannt

Tiere lebensecht zu modellieren gelingt nicht jedem Künstler. Doch Martin Meyer-Pyritz gelang dieses virtuos. So erfreuten sich seine verschiedenen Motive großer Beliebtheit. Liebenswerte Dackel, natürlich auch andere Hunde, Esel, der stolze Adler, der Marabu und vieles mehr. Man kann diese Plastiken noch heute in Auktionen finden. In der ZDF-Sendung „Bares für Rares“ tauchte unlängst eine Dackelgruppe auf. Für den Zoologischen Garten Berlin schuf er verschiedene Tierplastiken und stattete U-Bahnstationen in Berlin künstlerisch aus.

In der U-Bahnstation Rüdeshheimer Platz sieht man noch heute von ihm geschaffene Keramikelemente. Das Thema war: „Leben in einem Weinberg“ mit Weinblättern, Trauben, Insekten und Kriechtieren. Auch mit der künstlerischen Ausstattung des U-Bahnhofs Breitenbachplatz in Berlin wurde er beauftragt. Außerdem schuf er Skulpturen und Denkmale in verschiedenen Städten Deutschlands, unter anderem 1931 ein Relief an dem Grab des Reichskanzlers Hermann

Müller-Franken auf dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde. Seine besondere Gabe, Tiere darzustellen, brachte ihm den Namen „Tiermeyer“ ein, was schon einer Auszeichnung gleichkommt.

Martin Meyer wurde am 6. November 1870 in Pyritz geboren. Die künstlerische Ader lag in der Familie, auch sein älterer Bruder Georg Renuat Meyer, der sich später Georg Meyer-Steglitz nannte, war Bildhauer. Martin studierte von 1892 bis 1896 an der Akademie der Künste bei Peter Breuer und Ernst Herter. Später war er in einem Atelier der Akademie tätig, seine Werke stellte er auf Berliner Kunstausstellungen und sogar im Münchner Glaspalast aus. Darüber hinaus betrieb er in einem Atelierhaus in Berlin-Wilmersdorf eine eigene Werkstatt. Er war Mitglied des 1903 gegründeten Künstlerbundes.

Historisch interessanter Ort

Meyer-Pyritz starb am 11. August 1942 im Alter von 71 Jahren in Berlin. Auf dem Friedhof der Bethlehemsgemeinde in Berlin-Kreuzberg fand er seine letzte Ruhe.



Das Herz eines Dackelfreundes schlägt höher bei dem Anblick dieser Plastik: Mit Glück kann man auf Auktionen Angebote mit Werken von Meyer-Pyritz finden

Sein ursprüngliches Grab ist nicht erhalten, es wurde wahrscheinlich im Zweiten Weltkrieg zerstört. Nach Wiederauffinden seiner Grabplatte legte die Friedhofsverwaltung eine Gedenkstätte für ihn in Form eines Grabmals an.

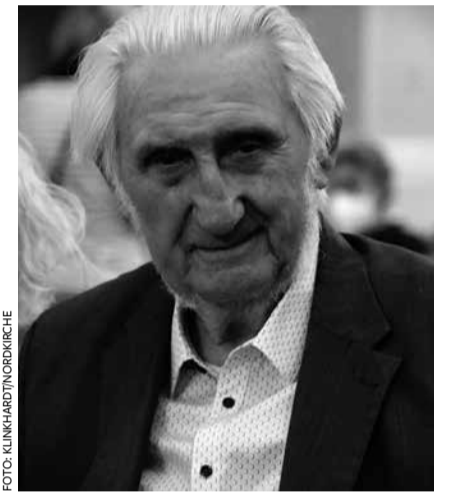
Seine Heimatstadt Pyritz [Pyrzyce] liegt im fruchtbaren und einst wohlhabenden Weizacker Land. Davon zeugen auch heute noch die prachtvollen Weizacker Trachten, welche die Trachtengruppe „Ihna Erlangen“ bei ihren Auftritten stolz präsentiert.

Pyritz ist historisch sehr interessant. Hier hat Bischof Otto von Bamberg am 12. Juni 1124 anlässlich seiner ersten Missionsreise die ersten Pommern getauft. 1263 verlieh Herzog Barnim I. dem Ort das Magdeburger Stadtrecht. Gute Zeiten wechselten sich mit Katastrophen ab. Im Laufe der Jahrhunderte wurde die Stadt von Bränden heimgesucht, und auch der Dreißigjährige Krieg hinterließ Spuren. Als einschneidendste Zäsur ist aber die Vertreibung der angestammten Bevölkerung nach 1945 zu nennen. *Brigitte Stramm*

MELDUNGEN

S-Bahn-Ausbau, Blue Wave und Windräder

Greifswald – Wie der Pommerische Evangelische Kirchenkreis mitteilte, ist der ehemalige Leiter der Kirchenmusikschule, der künstlerische Leiter der Bachwoche und Domkantor, Manfred Schlenker, am 5. Juni gestorben. Zur Erinnerung wird am 17. Juni auf der 77. Bachwoche in St. Marien sein Osterchoral gesungen. *TS*



Manfred Schlenker (1926–2023)

Stettin – SKM, die S-Bahn der Odermetropole, plant die Erneuerung von Haltestellen und Infrastruktur. Bis Ende des Jahres sollen die Arbeiten nach Greifenhagen (Linie 2) und nach Gollnow (Linie 4) abgeschlossen sein. Die vorgesehenen Baumaßnahmen in Altdamm und Finkenwalde gehen bis Ende 2024. *TS*

Penkun – Noch in diesem Sommer sollen beim örtlichen Schloss der Torbogen und die Kutschenremise saniert werden. Auch ist die Dachdeckung der Berittmeister-Unterkunft bis Ende des Jahres vorgesehen. Ein entsprechender Fördermittelbescheid von 42.000 Euro aus dem Vorpommern-Fonds wurde kürzlich übergeben. *TS*

Gollnow – Der etwa 2,5 Meter breite und über 23 Kilometer lange Radweg am Westufer des Dammschen Sees – von Stettin über Lübz nach Ihnamünde – ist nun fertiggestellt. Er ist Teil einer 300 Kilometer langen Schleife rund um das Stettiner Haff. Herausfordernd waren Bodenverhältnisse und die Umsetzung durch Auftragnehmer. *TS*

Swinemünde – Was wird aus dem „Fort Gerhard“ bei Osternothafen, einer der am besten erhaltenen preußischen Küstenbefestigungen? Seit der Einrichtung einer Sicherheitszone um das Flüssiggas-Terminal sind Fort und Leuchtturm nur noch über eine Schiffslinie erreichbar. Der Rückgang der Touristen beträgt seither etwa 90 Prozent. *TS*

Binz – Seit 25 Jahren findet im Ostseebad Binz das „Blue Wave Festival“ statt. Auch am vergangenen Wochenende trafen sich auf Rügen wieder internationale Größen von Blues bis Jazz. Mit dabei waren unter anderem der populäre Boogie-Woogie-Musiker Ulf Sandström und der charismatische Stefano Barrigazi aus Sizilien. *TS*

Kolberg – Die Orlen-Gruppe erhielt eine Konzession zur Errichtung von Offshore-Windparks etwa 30 Kilometer vor der Küste von Kolberg und Leba. Die Windräder sollen eine Höhe von 240 bis 260 Metern und Turbinen mit einer Leistung von 14 bis 15 Megawatt haben. Damit sollen zusätzliche Arbeitsplätze entstehen. *TS*

„Der Euro gefährdet den europäischen Frieden“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Ganz wunderbare Analyse. Geschichte zum Begreifen und Anfassen“

Chris Benthe, Dresden

zum Metternich-Thema: Vertreter einer starken Mitte Europas (Nr. 19)



Ausgabe Nr. 22

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

POPULISTISCHE GRÜNE

ZU: DIE QUITTUNG FÜR DAS LANGE IGNORIEREN DES BÜRGERWILLENS (NR. 22)

Vielen Dank für diese Analyse der Ursachen der wachsenden Beliebtheit der AfD und die Feststellung, dass das Ignorieren des Wählerwillens durch die Regierung schon lange Tradition hat. Allerdings gebraucht der Autor den Begriff „Populisten“ für meinen Geschmack zu sehr in dem Sinne, dass er nur auf die AfD zutrifft. Der Begriff „Populist“ ist zur billigen Allzweckwaffe verkommen für alle, denen es darum geht, die AfD oder deren Vertreter zu diffamieren.

Wenn Populismus dadurch gekennzeichnet ist, dass er mit der drastischen Darstellung der politischen Lage und dem Propagieren einfacher Lösungen Zustimmung gewinnen will, wo finden wir ihn dann derzeit auch? Meines Erachtens bei der Fraktion, die den Klimanotstand ausruft und in Windrädern und Photovoltaik das alleinige Heil sucht.

Jörg Neubauer, Neu-Isenburg

Anmerkung der Redaktion: Nach dem Einzug der AfD in den Bundestag hat der damalige Partei- und heutige Ehrenvorsitzende Alexander Gauland in diversen Wortmeldungen seine Partei als „populistisch“ bezeichnet. Insofern ist es legitim, wenn Medien diesen Begriff in Verbindung mit der AfD verwenden. Eine Wertung muss damit nicht verbunden sein.

AN DER SEITE RUSSLANDS

ZU: DIE QUITTUNG FÜR DAS LANGE IGNORIEREN DES BÜRGERWILLENS (NR. 22)

Schon die französischen Könige sahen sich seit jeher als selbstverständlich gottgegebene Herrscher ihrer Welt, beginnend mit Karl dem Großen. Deswegen kann der Aachener Karlspreis keine Auszeichnung der Freiheit sein. Ludwigs XIV. Versuche führten jedoch zu nicht viel mehr als der Eroberung der Niederlande, des Elsass, Straßburgs und Lothringens,

der Verwüstung der Pfalz und 1689 zur Zerstörung von Heidelberg.

Napoleons Idee eines europäischen Einheitsstaates unter dem blau-weiß-roten Banner der verratenen Revolution ging eigentlich schon in den Flammen Moskaus zugrunde.

Als sich Silvester 1812 die unterworfenen preußischen Truppen unter Yorck noch vor dem Rückzug der Franzosen weigerten, weiterhin gegen Russland zu kämpfen, war das der Beginn eines Volksbefreiungskrieges an der Seite Russlands, sodann der deutschen Einigung und wurde so zur Wurzel eines freundschaftlichen Verhältnisses, das im Kern zwei Weltkriege und sogar die Herrschaft des Faschismus sowie sozialpolitische Unterschiede überdauerte.

Lesen Sie einfach mal die Erinnerungen von Teilnehmern dieses Feldzuges!

Harald Schneider, Gera

EURO GEFÄHRDET DEN FRIEDEN

ZU: DIE QUITTUNG FÜR DAS LANGE IGNORIEREN DES BÜRGERWILLENS (NR. 22)

Die Zeitungsleser werden derzeit mit Berichten zum 25. Geburtstag der Europäischen Zentralbank (EZB) nahezu überhäuft. Oftmals im Stile von Hurra-Clubs, anders kann man das fast nicht bezeichnen. Dass die Deutschen für diese Institution und den damit verbundenen Euro ihre einstmaligen megastabile D-Mark opfern mussten, scheint nur wenige zu interessieren. Aber was soll's: Am Ende war dies wohl der wirkliche Preis der deutschen Wiedervereinigung. Ohne Euro kein Zusammenschluss der alten Bundesrepublik mit der DDR, das hätten sicher nur wenige gewollt.

Doch wer im Internet offenen Auges unterwegs ist, wird die Euro-Skeptiker nicht übersehen können mit ihren Argumenten gegen den Euro: Der deutsche Export in andere Euro-Länder ist durch den Euro von 46 auf 37 Prozent gesunken; der Steuerzahler haftet für Schulden von Krisenländern; eine starke Währung wie die

D-Mark zwingt die Industrie produktiver und innovativer zu werden.

Die Krisenländer sind ohne Euro besser dran. Der Euro gefährdet derzeit den europäischen Frieden. Und auch für die Menschen präsentiert sich am Ende doch ein desaströses Ergebnis: Die Preise wurden oft vor der Währungsumstellung 2002 schon massiv erhöht und dann im Verhältnis D-Mark zu Euro eins zu eins umgestellt, die Löhne und Gehälter nebst den Spareinlagen aber durch 1,95583 geteilt. Nicht nur ein horrender Preisschub für den Verbraucher war die Folge.

Mit der Banken- und Schuldenkrise begann dann eine beispiellose Talfahrt der Zinsen bis hin zu einer Minuszinspolitik, die eine weitere massive Entwertung des Geldes zur Folge hatte. Die EZB griff viel zu spät mit nach wie vor zu niedrigen Zinsen ein.

Und dann auch noch die negative Krönung der Währungspolitik der EZB, dieser Einrichtung des Unheils: die sogenannten Anleihekäufe. Damit wurde noch gutes Geld dem bereits verlorenen und schlechten Geld hinterhergeworfen.

Der Euro ist also alles in allem ein „Teuro“, und so sollte diese Währung auch heißen. Das ist doch die wahre Bilanz von 25 Jahren EZB. Aber die wollen die Autoren der Jubelartikel in anderen Zeitungen auf die EZB wohl nicht sehen.

Claus Reis, Schwabach in Franken

DEUTSCHE BAUEN ISLAM AUF

ZU: DAS MISSTRAUEN STEIGT (NR. 22)

Als eingewanderte türkischstämmige Deutsche kann ich mich über dieses System nur wundern. Während wir Frauen vor dem Islam flüchten, bauen ihn sich die Deutschen im eigenen Land auf, bezeichnen Kritiker als rechts und tabuisieren jeden Patriotismus, um dann aber mit dem Finger selbstgerecht auf andere Länder zu zeigen.

Für mich ist Linksgrün dem Parteiensystem in der Türkei ebenbürtig. Ich werde ganz sicher niemals die Grünen oder

den Rest der Linken wählen, weil sie der Integration mehr schaden als eine AfD.

Irem Kara, Köln

ISRAEL UND SÜDAFRIKA

ZU: DIE RICHTIGE ANTWORT (NR. 22)

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass Israel und Südafrika ab Anfang der 1970er Jahre auf wissenschaftlichem und militärischem Gebiet eng zusammenarbeiteten, so etwa auch an der gemeinsamen Entwicklung von Atomwaffen. Genau deshalb kühlte sich das bilaterale Verhältnis nach der Regierungsübernahme durch den ANC 1994 ab, zumal man Israel des weißen Rassismus und als Apartheid-Staat bezichtigte.

Mit Erstaunen berichtete Generalmajor Fumanekile Gqiba, in den Jahren 2004 bis 2008 südafrikanischer Botschafter in Israel, von seinen Erfahrungen, die sich in weiten Teilen nicht mit diesem Israel-Bild deckten, weshalb er der Analogie nicht zustimmen wollte. So sagte er über seine Zeit in Tel Aviv: „Bevor ich hierher kam, betrachtete ich Juden als Weiße ... Aber dann stellte ich fest, dass sie keine reinen Weißen sind, denn es gibt indische, afrikanische und sogar chinesische Juden. Ich sagte unseren Kameraden: Nein, Israel ist kein weißes Land ... Vielleicht diejenigen, die aus Polen kamen, die zufällig weiß waren und deren Kultur immer noch dominiert. Es ist schwer zu sagen, dass Israel im klassischen Sinne rassistisch ist.“

Wolfgang Reith, Neuss

ENTWEICHTE HERZKAMMER

ZU: KEIN JUBEL ZUM JUBILÄUM (NR. 22)

Es mag für einen Nicht-Sachsen vielleicht pathetisch klingen, aber durch diesen frevelhaften, brutalen Akt des Diebstahls (im Grünen Gewölbe, d. Red.) und das lächerliche Strafmaß, ist die „Herzkammer“ des alten Dresden entweicht.

G. Michael Wolf, Stuttgart

ANZEIGE

Jetzt bestellen!

Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

Das große Vorsorge-Set

Treffen Sie rechtssichere Vorsorge – sonst entscheiden andere für Sie!

■ Ärzte, Notare und Behörden empfehlen die rechtzeitige Absicherung des Patientenwillens durch individuell erstellte Vorsorgedokumente wie **Vorsorgevollmacht**, **Betreuungsverfügung** oder **Patientenverfügung**. Alle Unterlagen, die Sie benötigen, finden Sie in diesem neuen **Vorsorge-Set**. Mit den Vorlagen und Anleitungen in diesem Set regeln Sie alle persönlichen Angelegenheiten umfassend, einfach und rechtssicher!

Wir können nicht in jedem Notfall davon ausgehen, dass wir noch eine verbindliche Willenserklärung abgeben können. Deshalb ist rechtzeitiges Vorsorgen in jedem Alter (!) eine Notwendigkeit. Durch eine **Vorsorgevollmacht** kann eine amtliche Betreuung abgewendet werden.

Nicht einmal ein Ehepartner hat ein verbindliches und automatisches Recht zur juristischen Vertretung, wenn der andere Partner nicht mehr geschäftsfähig ist. Bei nicht verheirateten Paaren ist das ohne Vorsorgevollmacht in keinem Fall gegeben, dasselbe gilt für volljährige Kinder.

Entscheiden Sie selbst, was mit Ihnen geschieht!

Deshalb ist es so wichtig, Daten und Fakten zu dokumentieren und eine Willenserklärung abzugeben, was geschehen soll, wenn wir uns nicht mehr mündig äußern können. Zentrale Vorgabe dazu ist die **Vorsorgevollmacht**.

Notwendig sind außerdem die **Betreuungsverfügung**, die weitere juristische Belange abdeckt, und die **Patientenverfügung** mit den damit zusammenhängenden Fragen zur medizinischen Behandlung und zu den ethischen und religiösen Einstellungen des Lebens.

Insbesondere dann, wenn ein Sterben nicht mehr zu vermeiden ist, werden so die verbindlichen Wünsche des Patienten für eine Behandlung dokumentiert. Dies berührt sensible Wertvorstellungen zum Leben und zum Tod.

Behandelt werden auch die **Generalvollmacht** oder die **Bankvollmacht** und wie diese Vollmachten und Verfügungen am besten aufbewahrt werden, damit diese im Notfall auf Papier oder digital hinterlegt auch verfügbar sind.

Das gute Gefühl, alles geregelt zu haben!



Preis-Hit
nur 9,99 €

Markus König: **Meine Vollmachten für den Notfall**
Paperback • 127 Seiten • durchgehend farbig illustriert
Best.-Nr. 989 200

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Mit Vorlagen, Anleitungen zum Ausfüllen und Hinweisen zur Rechtsverbindlichkeit

SPECIAL OLYMPICS

Weltmeisterlich mit Behinderung

Erstmals in Deutschland – Die weltweit größte inklusive Sportveranstaltung findet vom 17. bis 25. Juni in Berlin statt

VON SILVIA FRIEDRICH

Niemand anderes als der Neffe des ermordeten US-Präsidenten John F. Kennedy, Timothy Shriver, wird bei der Eröffnungsfeier der Special Olympics am 17. Juni im Berliner Olympiastadion das Grußwort sprechen und mit den Athletensprechern gemeinsam die Fahnen hissen.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Schirmherr der Spiele, eröffnet danach im Beisein namhafter Künstler, Schauspieler, Musiker und Sportler wie Eiskunstläuferin Katharina Witt die Special Olympic World Games, bei denen es sich, anders als bei den Paralympics, bei denen es um Menschen mit körperlicher Beeinträchtigung geht, um die weltweit größte inklusive Sportveranstaltung für Menschen mit geistiger oder mehrfacher Behinderung geht, die alle zwei Jahre stattfindet. Gleichzeitig ist es das größte internationale Sportturnier Deutschlands seit den Olympischen Sommerspielen 1972 in München.

Vom 17. bis zum 25. Juni werden in Berlin und Umgebung 7000 Athleten aus aller Welt, genauer aus 190 Ländern, in 26 Sportarten um Siege und 130 Medaillen ringen. Bevor es losgeht, wurde am 7. Juni traditionell die „Special Olympics Flame of Hope“, die Flamme der Hoffnung, in Athen in Griechenland entzündet und danach durch 216 deutsche Städte getragen, die sich als Gastgeberstädte, sogenannte „Host Towns“ für die Spiele bewarben. Die Athleten haben so die Möglichkeit in den Städten, Gemeinden und Kommunen, das Land, die Menschen und Regionen besser kennenzulernen. Symbolisch soll das durch die Gemeinden getragene Feuer für das kommende Ereignis begeistern, ehe die Flamme am Eröffnungstag im Berliner Olympiastadion eintrifft.

Als im November 2018 der Veranstalter Special Olympic International (SOI) die Weltspiele wegen der gut ausgebauten, vorteilhaften Veranstaltungsinfrastuktur Berlins und überzeugender Vorstellung der Weltspiele an die deutschen Ausrichter Special Olympics Deutschland (SOD) vergab und der Ausrichtervertrag 2020 im Schloss Bellevue im Beisein des Bundespräsidenten Steinmeier unterzeichnet wurde, setzte dieser mit seiner Bereitschaft, als Schirmherr zu fungieren, ein sichtbares Zeichen für die Förderung von Inklusion, um als Zukunftstraum eine inklusive Gesellschaft durch die verbindende Kraft des Sports zu schaffen und Menschen mit geistiger Behinderung einen gleichberechtigten Zugang zu Sport, Bildung, Kultur und Gesundheitsversorgung zu ermöglichen.

Teure Inklusionsveranstaltung

Der Organisator der Spiele, das lokale Organisationskomitee der Special Olympic Games Berlin 2023 (LOC), hat einiges zu tun. Nicht nur die 7000 Athleten und ihre 3000 Trainer und Betreuer müssen untergebracht werden, sondern auch die 20.000 freiwilligen Helfer und 9000 mitreisenden Familienmitglieder. Auch in sogenannten „Unified-Teams“ werden Menschen mit und ohne geistige Behinderung gemeinsam Sport treiben und an Wettbewerben der Weltspiele teilnehmen.

Was aber ist nun genau mit Inklusion gemeint? Abgeleitet vom lateinischen Begriff „include“, also „einschließen“, ergibt sich daraus der Sinn und die Hoffnung, dass kein Mensch aufgrund seines Alters, seiner Religion, Hautfarbe oder Behinderung ausgeschlossen oder diskriminiert werden darf, um gleichberechtigt



Vorfreude auf die Special Olympics: Viele junge Menschen mit geistigen Behinderungen haben sich über Jahre auf die internationalen Wettbewerbe in Berlin vorbereitet

am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können.

Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, gerade im sportlichen Bereich Menschen mit und ohne geistige Beeinträchtigungen zusammenzubringen. Somit werden die Spiele von Bund und Land Berlin mit je 48 Millionen Euro gefördert. Die Gesamtkosten der Spiele belaufen sich auf circa 130 Millionen Euro, die durch Ticketverkauf, Sponsoren, Land und Bund abgedeckt werden sollen.

Bereits seit dem 10. Juni wird von den Veranstaltern bereits zu einem Kulturprogramm in der Stadt eingeladen und im Humboldt-Forum (siehe unten) eröffnet. Ein buntes Programm mit Theater, Musik, Familiensportfest, Konzertabend, der

Fête de la Musique und vielem mehr erfreut Besucher und Teilnehmer an Lokaltäten, wie dem Brandenburger Tor, dem Neptunbrunnen und dem Sommergarten der Messe Berlin.

Kennedy-Clan als Initiator

An acht verschiedenen Orten Berlins und außerhalb in Bad Saarow finden 26 Wettkämpfe statt mit Fußball, Handball, Basketball und anderen bekannten und weniger bekannten Sportarten, wie Futsal (Hallenfußball) sowie zwei Demonstrationssportarten (Hockey und Rudern), die nur vorübergehend ausgewählt wurden, um die Resonanz beim Publikum zu testen. Gastgeber Deutschland stellt mit 355 Athleten, 59 Unified Partnern, die von

133 Trainern, Ärzten und Fotografen begleitet werden, mit 574 Personen die größte Delegation der Spiele.

Empfangen und begleitet werden alle Sportler von einem herzförmigen Maskottchen namens „Unity“, also Einigkeit, dessen Betitelung von nationalen und internationalen Athleten und Unterstützern der Special Olympics Bewegung mittels eines digitalen Workshops ermittelt wurde. Inklusion, Liebe und Zusammensein soll es vermitteln.

Die heute so bedeutenden Spiele haben einen traurigen Hintergrund. Die missglückte Hirnoperation der Kennedy-Tochter Rosemary in den 1940er Jahren führte zu einer heftigen Verschlimmerung ihrer Gesundheit. Rosemary kam in eine

Heilanstalt, während die jüngere Schwester Eunice unter dem strikten Besuchsverbot des Vaters litt, der die kranke Tochter, wie damals fast überall üblich, einfach abgeschoben hatte.

Aus dem vermutlich schlechten Gewissen heraus rief Eunice die Initiative ins Leben, Menschen mit geistigen Behinderungen zu unterstützen. So richtete sie anfangs im Garten ihrer Farm „Timberlawn“ ein Freizeitcamp für die „vergessenen Kinder“ ein, mit denen auch ihr kleiner Sohn Timothy spielen durfte und sollte, was diesem in der Rückbesinnung sehr gefiel. Ihm war es nicht bewusst, dass es sich um besondere Kinder handelt, er wollte nur mit ihnen spielen. Bald wurde daraus mehr, und Eunice holte auch ihre Schwester Rosemary wieder in die Familie zurück.

Gewinnen – oder das Beste geben

In ihrer Antrittsrede zur Eröffnung der ersten Special Olympics im Sommer 1968, an denen 1000 Athleten aus den USA und Kanada teilnahmen, zitierte Eunice Kennedy-Shriver die Gladiatoren im alten Rom, welche die Arena mit den Worten betreten: „Lass' mich gewinnen. Aber, wenn ich nicht gewinnen kann, lass' mich bei dem Versuch mutig sein.“ Aus diesem Satz entstand der noch heute gültige offizielle Eid „Ich will gewinnen! Doch, wenn ich nicht gewinnen kann, so will ich mutig mein Bestes geben!“

Vorsitzender der Special-Olympics-Bewegung ist heute genau der Mann, der bereits als kleiner Junge im Garten seiner Eltern mit den Kindern spielte, die von geistigen Beeinträchtigungen gezeichnet waren und zu damaliger Zeit wenig Chancen bekamen, sich gleichberechtigt am gemeinschaftlichen Leben zu beteiligen: Timothy Shriver.

Wenn am 25. Juni am Brandenburger Tor die Weltspiele ihr feierliches Ende finden, wird das Motto der Spiele „Zusammen Unschlagbar“ sicherlich mit prallem Leben erfüllt worden sein.

„Wir sind dabei“: Kulturprogramm im Humboldt-Forum

Anlässlich der Special Olympics bietet das Humboldt-Forum bis 10. Juli inklusive Kulturangebote: von einer Pop-up-Ausstellung in der Treppenhalle über das RambaZamba-Theater im Humboldt-Labor, Hör- und Tastführungen, Führungen in Einfacher Sprache bis hin zu einer gemeinsamen Mal-Aktion im Schlüterhof. Alle barrierefreien Führungen und Veranstaltungen sind im Zeitraum der Special Olympics kostenlos.

Pop-up-Ausstellung in der Treppenhalle: Special Olympics Portrait Project

Luca Siermann fotografiert seit 2004 Athleten bei den Special Olympics. Die fotografische Auseinandersetzung mit Menschen, ob als Studioporträt oder Reportagebild, ist in den vergangenen Jahren ein fester Bestandteil seiner Arbeit geworden. Getragen von einem strengen gestalterischen Rahmen – weiße Hintergründe, Querformat und Schwarz-Weiß-Fotografie – schafft er eindringliche, sehr persönliche Porträts der Sportler.

Ungehindert – Tandemführung in Einfacher Sprache: Ethnologisches Museum und Museum für Asiatische Kunst, am 19. Juni

Neugierig sein ist gewünscht: In der Sammlung des Ethnologischen Museums gibt es ganz große, aber auch winzige kleine Figuren aus verschiedenen Regionen Afrikas. Musikinstrumente in den buntesten Farben und außergewöhnliche Materialien, Masken und Kostüme aus Ozeanien können angeschaut werden. In der Führung werden Geschichten erzählt und wird Musik gehört. Einige riesige Bauten wie ein Boot aus Fidischi und ein Haus aus Ozeanien können sogar betreten werden.

Mal-Aktion unter freiem Himmel im Schlüterhof am 24. Juni

Die Ausstellung „Berlin Global“ im Humboldt-Forum lädt ein: Mit Pinseln, Paletten und Farbe auf zur Leinwand! Im Hof des Humboldt Forums warten großformatige Leinwände auf alle Besucher mit ihren Gestaltungsideen. Gemeinsam mit

den Künstlern der Kunstwerkstatt Kreuzberg können sie einen Nachmittag lang kreativ werden.

„Schwärmen“. RambaZamba-Theater im Humboldt-Labor: 5. bis 7. Juli

Das RambaZamba-Theater Berlin gilt als das wichtigste integrative Theater Deutschlands. In der Aufführung „Schwärmen“ inszeniert das inklusive Ensemble des Theaters ein Stück über Gefühle im Angesicht der drohenden Klimakatastrophe. Die jugendlichen Ensemblemitglieder haben „Schwärmen“ selbst entwickelt. In den Mittelpunkt ihrer Suche nach einem Umgang mit ihren Klimaemotionen stellen sie dabei ein häufig verachtetes Tier: die aafressende Hyäne. Vor dem Hintergrund des Klimawandels stellen die jugendlichen Schauspieler die Frage, ob dieses Geschöpf mit seiner Kraft, Weiblichkeit und Ausdauer Sinnbild für das Einläuten einer neuen Weltenära sein kann.

Das vollständige Kulturprogramm unter: www.humboldtforum.org

● FÜR SIE GELESEN

Intellektuelle Verwirrungen

Die geisteswissenschaftlichen Fakultäten an deutschen Universitäten sollten eigentlich Hochburgen der Gelehrsamkeit und des freien Denkens darstellen. Stattdessen sind sie zu Brutstätten absurder Theorien degeneriert, durch welche inzwischen die gesamte Gesellschaft von grün-linken Wirrköpfen terrorisiert wird. Eine gute Übersicht über das Sammelsurium des Schwachsinn, mit dem sich Geisteswissenschaftler heutzutage herum-schlagen müssen, wenn sie auch nur den Hauch einer Chance auf Festanstellung oder Lehrstühle haben wollen, bietet die Politologin Ulrike Ackermann in ihrem Buch „Die neue Schweigespirale. Wie die Politisierung der Wissenschaft unsere Freiheit einschränkt“.

Darin erläutert die Gründerin und Leiterin des John Stuart Mill Institutes für Freiheitsforschung an der privaten SRH Hochschule Heidelberg all die intellektuellen Verirrungen, die als Konsequenz aus der Kaperung der Universitäten durch die 68er und deren Epigonen heutzutage als Wissenschaft verkauft werden. Dazu zählen beispielsweise die Critical Race Theory, die Postcolonial Studys und die Gender-Theorien. Wer die Frage „Kann das weg?“ mit „Ja“ beantworten möchte und nach schlagkräftigen Argumenten zur Untermauerung seines Standpunktes sucht, wird bei Ackermann auf jeden Fall in reichlicher Weise fündig. *Wolfgang Kaufmann*



Ulrike Ackermann: „Die neue Schweigespirale. Wie die Politisierung der Wissenschaft unsere Freiheit einschränkt“, Wissenschaftliche Buchgesellschaft,

Darmstadt 2022, broschiert, 176 Seiten, 22 Euro

Spurensuche im Osten

Claudia Schön beschreibt in ihrem Roman „Muttersprache Schweigen“ eine Kindheit in der DDR, die von einer verschwiegenen Familientragödie überschattet wird.

Die Erzählerin hat Probleme, Nähe zuzulassen. Ein freundschaftlicher Kontakt zu einer Arbeitskollegin löst in ihr Erinnerungen an ihre eigene Mutter aus sowie den Wunsch, sich auf Spurensuche nach den verdrängten Erlebnissen ihrer Kindheit zu begeben.

Nur bruchstückhaft sieht sie die Tage im Garten der Datscha, das Baden im See und das Treffen mit Freunden vor sich. Als Kind hatte sie einen Badeunfall, über den nie gesprochen wurde, und auch die Krankheit der Mutter bleibt weitestgehend im Dunkeln. Erst als sie bei ihrem Bruder das Tagebuch der Mutter einsehen kann, kommen die Erinnerungen zurück.

Der Roman ist einfühlsam und spannend zugleich geschrieben. *MRK*



Claudia Schön: „Muttersprache Schweigen“, Ludwig Verlag, Kiel 2023, broschiert, 188 Seiten, 14,90 Euro

RADFÜHRER DER WOCHE



Radeln an der Ostsee

Der neue Reiseführer aus der Reihe „Radelzeit“ des DuMont-Verlags lädt zu 20 interessanten Touren entlang der Küsten von Mecklenburg-Vorpommern ein

FOTO: IMAGO/CHRISTIAN SPICKER

Mit Muskelkraft die Umgebung entdecken und sich dabei dennoch erholen – Radfahren entlang der Ostsee hilft dabei. Eine praktische Anregung zu kürzeren und längeren Touren hält die Autorin Anke Lübbert in „Ra-

delzeit an der Ostsee in Mecklenburg-Vorpommern“ bereit. Neben Ausflugs- und Badezielen mit Fotos zeigen Karten in großem Maßstab den Streckenverlauf inklusive Höhenmetern und Fahrzeit. *MRK*

Anke Lübbert: „Radelzeit an der Ostsee in Mecklenburg-Vorpommern. Herrlich entspannte Touren zum Runterschalten & Genießen“, DuMont Verlag, Ostfildern 2023, kartoniert, 224 Seiten, 18,95 Euro

BRANDENBURG

Eine Region im Wandel

Der Journalist Uwe Rada lebt zwischen Wäldern und Seen – Vielerorts beobachtet er eine Aufbruchstimmung in einer Krisenregion

VON DIRK KLOSE

Brandenburgs Grenzregion zu Polen ist eines der strukturschwächsten Gebiete der Bundesrepublik. Der Braunkohletagebau wird massiv zurückgefahren. Noch streitet die Politik, ob 2030 oder 2038 Schluss sein soll. Noch immer ziehen mehr Menschen fort als dass neue hinzukommen. Die zauberhafte Landschaft mit Wäldern und unzähligen Seen allein motiviert nicht zum Bleiben.

Voller Optimismus erkundet der in Berlin arbeitende, seit einigen Jahren zwischen Wäldern und Seen wohnende Uwe Rada seine neue Heimat. „Morgenland“, diese im lutherischen Sinn gemeinte Himmelsrichtung für den Osten, sei längst nicht mehr eine Krisenregion. Vielerorts herrsche eine energische Aufbruchsstimmung. Er illustriert das an zahlreichen Beispielen meist aus vielen kleinen Orten wie Grunow, Großräschen, Beeskow, Jessern und Oelse, dazu aus Frankfurt/Oder, Cottbus und Forst. Da wird im einstigen Braunkohletagebau bei Welzow die größte Förderbrücke der Welt als „liegender Eiffelturm“ zur spektakulären Touristenattraktion. Für das Teslawerk in Grünheide bei Berlin wird für den abgeholzten Wald ein neuer „Teslawald“ mit hitzeresistenten Bäumen gepflanzt. An einem sonnenverwöhnten Südhang ist Weinbau möglich. Frankfurt und Dammvorstadt [Slubice] auf der polnischen Seite wachsen zu einer „Doppelstadt“ zusammen. Cottbus setzt auf Hochschule und Klimaforschung, ja

selbst in Forst an der Neiße, das ein sowjetischer Stadtkommandant 1945 angesichts der extremen Kriegszerstörungen ganz aufgeben wollte, geht es zaghaft voran.

Der Autor trifft Männer und Frauen, die ihre Orte voranzubringen versuchen. Es sind kleine und mühsame Schritte. Alle kennen die Strukturschwäche von Oderland und Lausitz. Gleichwohl fallen Worte wie „Kreativorte“, „Netzwerke“ und „Tagebaufolgelandschaft“.

Die großen Erwartungen, die das Buch weckt, erfüllen sich nicht ganz. Der Autor bleibt bei Miniaturen. Gerne hätte man erfahren, wie Land und Bund die Zukunft planen. Das ärgste Manko ist das Fehlen einer hier unbedingt nötigen Landkarte. Hat man keinen Atlas neben sich, tappt man blind durch die Landschaft. Warum Verlage das nie lernen!

Ein Kapitel gilt einem aus Wien zuge-reisten Pater, der nahe Neuzelle für die Zisterzienser ein Kloster baut. Dazu der ebenso fromme wie bodenständige Mann: „Es soll eine Architektur sein, die die Seele nach oben zieht, so dass man mit den Füßen auf dem Boden steht, aber Herz und Seele sich in den Himmel erheben.“ Das braucht wohl nicht nur Brandenburg.



Uwe Rada: „Morgenland Brandenburg. Zukunft zwischen Spree und Oder“, BeBra Verlag, Berlin 2023, gebunden, 240 Seiten, 24 Euro

WISSEN

Meilensteine der Geschichte

Der Duden „Deutsche Geschichte“ ist nicht nur ein üppig illustriertes Nachschlagewerk, sondern er animiert die Leser auch zum Stöbern

VON SILVIA FRIEDRICH

Trotz aller Möglichkeiten der Internet-Recherche sollte man einige Bücher doch zu Hause im Regal haben. „Deutsche Geschichte. Von der Antike bis heute“, aus dem Duden-Verlag gehört mit Sicherheit dazu.

Wenn man 2000 Jahre deutsche Geschichte in acht Epochen darstellen möchte, ist es sicher nötig, den Schriftgrad etwas kleiner zu gestalten, denn sonst würde das Buch doppelt so dick werden. Doch dieses kleine Manko nimmt der Leser gerne in Kauf, denn der hochinteressante Wissenserwerb ist enorm. Rein strukturell gliedert sich die Publikation chronologisch in acht Kapitel von der Antike und Völkerwanderung bis zur Bundesrepublik Deutschland nach 1990.

Die Epochen werden eingeleitet durch ein doppelseitiges Bild, das zur Einstimmung beispielsweise ein prägendes Bauwerk der Zeit zeigt. Ganz hervorragend ist auch die Zeitleiste, die zentrale Ereignisse des jeweiligen Abschnittes gleich zu Anfang demonstriert. Ein erster informativer Überblick ist somit garantiert. In 300 Leseinheiten, die vom Verlag als „Meilensteine“ bezeichnet werden, erfahren die Leser etwas über bedeutende Ereignisse, Sachbegriffe, Zeugnisse und Phänomene der deutschen Geschichte. Dieses jedoch immer auch im Zusammenhang mit Entwicklungen in Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur.

Das mehr als 500 Seiten starke Werk eignet sich nicht mal eben zum Mitnehmen für unterwegs, sondern ist als Nachschlagewerk gedacht, um sich in aller Ruhe über die jeweiligen Themen zu informieren. Wer sich darin vertieft, die vielen Fotos, Landkarten und Texte genauer anschaut, fühlt sich nach einer Weile wie bei einem Besuch in einem Deutschen Historischen Museum.

Viel Bekanntes und Unbekanntes

Viele Fotos kennt man, manche hat man dagegen noch nie gesehen, die Übersichtspläne zeigen anschaulich und verständlich die Wechselbeziehungen der Ereignisse. Es gibt vermutlich kein einziges relevantes Faktum bezüglich der deutschen Geschichte, das hier vergessen wurde. Mehr als 300 Fotos, Tabellen und historische Karten laden ein, betrachtet und studiert zu werden.

Dabei ist es unerheblich, ob man sich von Meilenstein zu Meilenstein durcharbeitet oder willkürlich an einigen „Wegmarkierungen“ länger oder außer der Reihe verharret. Informativ, anschaulich und lehrreich ist dieser Weg durch unsere Geschichte in jedem Fall.



Duden: „Deutsche Geschichte. Von der Antike bis heute“, Duden Verlag, Berlin 2022, gebunden, 512 Seiten, 26 Euro

KERNSDORFER HÖHEN

Marienfelder Remise vor dem Verfall gerettet

In einer feierlichen Veranstaltung wurde das wiedererrichtete Gebäude eingeweiht – Impulsgeber für weitere Objekte

VON UWE HAHNKAMP

In Marienfelde [Glaznoty], Kreis Osterode, fand die Eröffnung eines renovierten kleinen, aber wichtigen Gebäudes mit einem reichen Programm statt. „Marienfelder Wachstube – Belebung des Dorfzentrums“ war der Titel des Wochenendes, in dessen Rahmen auch eine Sichtachse entlang des Dorfbaches, des Grieflerbaches [Gizela], sowie ein Entwurf für eine Skulptur zu Ehren dieses Baches präsentiert wurden.

„Ein Dorf, versteckt in den Kernsdorfer Höhen, weitab vom Trubel“, schreibt ein Journalist von Radio Allenstein in der Reihe „Ermland und Masuren entdecken“ über Marienfelde. Es liegt im Süden der mit 312 Metern höchsten Hügel des südlichen Ostpreußens im Tal des Grieflerbaches, der in einem Teil seines Laufs einmal die Grenze zur Zweiten Polnischen Republik bildete. Die gesamte Landschaft ist von der Eiszeit geprägt – zwei Endmoränen stießen hier aufeinander und schufen die Kernsdorfer Höhen. Die vielen Findlinge in der Region boten sehr gutes Baumaterial, etwa für die mittelalterliche Kirche von Marienfelde, die mit tatkräftiger Unterstützung ehemaliger Einwohner der Region aus der Kreisgemeinschaft Osterode wieder aufgebaut wurde. Sie war zuerst katholisch, dann evangelisch und wird heute von einem methodistischen Pfarrer betreut.

Steine aus der Eiszeit werden Kunst

Sie ist somit ein Beispiel für die Vielfalt der Kulturen im Laufe der Geschichte, welche die Verantwortlichen der Gemeinde Osterode, zu welcher der Ort gehört, und die Einwohner von Marienfelde als Leitmotiv für die Entwicklung des Orts aufgriffen. Im Jahr 2015 folgte der „Steinkreis der Ge-



Begutachtet die Schautafel: Osterodes Gemeindevorsteher Boguslaw Fijas

Foto: U.H.

meinschaft der Kulturen“. „Wir haben ihn aus Findlingen, die von Künstlern bearbeitet wurden, unterhalb der Kirche errichtet, wo er an die Goten, den Prußen-Stamm der Sassen und Skandinavier erinnert, die hier einst lebten“, erklärte Wieslaw Skrobot, der Beauftragte des Vorstehers der Gemeinde Osterode für das kulturelle Erbe und verantwortlich für die Eröffnung der Remise.

Die Skulpturen-Ausstellung wurde zwei Jahre später erweitert, dann kamen ein Ofen zum Brennen von Keramik und eine überdachte „Terrasse der Einheimigkeit“ hinzu. Die Initiative „Zentrum der Erinnerungskultur“ hatte noch zwei weitere Bauwerke für ihre Aktivitäten im Blick, die bis dahin nur malerische Kulissen im Tal des Grieflerbaches bildeten. Das eine war die Eisenbahnbrücke der ehemaligen

Bahnstrecke Bergfriede–Groß Tauersee aus dem Jahr 1909, die 2018 renoviert wurde. Damals war das andere Objekt, die Remise oder Wachstube im Dorfzentrum, noch im Zustand einer Ruine.

Es handelt sich eigentlich um ein Spritzenhaus, das Anfang des 20. Jahrhunderts an der Weggabelung in Marienfelde auf den Fundamenten der früheren Dorfschmiede errichtet wurde. Für die Reno-

vierung konnte die Gemeinde Osterode EU-Mittel gewinnen, sodass das Gebäude 2021 gerettet werden konnte. Für großen Holztor des Bauwerks übernahmen Gisela Olszewski-Schwedt, deren Familie aus Marienfelde stammt, und ihr Mann Uwe Schwedt die Kosten. Beide hatten auch schon die Bildhauer bei den ersten beiden Projekten großzügig unterstützt.

Sichtachse und Allegorie

„Wenn diese Tore auf beiden Seiten des Gebäudes geöffnet sind, bietet sich dem Betrachter eine direkte Sichtachse entlang des Gizela auf den Steinkreis und den Kirchberg“, beschreibt Skrobot den Anblick. Diese Toröffnung erfolgte am 7. Mai zusammen mit dem ersten Spatenstich für die neue Schautafel an der Remise, sodass die Gäste selbst einen ersten Blick in die Ferne richten konnten. Beim Graben des Lochs für den Pfahl beteiligten sich auch viele Dorfbewohner. „Das ist gut, denn meine Hoffnung ist, dass die Marienfelder Wachstube und die Wiese im Dorfzentrum ein Platz der Integration, für Treffen und gegenseitige Inspiration werden“, freute sich Skrobot über das Engagement.

Ein weiteres positives Signal war die eifrige Diskussion unter den Gästen zum Modell einer Skulptur, einer Allegorie auf den Grieflerbach, den die Künstlerin Agata Markos vorstellte. Später soll die Frauenfigur in Lebensgröße den großen Findling an der Weggabelung schmücken. Mit welchen Glasurfarben, als sitzende Frau, als „laufende Frau“ – denn so lautete nach Skrobot's Information der ursprüngliche Name des Orts vor dem Kommen der Deutschordensritter, wurde ebenso lebhaft diskutiert wie ökologische Aspekte des Grieflerbaches selbst. Die Belebung des Orts scheint also zu funktionieren – und scheint noch lange nicht abgeschlossen.

POLEN UND DEUTSCHE

Erkenntnisse über ein ambivalentes Verhältnis

Der ehemalige deutsche Botschafter Rolf Nickel betrachtet Polen von den Teilungen bis zur politischen Wende

Rolf Nickel, Jahrgang 1954, hat Politikwissenschaft, Völkerrecht und Wirtschaftswissenschaften studiert. 14 Jahre arbeitete er im Bundeskanzleramt. Von 2014 bis 2020 war er deutscher Botschafter in Warschau. Er ist ein guter Kenner Polens und seiner Menschen mit allen ihren unterschiedlichen Mentalitäten. Er spannt den zeitlichen Rahmen seines Buchs „Feinde, Fremde, Freunde“ von den Teilungen Ende des 18. Jahrhunderts bis 2023. Der Schwerpunkt liegt auf den Jahren seit der politischen Wende 1989/90.

Es ist die Geographie, die seit Jahrhunderten die polnische Außenpolitik bestimmt: die Lage zwischen den Großmächten Russland im Osten und Preußen/Deutschland im Westen sowie die Furcht, zwischen beiden zerrieben zu werden. Die Teilungen sind dafür ein Indiz, die nationalsozialistische Vernichtungspolitik und die von der UdSSR kontrollierte kommunistische Herrschaft von 1945 bis 1989 sind weitere Belege für die Furcht der Polen. Dies bestimmt die Linien polnischer Außenpolitik, auch gegenüber Deutschland. Zentral war dabei die Anerkennung der Oder-Neiße-Demarkationslinie als endgültige deutsch-polnische Grenze. Diese Gewissheit stabilisierte ohne Zweifel die Empfindungen zum Nachbarn Deutschland der neuen polnischen Bewohner in den deutschen Ostgebieten.

Der Autor nennt die bekannten Fakten des deutsch-polnischen Verhältnisses, die einem interessierten Zeitgenossen geläufig sind. Durch seine Funktion als Botschafter verfügt er über Kontakte und Hintergrundwissen zum offiziellen Polen, zu den Medien, zu wichtigen Persönlichkeiten aus Politik, Kultur, Wirtschaft, zur katholischen Kirche, zu den Gewerkschaften und zur Deutschen Minderheit. Der Begriff deutsche Volksgruppe wäre treffender, weil diese Deutschen die Reste einer deutschen Bevölkerung sind, die seit Jahrhunderten in ihren Siedlungsgebieten leben. Dies ist ein grundsätzlicher Unterschied zur deutschen Bevölkerung mit polnischen Wurzeln, die an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert vornehmlich in das Ruhrgebiet als Arbeitskräfte einwanderte.

Problem Deutsche Minderheit

Nikel setzt sich ausführlich mit dem Problem der Deutschen Minderheit in Polen und Deutschen mit polnischen Wurzeln in der Bundesrepublik Deutschland auseinander mit dem Ergebnis einer klaren Ablehnung der polnischen Forderungen nach Anerkennung als polnische Minderheit. Gleichzeitig spielt das Schicksal der in den Jahren 1944 bis 1946 vertriebenen Deutschen aus den Ostprovinzen für ihn keine besondere Rolle in der Tagespolitik mehr. Die Aktivitäten des Bundes der Vertriebe-

nen und der Landsmannschaften werden nicht erwähnt, auch nicht bei der Auflistung der zivilen Organisationen, welche die polnische Bevölkerung durch Hilfsgüter in wirtschaftlich schwierigen Zeiten unterstützten.

Ein hoher Amtsträger, der Deutschland in Polen vertritt, muss wissen, dass die vielen Heimatkreise, Ortsgruppen und Frauenverbände die ersten waren, die bereits vor der politischen Wende Kontakte zu den neuen Bewohnern in ihrer Heimat aufnahmen. Daraus entstanden vielfach Partnerschaften zwischen Städten dies- und jenseits der Oder und Neiße sowie persönliche Freundschaften unter den Menschen. Diese Tatsachen sind auch unter der deutschen Bevölkerung nicht flächendeckend bekannt.

Die Volksrepublik Polen muss in seiner Politik gegenüber der DDR und der Bundesrepublik Deutschland als Erfüllungshelfer der sowjetischen Außenpolitik einschließlich antideutscher Ressentiments angesehen werden. Deutschland war die im westlichen Bündnisystem eingebaute revanchistische Bundesrepublik, aber auch ein wohlhabendes Land. Die politische Wende 1989/90 in Europa war mit ein Verdienst der polnischen Bürgerbewegung. Nicht nur der Ostblock, auch die Herrschaftsideologie, die sich in den Staatsparteien manifestierte, steuerte auf den Untergang zu.

Nikel beschreibt deutlich die Folgen der politischen Veränderungen in Polen und in Deutschland. Er spricht von einem freundschaftlichen Verhältnis zwischen Menschen, das viele nicht für möglich gehalten haben. Daran „ändert auch die Tatsache nichts, dass die Beziehungen zwischen den Regierungen beider Staaten heute in der schwersten Krise seit Ende des Kalten Krieges stecken“. Diese begann mit dem Sieg der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) bei den Parlamentswahlen am 25. Oktober 2015. Nickel, zu der Zeit bereits deutscher Botschafter, interpretiert aus eigener Anschauung die Entwicklung und die Position dieser Partei. Sie sieht sich national-konservativ, plädiert für ein eigenständiges und souveränes Polen in einem Europa der Vaterländer, befürchtet bei einer Übernahme der Migrationspolitik der EU eine Überfremdung durch nichtchristliche Minderheiten, besonders aus Afghanistan oder Syrien.

„Das offizielle Warschau sieht im Gebaren der europäischen Institutionen einen Transmissionsriemen für angebliche deutsche Großmachtambitionen zulasten Polens.“ Dieser Satz verrät die gegenwärtige Deutschlandpolitik des offiziellen Polen, die von weiten Teilen der Bevölkerung nicht unbedingt getragen wird. Das ist durchaus ein Ergebnis der unzähligen Kontakte des Botschafters zu den verschiedenen Organisationen der Zivilgesellschaft.

Interessant ist seine Aussage: „Die deutsche Politik hat zu Recht bisher der Versuchung widerstanden, eine Gegenrechnung für den Verlust der ehemaligen deutschen Ostgebiete offiziell zu präsentieren.“ Wenn sie bereits existiert, sollte sie veröffentlicht, wenn nicht, müsste sie zusammengestellt werden. Im Herbst 2023 finden in Polen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt, die Hoffnung auf Ablösung der jetzigen Regierung ist offenkundig, zumal auch der Ukrainekrieg die Karten neu mischt.

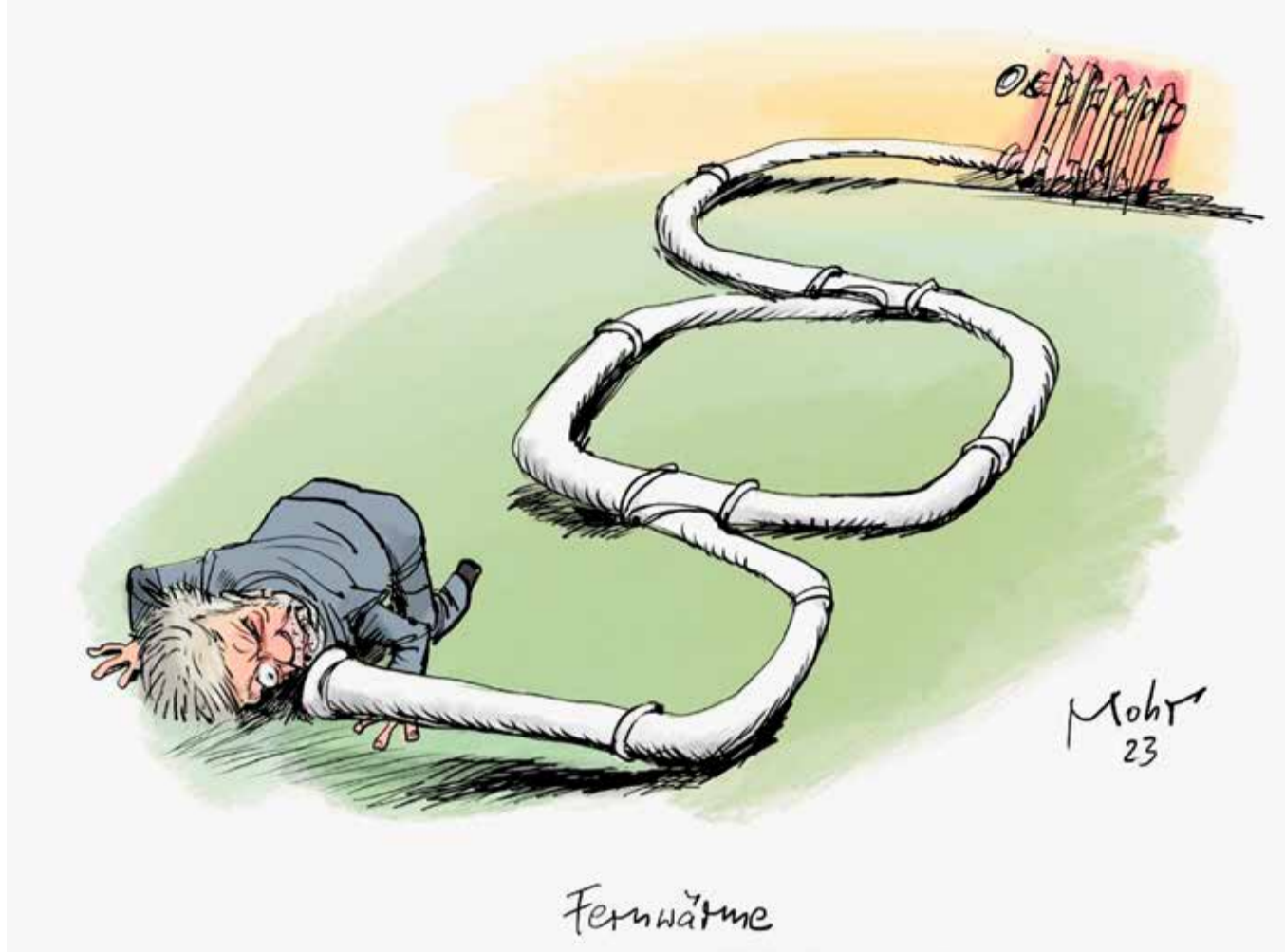
Die Spannung des Buches liegt in der Darstellung durch einen Kenner, der zeigt, wie Politik auf diplomatischer Ebene gemacht wird, vor allem aber, dass das Zustandekommen von Ergebnissen keine Einbahnstraße ist. Weiterhin werden wichtige Kenntnisse über das Nachbarland geliefert. An den Interpretationen und Meinungsäußerungen des Autors kann die eigene Position gemessen werden. Die Lektüre ist zu empfehlen. *Karlheinz Lau*



Rolf Nickel: „Feinde, Fremde, Freunde. Polen und die Deutschen“, Langen Müller Verlag München 2023, gebunden, 285 Seiten, 24 Euro

● AUFGESCHNAPPT

Die Schweiz verdankt ihre Existenz so manchen Schwüren. Der Rütlichschwur gehört gar zum Nationalmythos der Eidgenossen. Doch nun soll ein Schweizer Literat etwas abschwören: dass er nicht ein diskriminierendes Wort verwendet. Alain Sulzer wurde von der Basler Kulturkommission vor die Wahl gestellt: Entweder er verzichtet auf das Wort „Zigeuner“ oder auf 25.000 Schweizer Franken. Das Geld hatte er als Werkbeitrag für sein Erzählprojekt „Genienovelle“ beantragt, das in den 60er und 70er Jahren spielt, als man noch nicht – wie heute – von „Roma und Sinti“ geschweige denn beschämt vom „Z-Wort“ sprach. Sulzer ließ eine Frist verstreichen, innerhalb der er gegenüber der Kulturkommission eine Stellungnahme abgeben sollte. Man habe ihn „vor den Ausschuss für unwoke Zustände zitieren“ wollen, schrieb er der „FAZ“. Sollte sich ein Verleger für seine „Genienovelle“ finden, dürfte sich im Buch eine „Trigger-Warnung“ für empfindliche Gemüter befinden: „Vorsicht, der Autor verwendet das ‚Z-Wort‘.“ H. Tews



● STIMMEN ZUR ZEIT

Im „Hamburger Abendblatt“ (3. Juni) sagt Matthias Iken eine „neue deutsche Teilung“ voraus – diesmal zwischen Stadt und Land:

„Die urbanen Eliten streiten über offene Grenzen, schicken die Flüchtlinge aber lieber ins Umland, wo mehr Platz ist. Jede Minderheit haben die Meinungsführer in ihr Herz geschlossen – nur den Provinzler verachten sie. Sogar die Natur sehen sie anders. Die Städter erfreuen sich des Wolfes und verstehen nicht, dass das Tier im TV hübscher anzusehen ist als im eigenen Garten. Ein Jäger aus Kurpfalz aber hört ungern auf Menschen, die eine Buche nicht von der Birke unterscheiden können.“

Mit fünf Argumenten fordern 700 Sprachexperten aktuell die Rundfunkräte zum Verzicht auf das Gendern bei den öffentlich-rechtlichen Sendern auf. Unter Punkt 3 heißt es:

„Für die ‚gendersensible‘ Umgestaltung der Sprache gibt es keinerlei demokratische Legitimation. Wer den vielfach eindeutig zum Ausdruck gebrachten Willen der großen Mehrheit der Sprachgemeinschaft missachtet, um den eigenen – vorgeblich geschlechtergerechten – Soziolekt durchzusetzen, verhält sich undemokratisch.“

Der Kolumnist Jan Fleischhauer schreibt in seiner Kolumne für den „Focus“ (24/2023) zum Ärger, den die Redaktion der „Zeit“ dafür erntete, dass sie in einem Beitrag zur Einwanderung von Urdeutschen sprach:

„Wir sind beim Thema Migration auf der Stufe des ‚Mindfuck‘ angelangt. Wenn schon eine Redaktion, in der nur Leute arbeiten, die garantiert die besten Ansichten und Absichten haben, in Teufelsküche kommt, weil sie sich nicht korrekt genug ausdrückt, wie sollen sich dann erst Leute zurechtfinden, die nicht den lieben langen Tag darüber nachdenken können, wie sich das Verhältnis von Urdeutschen, sorry, von Kartoffeln zu Nichtkartoffeln am besten beschreiben lässt? ‚Kartoffel‘ geht übrigens, falls Sie jetzt stutzen, das ist von höchster Stelle geklärt. Als die Beauftragte der Bundesregierung für Antidiskriminierung Ferda Ataman noch Kolumnistin beim ‚Spiegel‘ war, hat sie einen Text geschrieben, warum das Wort in Ordnung sei. Auch das gehört zu den überraschenden Wendungen der Debatte.“

Die „Neue Zürcher Zeitung“ meint auf ihrer Webseite (13. Juni) zur Forderung von Bundesinnenministerin Faeser, Stichwaffen aus deutschen Bahnhöfen zu verbannen:

„Bei den entsetzlichen Messerangriffen in Annecy, Brokstedt oder Illerkirchberg waren die mutmasslichen Täter Asylbewerber. Statt aktionistischer Verbots-Schnellschüsse sollten Faeser und die Ampelregierung einsehen: Wären die Männer nicht ins Land gelassen worden, wären ihre Opfer noch am Leben.“

● WORT DER WOCHE

„Die Zukunft der Linken ist eine Zukunft ohne Sahara Wagenknecht“

Der Vorsitzende der Partei „Die Linke“, Martin Schirdewan, am vergangenen Wochenende zur Aufforderung seines Vorstandes an das prominenteste Mitglied seiner Partei, die Linke zu verlassen.

DER WOCHENRÜCKBLICK

Das grüne Drama

Wenn gut gemeinte Ideologie auf böse Wirklichkeit trifft

VON REINHARD MOHR

Markiert die vergangene Woche womöglich eine Zeitenwende für die Grünen? Man will es noch gar nicht glauben, aber so knüppeldick kam es schon lange nicht mehr für jene Partei, die bis heute den Zeitgeist prägt wie keine andere politische Kraft im Lande und gerade ein besonderes Jubiläum feiert. Vor vierzig Jahren zogen die ersten Abgeordneten der Ökopartei in den Deutschen Bundestag ein, bewaffnet mit abgestorbenen Tannenzweigen, Rauschbärten und der Gewissheit, mit ihnen kehre eine neue Ära in die deutsche Volksvertretung, ein neues Weltethos, jedenfalls eine radikale Veränderung. Ihr stärkstes Argument damals: Wir bringen verdrängte Probleme – vor allem mit Natur und Umwelt – in den geschlossenen Kosmos einer politischen Klasse, in der sich CDU/CSU und SPD in der Regierungsführung immer schön abwechselten, unter hilfreicher Unterstützung der FDP. Dieser „closed shop“ sollte nun gehörig aufgemischt werden, die Menschen „draußen im Lande“ endlich zu Wort kommen.

Vier Jahrzehnte später hat sich die Konstellation komplett gedreht: Nun schlägt die Wirklichkeit gegen die Grünen zurück, die nun selbst Establishment sind, ein politischer Mainstream, der sich gegen unangenehme Tatsachen abschottet. Die weit verzweigte grüne Funktions- und Bürokratenkaste hat nichts mehr mit der rebellischen Gründergeneration zu tun, die tatsächlich noch den Charme des Wilden und Unangepassten ausstrahlte. Sie pflegt dieselbe phrasenhafte, teils maschinengewehrartige, teils verschwurbelt-nebulöse Automaten-Sprache wie die einst bekämpften Vertreter der „Altparteien“, Vetternwirtschaft und arrogante Abkapselung gegen Kritik von außen ist dort genauso gang und gäbe wie bei den guten alten Sozialdemokraten, die man einst als Handlanger des „Atomstaats“ an den Pranger gestellt hatte.

Hinzu kommt der notorische Hang zum Moralisieren, zu Rechthaberei und einem antrainierten Durchblickertum, das Andersdenkende oft als jene betrachtet, die in ihrer Einsichtsfähigkeit in das einzig Wahre und Richtige eben noch nicht so weit sind wie die Avantgarde des ökologischen Fortschritts. Der Fall des zurückgetretenen Staatssekretärs Graichen, der die „Wärmewende“ über

den Weg eines bürokratisch überfrachteten, undurchdachten Heizungsgesetzes brachial durchdrücken wollte, ist charakteristisch für die innere Struktur der grünen Blase. In ihr sind führende Politiker, die Staatsämter bekleiden, zu hochgestellten Aktivisten und Lobbyisten geworden.

Es ist eben kein Zufall, dass sie zwischen den einschlägigen Öko-Forschungsinstituten, linksgrünen NGOs und Ampel-Regierungsämtern pendeln wie Berufstätige im kleinen Grenzverkehr zwischen Oberbayern und Tirol. Ebenso wandern Steuergelder munter hin und her, Hauptsache, sie dienen dem großen Ziel, dem gemeinsamen Projekt. Da freut sich die gut vernetzte Windkraft-Lobby genauso wie die Spitzenkräfte aller möglichen Verbände und Stiftungen, die weithin das grüne Parteibuch besitzen und sich über sechsstelligen Jahresgehälter freuen dürfen.

Scheitern an der Wärmepumpe

Dass in der vergangenen Woche ausgerechnet der grünenfreundliche „Spiegel“ eine ausführlich recherchierte Reportage über den bislang vergeblichen Versuch publizierte, in der Berliner Parteizentrale, einem Altbau, eine Wärmepumpe einzubauen, war eine böse Satire auf die Realitätstüchtigkeit grüner Politik. Im Herbst, nach fast vier Jahren komplizierter Umbauten im ganzen Haus – allein die Genehmigung zum Bohren eines „Erdwärmelochs“ im Hinterhof durch den rotrot-grünen Senat dauerte zwei Jahre – soll es losgehen mit dem klimaneutralen Heizen. Geschätzte Gesamtkosten: fünf Millionen Euro.

Natürlich ändert auch diese Peinlichkeit, die bis dahin sorgfältig vor der Öffentlichkeit verborgen wurde, nichts am grünen Mantra, es stets besser zu wissen, jedenfalls in Talkshows und vom Ministerschreibtisch aus gesehen. Doch der Gegenwind wird stärker, die Menschen draußen im Lande melden sich – wie bei der Demonstration im niederbayerischen Erding – lautstark zu Wort, während die AfD in Umfragen einen Höhenflug verzeichnet. Ob bei der zur Ersatzreligion gewordenen „Wärmewende“, der identitätspolitischen „Wokeness“ mit einer „Gendergerechtigkeit“, die bis in die Toilette reicht, in Sachen politischer Korrektheit und angesichts der schier endlosen Antidiskriminierungs-Litanei samt einer halbstaatlichen „Meldestelle Antifeminismus“ – die Wut wächst in der Mitte der Gesellschaft, auch

Nun schlägt die Wirklichkeit gegen die Grünen zurück, die nun selbst Establishment sind, ein politischer Mainstream, der sich gegen unangenehme Tatsachen abschottet



Alle Beiträge von Reinhard Mohr finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

wenn sie in bürgerlichen Kreisen kaum weiß, wohin sie sich wenden soll. Denn auch unter Friedrich Merz fehlt der CDU eine klare liberalkonservative Kante.

Wie hochnervös aber die Grünen sind, zeigt der Tweet des grünen Münchner Stadtrats Bernd Schreyer, der über die aktuelle Debatte Folgendes vom Stapel ließ: „Obwohl es nie ein Heizungsverbot gab, ist es gelungen so gegen Grüne aufzuwiegeln, als seien sie d. ‚neuen Juden‘, die ‚ausgemerzt‘ werden müssen um Deutschland wieder alles Glück und Wohlstand zu bringen. (sic!)“

Droht den Grünen also ein neuer Holocaust? Da liegen offensichtlich die Nerven blank.

Die eigentliche „Atombombe“ für die Grünen aber ist der jüngste Beschluss der EU-Innenminister zu einer Reform des europäischen Asylrechts. Selbst die unvollkommenen und gewiss nicht endgültigen Vorschläge, mit denen der wachsende Zustrom illegaler Einwanderung wenigstens gebremst werden soll, sorgen für massiven Streit innerhalb der Partei, von der berüchtigtsten „Basis“ über die Bundestagsfraktion bis zur Parteiführung. Der grüne Haushaltspolitiker Sven-Christian Kindler sprach von einer „Schande für Europa“, und der Urgrüne Jürgen Trittin setzte hinzu, die europäische Flüchtlingspolitik werde auf einem „Niveau der Schabigigkeit harmonisiert“.

Der Schock sitzt tief – die Konfrontation mit jenen Teilen der Wirklichkeit, die weder zum Parteiprogramm noch zur moralischen „DNA“ von Habeck, Baerbock & Co. passen. Nicht einmal der als „Realo“ geltende Coparteivorsitzende Omid Nouripour schaffte es, in der Talkshow von Anne Will das Wort „Begrenzung“ auszusprechen, das ihm CDU-Fraktionsvize Jens Spahn mehrfach in den Mund legen wollte, um die „Grenzen des Machbaren“ zu thematisieren.

Nein, Angst und Feigheit angesichts einer grünen Mehrheit, die weiterhin für „offene Grenzen“ und gegen „Abschottung“ plädiert, sorgen dafür, dass der Mut zur Wahrheit auf der Strecke bleibt. Ein Blick nach Schweden, Dänemark und Finnland, Österreich, Holland und Polen würde genügen, um die deutsche Isolation in dieser Frage zu erkennen. Doch noch hält man sich lieber beide Augen zu.

Aber wie das so ist bei Zeitenwenden: Irgendwann werden sie durch veränderte Realitäten erzwungen. Mit Wumms. Oder Doppel-Wumms.